

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

14. Sitzung

Hannover, den 11. November 1998

Inhalt:

Bemerkungen zum 80. Jahrestag der Ausrufung der Deutschen Republik und zum 60. Jahrestag der Reichspogromnacht 941

Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde..... 942

a) Gestern versprochen, heute gebrochen: SPD verordnet Studiengebühren - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/322 943
Golibrzuch (GRÜNE)..... 943, 946
Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur 944
Dr. Domröse (SPD)..... 946, 948, 953
Wulff (Osnabrück) (CDU)..... 948
Gabriel (SPD) 950
Möllring (CDU) 951
Frau Harms (GRÜNE)..... 952

b) Hilfe bei Überschwemmungsschäden - Verbesserung des Hochwasserschutzes im Binnenland - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/323 954
Hogrefe (CDU)..... 954, 955, 960
Jüttner, Umweltminister 956, 961
Schwarzenholz (GRÜNE) 957, 960
Groth (SPD)..... 958

Tagesordnungspunkt 2:

Übersicht über Beschlußempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/291 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/326 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/328 962
Beschluß.....962

Tagesordnungspunkt 3:

Zweite Beratung:
Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Niedersachsen zur Änderung der Staatsverträge über die Zugehörigkeit der niedersächsischen Architekten zur Bayerischen Architektenversorgung - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/160 - Beschlußempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/284..... 962
Beschluß 963
(Erste Beratung: 10. Sitzung am 7.10.1998)

Tagesordnungspunkt 4:

Zweite Beratung:
Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Landesrundfunkgesetzes - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/221 - Beschlußempfehlung des Ausschusses für Medienfragen - Drs 14/306 963
Nolting (SPD), Berichterstatter 963
Pörtner (CDU)..... 964
Reckmann (SPD)..... 965
Beschluß 965
(Erste Beratung: 10. Sitzung am 7.10.1998)

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes - Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drs. 14/310966

Frau Zachow (CDU)966, 969

Beckmann (SPD).....967

Schwarzenholz (GRÜNE).....968

Jüttner, Umweltminister969

Ehlen (CDU).....970

Inselmann (SPD).....970

Ausschußüberweisung.....972

Tagesordnungspunkt 6:

Zweite Beratung:

Vorfahrt für den kombinierten Verkehr - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/63 - Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/263972

Eppers (CDU), Berichterstatter972

Schurreit (SPD).....973

Heineking (CDU)974

Wenzel (GRÜNE).....974

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr975

Beschluß.....976

(Erste Beratung: 6. Sitzung am 11.6.1998)

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung:

Sicherung von Arbeitsplätzen im niedersächsischen Handwerk - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/119 - Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/281977

Frau Steiner (GRÜNE).....977, 982

Meier (CDU).....978

Plaue (SPD)979, 980

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr981

Beschluß.....982

(Erste Beratung: 8. Sitzung am 15.7.1998)

Tagesordnungspunkt 8:

Zweite Beratung:

Niedersächsische Interessen müssen bei der Vertiefung der Unter- und Außenelbe berücksichtigt werden - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/58 - Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/298982

Goede (SPD), Berichterstatterin.....982

Frau Meyn-Horeis (SPD)983

McAllister (CDU).....985, 986, 992

Klein (GRÜNE)988, 989, 992

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr990

Jüttner, Umweltminister991

Beschluß.....993

(Erste Beratung: 6. Sitzung am 11.6.1998)

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

Erste Beratung:

Wehrmachtausstellung in der Landeshauptstadt - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/327

und

Erste Beratung:

Ausstellung 'Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944' im Rathaus der Landeshauptstadt Hannover - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/329.....993

Frau Harms (GRÜNE)993, 1002

Gabriel (SPD).....996, 1001

Gansäuer (CDU).....999

Tagesordnungspunkt 9:

Einzig (abschließende) Beratung:

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1996 - Entlastung - Antrag der Landesregierung - Drs. 13/3505 - Bemerkungen und Denkschrift des Landesrechnungshofs - Drs. 14/50 - Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/3011002

Beschluß.....1002

(Direkt überwiesen am 11.12.1997)

Tagesordnungspunkt 10:

Erste Beratung:

Bildungsabschlüsse als Gütesiegel - Qualitätssicherung und Leistungsvergleich durch Abschlußprüfungen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/2671002

Busemann (CDU).....1002

Jürgens-Pieper, Kultusministerin1005

Frau Litfin (GRÜNE)1008

Fasold (SPD)1009

Ausschußüberweisung.....1011

Tagesordnungspunkt 11:

Erste Beratung:

Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen verbessern, Mitverantwortung der jungen Generation für das demokratische Gemeinwesen fördern - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/286.....1011

Frau Vockert (CDU).....1011

Viereck (SPD)1013

Frau Janßen-Kucz (GRÜNE)1015

Jürgens-Pieper, Kultusministerin1017

Ausschußüberweisung.....1018

Nächste Sitzung1018

Vom Präsidium:

Präsident	Wernstedt (SPD)
Vizepräsident	Gansäuer (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsidentin	Litfin (GRÜNE)
Schriftführer	Biel (SPD)
Schriftführer	Lanclée (SPD)
Schriftführerin	Saalmann (SPD)
Schriftführerin	Schliepack (CDU)
Schriftführer	Sehrt (CDU)
Schriftführerin	Vogelsang (CDU)
Schriftführer	Wolf (SPD)
Schriftführer	Wulf (Oldenburg) (SPD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Glogowski (SPD)	Staatssekretär Schneider, Staatskanzlei
Innenminister Bartling (SPD)	Staatssekretär Lichtenberg, Niedersächsisches Innenministerium
Finanzminister Aller (SPD)	Staatssekretär Ebisch, Niedersächsisches Finanzministerium
Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales Merk (SPD)	Staatssekretärin Witte, Niedersächsisches Sozialministerium
Kultusministerin Jürgens - Pieper (SPD)	Staatssekretär Dr. Lemme, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer (SPD)	Staatssekretärin Dr. Grote, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bartels (SPD)	Staatssekretär Dr. Greifelt, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Dr. Weber (SPD)	Staatssekretär Dr. Litten, Niedersächsisches Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten
Minister für Wissenschaft und Kultur Oppermann (SPD)	Staatssekretär Dr. Reinhardt, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Umweltminister Jüttner (SPD)	Staatssekretär Schulz, Niedersächsisches Umweltministerium

Präsident Wernstedt:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 14. Sitzung im 8. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 14. Wahlperiode.

Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Am 1. November 1998 ist der ehemalige Abgeordnete Alfred Semsroth im Alter von 69 Jahren verstorben. Herr Semsroth war von 1974 bis 1982 Mitglied der SPD-Fraktion des Niedersächsischen Landtages. Während dieser Zeit war Herr Semsroth in den Ausschüssen für Bau- und Wohnungswesen und für Sozial- und Gesundheitswesen tätig. Er war der letzte Landrat des alten Landkreises Hannover und der erste des neuen. Seine Tätigkeit im Landtag war spürbar geprägt von seinen Erfahrungen als Gewerkschafter. Wir werden Alfred Semsroth in guter Erinnerung behalten. - Ich danke Ihnen.

Bemerkungen zum 80. Jahrestag der Ausrufung der Deutschen Republik und zum 60. Jahrestag der Reichspogromnacht

Meine Damen und Herren, es ist November. Die Gedenktage häufen sich. In jedem Jahr werden neben den Veranstaltungen und Gottesdiensten zum Volkstrauertag und zum Totensonntag verstärkt auch die Erinnerungen an den 9. November 1938 aufgerufen. Die gewollte Brandschätzung von mehr als tausend Synagogen in einer Nacht, die Verhaftung und Ermordung jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger und die Plünderung ihrer Geschäfte und Wohnungen wurden zynisch „Reichskristallnacht“ genannt - ein Begriff, der sich noch bis heute in der Bundesrepublik gehalten hat, obwohl es doch ein nackter Pogrom war.

Der 9. November taucht viermal in der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts auf. Die Daten stehen alle in direktem oder indirektem Zusammenhang.

Es ist genau 80 Jahre her, daß Philipp Scheidemann am 9. November 1918 vom Reichstag aus zu den Zehntausenden aufmarschierten Demonstranten die Deutsche Republik ausrief. In Deutschland ist dies leider nie ein Feiertag geworden.

Statt dessen hat Adolf Hitler im Verein mit Ludendorff den fünften Jahrestag der Republik zu seinem berechtigten Marsch auf die Feldherrnhalle in

München benutzt. Sie konnten anknüpfen an die Ressentiments gegen den Versailler Vertrag, den Mythos vom angeblich ungeschlagenen Heer, die Verächtlichmachung der Demokratie und ihrer Repräsentanten.

Die politische Basis der Weimarer Republik bildeten verlässlich die Sozialdemokraten, die Deutsche Demokratische Partei und das Zentrum. Gesellschaftlich reichte dies nicht aus, wie wir heute wissen. Die deutschen gesellschaftlichen Eliten in der Justiz, der Wissenschaft, dem Militär, der Wirtschaft, der Publizistik und der Verwaltung haben, wie Thomas Mann es formulierte, die Demokratie wie einen „schlechten Scherz über die Schulter“ geworfen. Sie sind ihrer demokratischen und nationalen Verantwortung gegenüber den anderen Teilen unseres Volkes nicht gerecht geworden. Das Ende ist bekannt: die Zerstörung Europas, die Ausrottung des Judentums, die Verwüstung ganzer Landstriche in Polen, der Sowjetunion, des Baltikums, die Auslöschung strahlender Städte wie Coventry, Antwerpen oder Warschau, schließlich die genauso schreckliche Umkehr gegen die Deutschen selbst. Dies muß man wissen, darf man aber nicht gegeneinander aufrechnen, weil das die Verantwortlichkeiten verschleiern würde.

Der größte Selbstverstümmelungsakt in der deutschen Geschichte hat zu neuen Grenzen im Osten, zu 45 Jahren Teilung unseres Landes und zu einer langandauernden, teilweise quälenden Debatte um Schuld und Verantwortung geführt.

Als am 9. November 1989, dem vierten Datum in diesem Jahrhundert, die Mauer fiel und bald darauf die Einheit Deutschlands wiederhergestellt werden konnte, empfanden dies fast alle als unvorhersehbares Geschenk.

Die innere Nichtannahme der demokratischen Republik vom 9. November 1918 ist der Ausgangspunkt für das Desaster der deutschen Politik in diesem Jahrhundert, nicht die Republik selbst. Das Erinnern daran und die Vergegenwärtigung der Zusammenhänge bewahrt uns vor Wiederholungen und sichert für die nachfolgenden Generationen besser die Zukunft als erinnerungslose tägliche Hektik.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich möchte zunächst die Beschlußfähigkeit des Hauses feststellen.

Die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegt Ihnen gedruckt vor. Zum Ablauf des Tagungsabschnitts ist Ihnen alles Wesentliche in der Einladung mitgeteilt worden.

Ich bitte, auf folgendes zu achten: Die Fraktionen sind übereingekommen, die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt „Wehrmachtsausstellung“ zu erweitern. Dazu liegen der gemeinsame Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 327 und der Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 329 vor. Dieser Punkt soll heute nachmittag nach Tagesordnungspunkt 8 behandelt werden; dies wird nach unseren Planungen etwa gegen 16.30 Uhr der Fall sein. Da dazu Anträge aller drei Fraktionen eingereicht wurden, halte ich Sie damit einverstanden, daß wir für die Beratung 45 Minuten ansetzen und diese Zeit nach dem üblichen Schlüssel auf die Fraktionen aufteilen.

Für die Aktuelle Stunde liegen zwei Beratungsgegenstände vor. Es liegen ferner zwei Dringliche Anfragen vor, die morgen früh ab 9 Uhr beantwortet werden.

Im Ältestenrat sind für die Beratung einzelner Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung vereinbart worden. Diese pauschalen Redezeiten sind den Fraktionen und den Abgeordneten bekannt; sie werden nach dem im Ältestenrat vereinbarten Verteilerschlüssel aufgeteilt. Ich gehe davon aus, daß die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen für die Beratungen verbindlich sind und darüber nicht mehr bei jedem Punkt abgestimmt wird. - Ich stelle fest, daß das Haus mit diesem Verfahren einverstanden ist.

Die heutige Sitzung soll gegen 17.40 Uhr enden.

Ich möchte Sie noch auf zwei Ausstellungen hinweisen.

In der Wandelhalle wird die Ausstellung „Demokratie braucht Bildung - Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Niedersachsen stellen sich vor“ gezeigt. Diese Ausstellung entstand in der Verantwortung des Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung e. V. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß sie nicht im Zusammenhang mit den aktuellen Beschlüssen zum Haushalt 1999/2000 steht. Der Termin ist festgesetzt worden, ohne daß absehbar war, daß eine, wie die Veranstalter sagen, punktgenaue Landung möglich war.

In der Portikushalle sehen Sie die Ausstellung „Mit der D-Mark nach Europa“, die aus Anlaß des diesjährigen 50jährigen Jubiläums der D-Mark vom Bundesministerium der Finanzen konzipiert wurde.

Ich empfehle beide Ausstellungen Ihrer Aufmerksamkeit.

An die rechtzeitig Rückgabe der Reden an den Stenographischen Dienst - bis spätestens morgen mittag, 12 Uhr - wird erinnert.

Es folgen nun die geschäftlichen Mitteilungen durch die Schriftführerin. Bitte!

Schriftführerin Schliepack:

Es haben sich entschuldigt von der Landesregierung der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Herr Bartels, für heute vormittag, von der Fraktion der SPD Herr Collmann für den ganzen Tag und von der Fraktion der CDU Herr Horrmann für den ganzen Tag.

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu

Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen zwei Beratungsgegenstände vor.

a) Gestern versprochen, heute gebrochen: SPD verordnet Studiengebühren - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/322 - b) Hilfe bei Überschwemmungsschäden - Verbesserung des Hochwasserschutzes im Binnenland - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/323.

Es stehen insgesamt 60 Minuten Redezeit zur Verfügung, die gleichmäßig auf die drei Fraktionen aufzuteilen sind. Das heißt, jede Fraktion kann über höchstens 20 Minuten Redezeit verfügen. Wenn mehrere Themen zur Aktuellen Stunde vorliegen, so wie heute, bleibt es jeder Fraktion überlassen, wie sie ihre 20 Minuten für die einzelnen Themen verwendet. Jeder Redebeitrag, auch von Mitgliedern der Landesregierung, darf höchstens fünf Minuten dauern. Nach vier Minuten Redezeit werde ich durch ein Klingelzeichen darauf hinweisen, daß die letzte Minute der Redezeit läuft. Er-

klärungen und Reden dürfen nicht verlesen werden.

Ich eröffne die Beratung zu Punkt 1 a):

a) Gestern versprochen, heute gebrochen: SPD verordnet Studiengebühren - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/322

Herr Golibrzuch, bitte schön!

Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was hatte die SPD nicht alles im Wahlkampf versprochen: Bildungspolitik sollte ein absoluter Schwerpunkt sein. Bundesweit haben Sie damit geworben, daß das Hochschulrahmengesetz alsbald um ein Verbot von Studiengebühren ergänzt wird. Kaum sechs Wochen nach der Bundestagswahl wissen die Studentinnen und Studenten, was sie davon zu halten haben. Mit ihrem Beschluß für die Einführung sogenannter Einschreibgebühren in Niedersachsen bricht die SPD in eklatanter Weise ein zentrales Wahlversprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Völlig zu Recht spricht der „rundblick“ von einer „Gebührenlüge“, kommentiert die „Neue Osnabrücker Zeitung“: „Jetzt, wo die Stimmen im Sack sind, wird abgezockt“, und die Landesvorsitzende der Juso-Hochschulgruppe kommentiert: „Der Ministerpräsident begeht Verrat an den Studierenden und an der Sozialdemokratie.“ Jetzt endlich weiß die Öffentlichkeit, warum diese Landesregierung so lange mit der Aufstellung ihres Doppelhaushaltes gezögert hat. Sie war zu feige, sich einer kritischen Diskussion zu stellen, meine Damen und Herren. Zu feige!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Ich sage Ihnen: Gerade weil Sie sich im Vorfeld dieser kritischen Diskussion verweigert haben, werden die Proteste jetzt nach der Wahl um so heftiger ausfallen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Oppermann, Sie wollen den Studierenden 100 DM pro Semester aus der Tasche ziehen und

nennen dies „Einschreibgebühr“. Dabei ist längst klar, daß der Vorgang der Immatrikulation bzw. der Rückmeldung bei weitem nicht einen solchen Betrag rechtfertigt. Die Zahlen dazu sind unterschiedlich. In Bremen wurden 6,23 DM genannt. Der Verwaltungsgerichtshof in Baden-Württemberg hat einen Betrag in Höhe von vielleicht 20 DM für angemessen gehalten. Sie wissen, daß dort der Verwaltungsgerichtshof die Landesregierung daran gehindert hat, diese Einschreibgebühren zu erheben.

Wie auch immer, Sie wissen auch, daß die Kosten dies nicht rechtfertigen, und Sie rechnen deswegen alle möglichen Kosten, die die Verwaltung von Studierenden mit sich bringt, in diese Gebühr hinein. Folgt man dieser Logik, dann wird es nicht mehr lange dauern, daß Sie auch zusätzliche Gebühren etwa für die Nutzung von Bibliotheken erheben. Das ist nicht gerechtfertigt. Sie wissen ganz genau, diese Einschreibgebühr ist nichts anderes als eine verkappte Studiengebühr, und das wissen die Betroffenen auch.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Wohin die Reise mit dieser SPD geht, das konnte man am vergangenen Samstag der „Neuen Presse“ entnehmen:

„Es ist gerechter, zukünftige Einkommenseliten an der Finanzierung der Hochschulen zu beteiligen, als die Kosten auf alle Steuerzahler umzulegen.“

So sprach sich Ihr Fraktionsvorsitzender Sigmar Gabriel ganz unverhohlen für die Einführung von Studiengebühren aus.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD - Gabriel [SPD]: Das ist ein Zitat vom DGB!)

- Herr Senff und Herr Gabriel klatschen, die Restfraktion schaut zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hätten gerne eine Auskunft über den Stellenwert dieser Äußerung Ihres Fraktionsvorsitzenden. Wir fragen Sie: Was ist denn nun die Position der niedersächsischen SPD in dieser Frage? Wollten Sie lediglich Ihre neue Landesvorsitzende brüskieren, die in Bonn wacker für ein Studiengebührenverbot im HRG streitet, oder haben Sie in dieser

Frage die SPD-Landtagsfraktion hinter sich? - Was auch immer Sie im Sinn hatten, Herr Gabriel, ich finde, Sie haben damit Ihrer Regierung und Ihrer Fraktion einen Bärendienst erwiesen. Vielleicht war das aber auch Ihre Absicht. Es ist ja nicht auszuschließen, daß Ihr Stern um so heller strahlt, wenn Ihre Kollegen in Regierung und Fraktion Probleme bekommen. Das war möglicherweise Ihr Hintergedanke.

(Gabriel [SPD]: Aber bei Ihnen geht demnächst das Licht aus! - Gegenruf von Frau Harms [GRÜNE]: Das glaube ich nicht!)

In der Sache allerdings können wir uns bei Ihnen nur bedanken. Wenn es noch eines Motivationschubs für die Hochschulen und für die Studierenden bedurft hätte, sich gegen Ihr Abkassiermodell zur Wehr zu setzen, so haben Sie den damit geliefert. Wir greifen das auf. Wir versprechen Ihnen jedenfalls einen heißen Tanz.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU - Gabriel [SPD]: Der sich den Wolf tanzt! - Heiterkeit bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt der Wissenschaftsminister Oppermann.

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein lieber Herr Golibrzuch, das war ein mißglückter Versuch.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, es ist sinnvoll, zunächst einmal eine Klärung der Begriffe herbeizuführen,

(Zurufe von der CDU und von den GRÜNEN)

damit Sie die Möglichkeit haben, über die Dinge zu reden, um die es geht. Sie haben die Begriffe „Studiengebühr“ und „Einschreibgebühr“ benutzt. Es geht aber weder um Studiengebühren noch um Einschreibgebühren. Es geht um Verwaltungs-kostenbeiträge.

(Lachen bei der CDU und bei den GRÜNEN - Zurufe von den GRÜNEN)

Wie Sie möglicherweise wissen, sind Gebühren Entgelte für Verwaltungsdienstleistungen.

(Unruhe)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, lassen Sie den Wissenschaftsminister doch ausreden.

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Ein Studium in Deutschland kostet je nach Fach - das ist ganz unterschiedlich - zwischen 10.000 DM bei den preiswerteren Fächern und 60.000 DM. Ein solches Studium an einer öffentlichen Hochschule in Deutschland - auch in Niedersachsen - bleibt auch künftig kostenfrei. Wer argumentiert, daß ein Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 100 DM pro Semester die Gegenleistung für ein Studium im Wert von 10.000 DM bis 60.000 DM sei, der glaubt auch, daß der Strom aus der Steckdose kommt.

(Beifall bei der SPD - Frau Harms [GRÜNE]: Wer hat denn so argumentiert?)

Präsident Wernstedt:

Herr Oppermann, gestatten Sie Zwischenfragen des Abgeordneten Möllring und des Abgeordneten Busemann?

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Nein, ich möchte das im Zusammenhang darstellen, Herr Präsident. - Es geht aber auch nicht um Einschreibgebühren.

(Frau Harms [GRÜNE]: Warum heißt das so?)

- Hören Sie doch einmal zu, bevor Sie reden. Das ist sinnvoll, weil Sie dann wissen, worüber Sie reden. - Herr Golibrzuch hat ja völlig recht. Die bloße Einschreibung kostet in der Tat nur ein paar Mark und könnte keine Gebühr von 100 DM rechtfertigen. Was wir einführen, ist also ein Verwaltungskostenbeitrag. Ein Beitrag ist im Gegensatz zu einer Gebühr für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen zu entrichten. Ich möchte Ihnen jetzt einmal sagen, um welche Einrichtungen es dabei

geht, die das Land außerhalb der Dienstleistungen in Forschung, Studium und Lehre vorhält.

(Lindhorst [CDU]: Dann hätten Sie ja gleich 1.000 DM erheben können!)

Es geht dabei um Immatrikulationsämter, Prüfungsämter, akademische Auslandsämter, Einrichtungen der allgemeinen Studien- und Studierendenberatung, Praktikantenämter, staatliche Prüfungsämter und die Beteiligung des Landes an der ZVS. Es geht also insgesamt um Gegenleistungen für die Finanzierung eines landesweiten hochschulübergreifenden Verwaltungs- und Betreuungssystems für die Studierenden.

(Zurufe von der CDU)

Das Ministerium hat vor zwei Jahren, als dieser Beitrag schon einmal zur Diskussion stand, ausgerechnet, wie teuer das System ist. Es hat errechnet, daß die durchschnittlichen Kosten pro Person 123 DM betragen. Inzwischen sind Kostensteigerungen erfolgt, so daß wir von einem höheren Beitrag ausgehen müssen. Dafür ist die Gegenleistung jetzt ein Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 100 DM pro Semester.

Wenn Sie meinen, Herr Golibrzuch, das sei eine Studiengebühr, dann will ich Ihnen den Begriff „Studiengebühren“ gern einmal ein wenig veranschaulichen.

(Unruhe bei den GRÜNEN – Busemann [CDU]: Eine verdeckte! – Weitere Zurufe von der CDU und von den GRÜNEN)

Die von mir sehr geschätzte Kollegin Krista Sager aus Hamburg, die ja auch Sie aus irgendwelchen Zusammenhängen kennen, ist zur Zeit im Begriff, verschiedene internationale Studienangebote und entsprechende Studiengebühren in Hamburg zu genehmigen, und zwar beispielsweise für die Gerd Bucerius International Law School, bei der eine Studiengebühr von 15.000 DM erhoben werden soll,

(Zuruf von der CDU: Das ist doch privat!)

- ich komme gleich zum Thema „privat“, vorsichtig! - und für das International Center of Graduate Studies an der Universität Hamburg, das 15.600 DM kosten soll. Dann kommt sozusagen die Krönung: Das Northern Institute of Technology

(NIT) in Hamburg soll 40.000 DM an Studiengebühren kosten. Das wird Frau Sager genehmigen.

(Schröder [GRÜNE]: Das ist auch gerade vergleichbar! – Weitere Zurufe)

Wenn Sie mir jetzt sagen wollen, daß das sozialverträglich sei - - -

(Zurufe)

- Nein, das ist ein grundständiges Angebot. Das ist keine Managerfortbildungsakademie, die gebührenfinanziert ist, sondern das ist eine Einrichtung an der Technischen Universität Harburg, die privat finanziert ist, und zwar unter anderem durch Gebühren in Höhe von 40.000 DM.

(Frau Harms [GRÜNE]: Aber sie ist privat finanziert!)

Wenn Sie mir jetzt sagen wollen, daß Gebühren in Höhe von 40.000 DM sozialverträglich seien,

(Zurufe von der CDU: Nein!)

aber Verwaltungskostenbeiträge in Höhe von 100 DM das Ende des Sozialstaats seien, dann ist das eine verlogene Argumentation.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU und bei den GRÜNEN – Frau Harms [GRÜNE]: Das ist wirklich unglaublich! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

- Ich bin sofort fertig, Herr Präsident. – Mit dieser Argumentation wollen Sie sich bei den Studentinnen und Studenten anbieten.

(Frau Harms [GRÜNE]: Dann wünsche ich Ihnen viel Glück mit Ihrer Argumentation, Herr Oppermann!)

Aber das wird Ihnen nicht gelingen, weil die Studierenden wissen, daß es viel schlimmer wäre, wenn wir Eingriffe in die Hochschuletats vornehmen und dadurch die Qualität der Ausbildung verschlechtern müßten. Das werden wir in Niedersachsen vermeiden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Jetzt hat sich noch einmal Herr Golibrzuch gemeldet.

Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein lieber Herr Oppermann, um der Öffentlichkeit deutlich zu machen, wo hier der Streitpunkt liegt: Was Frau Sager in Hamburg genehmigt, sind zum einen berufsbezogene Weiterbildungsstudiengänge, zum anderen auch Grundstudiengänge an den öffentlichen Universitäten.

(Möhrmann [SPD]: Zum Teil also auch Grundstudiengänge!)

- Nein, nein. – So etwas haben wir in Niedersachsen ja auch. Hier heißt das Ding European Business School. Das wird zum Teil von privaten Sponsoren finanziert, wird aber auch mit Geld der Landesregierung gefördert, allerdings – Herr Möhrmann, darauf kommt es an – außerhalb der Hochschulen. Das ist kein reguläres Studienangebot, sondern das ist ein zusätzliches Angebot im Bereich gerade der berufsbezogenen wissenschaftlichen Weiterbildung,

(Möhrmann [SPD]: In Niedersachsen oder in Hamburg?)

für das, wie im übrigen für alle Serviceeinrichtungen in der Region wie etwa für Seniorenstudiengänge, in gleicher Weise Gebühren veranschlagt werden können. Das ist völlig unstrittig.

Was Sie hier versuchen, ist eine Begriffsverwirrung. Der Unterschied zwischen Hamburg und Niedersachsen ist in zentraler Weise der folgende: In Hamburg ermöglicht Frau Sager es den Universitäten und den Hochschulen, den TUs und den FHs, zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen, indem sie dort solche Studiengänge an den Hochschulen genehmigt.

(Möhrmann [SPD]: Wer bezahlt die denn?)

Sie machen hier folgendes: Sie entziehen den Hochschulen zusätzliche Möglichkeiten zur Erschließung von Einnahmequellen, indem Sie so etwas außerhalb der Hochschulen genehmigen und dann auch noch Firmen, die das überhaupt nicht nötig haben, 5 Millionen DM hinterherwerfen, damit diese hierzulande solche Business Schools im Medical Park errichten.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Herr Abgeordneter Dr. Domröse hat ums Wort gebeten.

Dr. Domröse (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich höre gerade, daß sich die CDU zum Schluß zu Wort melden will. Wahrscheinlich kann sie die Antwort nicht vertragen.

(Unruhe bei der CDU)

Wir wollen einmal sehen, wie wir das umgehen können.

Mein lieber Herr Golibrzuch - Sie haben ja eben mit einer entsprechenden höflichen Formulierung angefangen -, ich glaube, Sie haben in Ihrem Redebeitrag eines vergessen, nämlich den Grund dafür, warum wir diese Debatte überhaupt führen. Wir haben hier keine Debatte über die reine Lehre der Hochschulpolitik - dazu werde ich gleich noch etwas sagen -, sondern wir haben hier eine Debatte über die öffentlichen Finanzen und über die Frage, wie wir insbesondere im Lande Niedersachsen die öffentlichen Finanzen gestalten.

(Widerspruch bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Dabei geht es nicht nur um unseren Landeshaushalt, sondern wir haben darüber hinaus auch eine Verantwortung für die Kommunen, deren Haushalte wir hier ja mitgestalten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das ist unsere zentrale Aufgabe.

Nun will ich gern noch auf den einen oder anderen Punkt eingehen, den Sie, Herr Golibrzuch, hier angesprochen haben. Sie werden verstehen, daß ich zunächst einmal den Vorwurf, den Sie hier gemacht haben, die SPD habe ihre Linie verlassen, oder es sei unklar, welche Linie die SPD habe,

(Zurufe von den GRÜNEN: Genau!)

aufs schärfste zurückweisen muß.

(Lachen bei der CDU und bei den GRÜNEN)

- Herr Klare, Ihr Lachen habe ich jetzt besonders herausgehört. Ich empfehle Ihnen hierzu ein Literaturstudium. Das geht ganz einfach. Da Sie nicht

so gern lesen, möchte ich das mit der Erlaubnis des Präsidenten vortragen.

(Schröder [GRÜNE]: Aber gebührenfrei!)

Das ist aus dem Stenographischen Bericht über die 73. Plenarsitzung am 22. Januar 1997. Das ist also gut eineinhalb Jahre her und steht im Zusammenhang mit der Beratung des letzten Doppelhaushalts. Damals hat für uns die Abgeordnete Hulle Hartwig wie folgt ausgeführt:

„Es ist nur ehrlich zu sagen: Für die nächsten beiden Jahre“

- das waren die inzwischen zurückliegenden Jahre -

„ist dieses Thema für uns durch Haushaltsbeschluß und Haushaltsgesetz bereinigt. Es ist verlogen zu sagen: Wir werden in diesem Parlament nie wieder darüber reden. Wir können es bei der finanzpolitischen Entwicklung an den Hochschulen nicht ausschließen, daß diese Debatte wieder auf uns zukommt. Es können sich alle darauf einstellen; wir werden diese Diskussion nicht verhindern können. Ich halte es für unfair, wenn hier eine Fraktion“

- damals waren die Grünen gemeint -

„auftritt und meint, das Parlament könnte angesichts der Probleme der Hochschulen mit einem solchen Antrag“

- wie dem heutigen zur Aktuellen Stunde -

„schnell einen Persilschein ausstellen, damit man diese Probleme für alle Zeiten nicht mehr zur Kenntnis nehmen muß.“

(Beifall bei der SPD)

Nun möchte ich einen, aber wirklich nur einen, Schlenker hin zu dieser unseligen Diskussion über Studiengebühren machen.

(Zurufe von der CDU)

Es ist schon damals – übrigens auch bei Ihren Kolleginnen und Kollegen, Herr Klare - sehr differenziert gesehen worden, daß dies keine Studien-

gebühren sind. Da waren Ihre Kolleginnen und Kollegen sehr vorsichtig, was sie damals auch sein mußten - was sie übrigens auch heute noch sein müssen -, weil damals gerade bundesweit in der CDU die Diskussion um Studiengebühren keine heilige Kuh war. Das wurde ja an vielen Stellen gefordert.

(Möllring [CDU]: Nur sagen wir es offen, während Sie es „Verwaltungskostenbeiträge“ nennen!)

- Nein, nein. Lesen Sie bitte Ihre eigenen Papiere durch! – Sie sagen das ganz offen, was auch viele Menschen, viele Verantwortliche in unserer Gesellschaft, offen sagen: Man muß über Studiengebühren nachdenken können.

(Möllring [CDU]: Das müssen Sie aber vor der Wahl sagen!)

In einem völlig neuen Zusammenhang der Neuordnung der Finanzierung von Hochschule und Studium muß man über Studiengebühren nachdenken können. Das tun alle, auch ich und Herr Gabriel,

(Frau Pothmer (GRÜNE): Aber erst nach der Wahl!)

viele CDU-Abgeordnete, viele Hochschulmitglieder. Immerhin – Herr Möllring, damit wir auch einmal die Fakten zur Kenntnis nehmen – war es Ihre Bundestagsfraktion, die sich in der Debatte über das HRG geweigert hat, zu diesem Teil Hochschulgebühren ein klares Nein in das Gesetz aufzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist bei Ihnen also absolut keine heilige Kuh.

(Möllring [CDU]: Das haben wir doch auch gar nicht behauptet! Aber Sie haben das doch verboten wollen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Wiesensee bestätigt das gerade. Das finde ich sehr ordentlich.

Die letzte Bemerkung dazu. Was wir damals gesagt haben, Verwaltungskostenbeiträge sind keine Studiengebühren, das sagen wir auch heute.

(Unruhe bei der CDU)

Inzwischen ist das – lesen Sie bitte die Gerichtsurteile von Berlin und Baden-Württemberg nach! -

auch gerichtsfest. Alle Gerichte haben gesagt: Verwaltungskostenbeiträge dieser Art sind nicht mit Studiengebühren vergleichbar oder gleichzusetzen.

Zu der Aufgeregtheit in dieser Debatte möchte ich Ihnen zum Schluß noch zwei Sätze sagen.

(Unruhe)

- Muß ich schon aufhören, Herr Präsident?

Präsident Wernstedt:

Eine Minute noch!

Dr. Domröse (SPD):

Danke, Herr Präsident.

Minister Oppermann hat Ihnen deutlich gemacht, was die unterschiedlichen Rechtsbegriffe bedeuten. Er hat klargemacht, was auf uns zukommt und worüber wir diskutieren müssen. Ich erkläre Ihnen jetzt den Zusammenhang.

Es gibt den Vorschlag der Landesregierung, über die Verwaltungskostenbeiträge den Haushalt für die beiden kommenden Jahre, die vor uns liegen, auszugleichen. Als SPD-Fraktion werden wir das tun, was für dieses Parlament jetzt notwendig ist. Das Parlament entscheidet ja am Ende darüber, ob der Haushalt genehmigt wird und ob Verwaltungskostenbeiträge für die Studierenden eingeführt werden oder nicht.

(Zurufe von der CDU)

Wir werden darüber sorgfältig beraten und werden dabei den gesamten Kontext berücksichtigen, der dazugehört. Dazu gehört auch die Beurteilung von Gleichwertigkeit und Gleichwertigkeit bei den notwendigen Kürzungen, die es in allen Bereichen gibt. Das Parlament muß abwägen, ob das, was wir den Kindern in den Kindergärten und ihren Eltern, was wir den Schülerinnen und Schülern und den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Eltern in den Schulen, was wir den Teilnehmern in der Erwachsenenbildung zumuten,

(Möllring [CDU]: Den Blinden!)

in einem vernünftigen sozialen Verhältnis zu dem steht, was wir hier den Hochschulen, in diesem speziellen Fall den Studierenden, zumuten.

(Beifall bei der SPD)

Ich brauche kein übermäßiger Prophet zu sein, wenn ich sage, daß meine Fraktion eines nicht mitmachen wird: Augen zu, wir lehnen die Verwaltungsgebühren ab oder schieben die Lasten anderen zu. - Dann werden wir selbst darüber entscheiden müssen, wie es anders finanziert werden kann.

Aber Sie, meine Damen und Herren, werden nicht aus der Verantwortung entlassen. Sie müssen genauso wie wir in diesem Parlament mit konkret gegenfinanzierten Vorschlägen kommen, auf die ich schon heute sehr gespannt bin. Dann werden wir diese Diskussion gemeinsam und sachbezogen führen.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat noch einmal der Herr Wissenschaftsminister. - Das hat sich erledigt. Dann Herr Kollege Wulff.

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Debatte ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Senff [SPD]: Schon wieder!)

Ich meine, daß wir durchaus diskussionswürdige Anmerkungen von Herrn Minister Oppermann gehört haben. Aber es wäre für die Glaubwürdigkeit des Parlaments und der Mehrheit viel besser gewesen, man hätte so etwas vor der Wahl gehört, als nach der Wahl reinen Wein eingeschenkt zu bekommen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Plau [SPD] - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Herr Plau, bevor Sie platzen, zitiere ich Ihnen, was die Juso-Hochschulgruppe in den letzten Tagen veröffentlicht hat. Die Juso-Hochschulgruppe schreibt:

„Die Einführung dieser Einschreibgebühr bedeutet de facto nichts anderes als die Einführung von Studiengebühren. Das Wahlprogramm der Landes-SPD scheint von vornherein bloße Wahlkampfpolitik gewesen zu sein.“

Das schreiben Ihnen die Jungsozialisten!

(Beifall bei der CDU)

Wir könnten es uns einfach machen: Als Sie 1987/88 Särge in den Landtag getragen haben, als über die Einführung von Einschreibgebühren diskutiert wurde, haben Sie gesagt: Die Bildung würde zu Grabe getragen. Wissen Sie, was der jetzige Minister Jüttner damals aus der Opposition heraus gesagt hat? - Er hat damals gesagt: Bildungspolitisch ist das der stramme Marsch in die Vergangenheit, finanzpolitisch absurd. Das Ganze sagt nur etwas aus über die Qualität der gegenwärtigen Regierungspolitik in Niedersachsen. - So Herr Jüttner damals.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wer vor einer Wahl täuscht, wer vor einer Wahl schönredet, wer vor einer Wahl das Loch von 5 Milliarden DM bestreitet und nach der Wahl erklärt „Es war doch richtig, was die CDU gesagt hat; wir haben ein Loch von 5 Milliarden DM“, der hat nicht die Befindlichkeit für Haushaltskonsolidierung, für gemeinsame Anstrengung, die wir jetzt in dieser Lage des Landes dringend bräuchten.

(Beifall bei der CDU)

Wir wissen jetzt: Am 1. März stand ein anderer Kandidat zur Wahl. Inzwischen wissen wir auch: Bei der Landtagswahl in Niedersachsen und dann bei der Bundestagswahl stand ein anderes Programm zur Wahl als das, was jetzt deutlich wird. Das Schlimme ist, daß Sie erst jetzt mit der Wahrheit herauskommen, nachdem Ihnen das Verfassungsgericht Beine gemacht hat.

(Lachen bei der SPD)

- Sie wollten damit ja erst zum 21. Dezember herauskommen. - Das Schlimme ist, daß Sie den Bundestagswahlkampf perfide geführt haben. Sie haben damals gesagt, die Union wolle im Hochschulgesetz Studiengebühren nicht ausschließen.

(Möhrmann [SPD]: Das kann man doch nicht ernst nehmen! - Senff [SPD]: Sie sind ein furchtbar schlechter Verlierer! Sie können einfach nicht verlieren!)

Sie haben das Hochschulgesetz auf Bundesebene an dieser Formulierung scheitern lassen

(Zustimmung bei der CDU)

und unser Gesetz hier in Niedersachsen mit dem Ausschluß von Studiengebühren verhindert und nicht beschlossen. Das ist die Wahrheit.

(Senff [SPD]: Anständig verlieren können Sie nicht!)

Jetzt kommt Ihr Fraktionsvorsitzender Gabriel und erklärt in der „Neuen Presse“, er bedauere, daß man das Thema „Studiengebühren“ in Bonn erst einmal auf Eis gelegt habe.

(Oh! bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wo sind wir eigentlich? - Das ist doch unredlich! Das ist doch der Gipfel! Wahr ist, daß Sie bei Hochschulen und Studenten einen falschen Schein hervorgerufen haben. Das werfen wir Ihnen vor. Das ist gigantischer Wahlbetrug, mit dem Sie ohnehin Ihre Erfahrungen haben.

(Beifall bei der CDU)

Es ist jetzt nicht nur der Begriff der Gebührenlüge, es ist jetzt vor allem die Begrifflichkeit, daß Sie schon wieder falschen Schein erwecken, wenn Sie sagen, Sie würden eisern sparen. Wissen Sie, was Sie machen? - Sie greifen folgendermaßen den Haushalt an: Sie erhöhen die Steuereinnahmen um 480 Millionen DM. Das ist aber keine Einsparung. Ferner erhöhen Sie die Neuverschuldung um 350 Millionen DM. Das ist auch keine Einsparung. Sie kürzen die Ausgaben für Bundesgesetze, ohne daß eines geändert worden ist, um 500 Millionen DM, nämlich im nächsten Jahr 250 Millionen DM und im übernächsten auch. Das ist auch keine Einsparung. Sie wollen keine Wohngeldnovelle mehr und was man sonst noch lesen kann, aber Sie setzen hier buchungstechnisch anders an. Sie kürzen globale Minderausgaben um 400 Millionen DM - das ist auch keine Einsparung, sondern eine Hoffnung - und verringern trotz mehr Schulden den Zinsansatz um 250 Millionen DM. Das sind 1,73 Milliarden DM durch Buchungstricks! Nicht an einer Stelle eine Einsparung!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist keine Kurskorrektur der Finanzpolitik. Das ist kein eisernes Sparen. Wenn ein Privathaushalt so vorgehe, um seine Finanzprobleme zu lösen, wäre er bankrott, pleite und am Ende. Vor der Wahl „Ende der Be-

scheidenheit“ und nach der Wahl: Es ist nichts mehr drin. - Das ist höchst unglaublich.

Jetzt greifen Sie mal wieder in die Taschen anderer. - Nicht in Ihre eigenen Taschen, nämlich des Landes, sondern in die kommunalen Taschen, die des öffentlichen Dienstes, der Polizei, der Betriebe - beim Wasserentnahmeentgelt - und in die Taschen der Studenten.

(Senff [SPD]: Lesen Sie das gerade ab?)

Wissen Sie, was perfide daran ist? – Perfide daran ist, Herr Senff, wenn man sich vor der Wahl für eine Innovationsoffensive für die Hochschulen feiern läßt, für die das Land spärliche 27 Millionen DM beiträgt, und nach der Wahl sagt: Ihr Studenten müßt diese 27 Millionen DM mit den Einschreibgebühren aufbringen. Das ist wirklich schlimm!

(Beifall bei der CDU)

Wir erwarten von Ihnen, daß Sie hier endlich kleine Brötchen backen und nicht solche Beiträge wie eben Herr Dr. Domröse und Herr Oppermann liefern. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie die finanzielle Notlage des Landes einräumen und endlich bereit sind, in einen fairen und sachlichen Dialog einzutreten.

Zu den Einschreibgebühren möchten wir Ihnen sagen: Wir machen hier keine Rituale. Wir lehnen hier keinen Einsparvorschlag mehr pauschal ab.

(Gabriel [SPD]: Aha!)

Dafür ist die Lage des Landes viel zu ernst. Das sollten Sie einräumen. Wir sehen, daß man im Moment bei den Einschreibgebühren feststellen muß - - -

(Gabriel [SPD]: Aha!)

- Sparen Sie sich Ihr „Aha“, Herr Gabriel. Sie legen eine Arroganz an den Tag, die Ihnen in den nächsten Jahren nicht nur in Ihrer Fraktion, sondern in der niedersächsischen Öffentlichkeit gewaltig ans Bein laufen wird. Das kann ich Ihnen sicher sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Senff [SPD]: Das ist besser als Dummheit!)

Wir wollen eine Diskussion darüber, ob diese jetzigen Einschreibgebühren nicht rechtswidrig sind, weil die Verwaltungsgebühr auf 4 bis 68 DM berechnet wird, und ob die soziale Situation der Studenten genügend berücksichtigt wird, die ja ohnehin bei Telefon, Fernsehgebühren und anderem mehr schlechtere Bedingungen haben. Wir wollen wissen, ob diese 100 DM der Anfang oder das Ende sind. Das ist ein Punkt, bei dem Sie nun wirklich mit der Glaubwürdigkeit auf dem Kriegsfuß leben.

Sie haben bei der Kürzung bei den Schwächsten, nämlich beim Landesblindengeld, gesagt: Tragt diese eine Kürzung mit, dann ist Schluß. – Jetzt gehen Sie wieder an das Landesblindengeld heran. Ich will wissen: Ist mit diesen 100 DM Schluß, oder ist das der Einstieg in Studiengebühren, wie es Herr Gabriel in der „Neuen Presse“ angekündigt hat? - Das ist ein wichtiger Punkt. Ist das hier mit dem Landesblindengeld, mit den Einschreibgebühren und anderem die neue SPD-Politik, die der „Neuen Presse“ zu entnehmen war, nämlich laut Herrn Gabriel „Ein folkloristisches Verhältnis zur Sozialpolitik können wir uns nicht mehr leisten“? Was ist damit gemeint? Dazu müssen Sie hier einmal Stellung nehmen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat jetzt der Herr Kollege Gabriel.

Gabriel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Golibrzuch, zum Thema „Studiengebühren“ – zu Einschreib- und Verwaltungsgebühren möchte ich an dieser Stelle nicht mehr Stellung nehmen; das haben Herr Minister Oppermann und Herr Kollege Domröse ausreichend getan – möchte ich gerne etwas zitieren. Der Sachverständigenrat Bildung der Hans-Böckler-Stiftung,

(Decker [CDU]: Es geht doch um eure Wahlaussagen!)

eine gemeinsame Initiative der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Industriegewerkschaft Metall und IG Bergbau, Chemie, Energie hat im Oktober 1998 einen Vorschlag auf Einrichtung von Sparkonten für die Bildung vorgelegt. In diesem Zusammenhang steht die Debatte über Studiengebühren. Klaus Klemm, Professor an der Universität

Essen, Vorsitzender des Sachverständigenrats Bildung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hat im Oktober diese Vorschläge mit jenem Satz gerechtfertigt, den Sie zitiert haben, nämlich daß es gerechtfertigt sei, einen Teil der individuellen Aufstiegskosten für die zukünftigen Einkommenseliten der Republik durch diese Personen selbst mitfinanzieren zu lassen und daß das sozial gerechter sei, als 100 % der Kosten für diesen Berufsaufstieg auf die Bevölkerung umzulegen. Das ist also eine Position, die der Bildungsrat des DGB eingenommen hat.

(Möllring [CDU]: Warum wußtet ihr das vor der Wahl nicht?)

Ich meine, es macht Sinn, Herr Golibrzuch, daß man über solche sozialpolitische Vorschläge der Gewerkschaften auch dann, wenn sie umstritten sind, in aller Offenheit und tabulos diskutiert. In dieser Debatte um den Sachverständigenrat hat unter anderem eine Rolle gespielt – dazu stehe ich ausdrücklich; dies ist immer Position der SPD im Niedersächsischen Landtag und auch auf Bundesebene gewesen -, daß es darum geht, ein vernünftiges BAföG-System für die Studentinnen und Studenten sicherzustellen, welches diese Leute 16 Jahre verhindert haben.

(Beifall bei der SPD)

CDU, CSU und FDP haben 16 Jahre lang das BAföG-System demontiert.

(Beifall bei der SPD)

Es ist richtig, daß dies die erste Voraussetzung ist, um dann zweitens über eine Verbesserung der Stipendien in Deutschland zu sprechen. Danach gehört drittens die Diskussion um Studiengebühren in eine Gesamtneuordnung der Hochschulfinanzierung.

(Beifall bei der SPD – Schröder [GRÜNE]: Das machen Sie doch nicht!

Dies, Herr Kollege Golibrzuch, ist immer die Position der SPD gewesen.

Wenn Ihnen Frau Sager nicht reicht, dann sage ich Ihnen das, was die frühere Berliner Kultusenatorin Sybille Volkholz dazu gesagt hat, die Mitglied und Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen ist. Sie tritt ausdrücklich für eine solche Debatte auch um die individuelle Beteiligung an den Kosten der Hochschulfinanzierung ein.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU – Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich sage das nur deshalb, damit wir nicht nur wegen der Effekthascherei über dieses schwierige Thema diskutieren.

Zum Kollegen Wulff will ich nur wenige Sätze sagen, weil es mir angesichts der Debatte beispielsweise um die Salzgitter AG und die Norddeutsche Landesbank schwer fällt, zu ertragen, daß Herr Wulff anderen Leuten Scheinheiligkeit vorwirft.

(Beifall bei der SPD)

Zu Ihnen muß man nur sagen: Wir machen uns das sehr einfach. Wir werden einfach abwarten, ob Ihre Fraktion unter Ihrer Führung erstmalig nach achteinhalb Jahren im neunten Jahr in der Lage ist, einen Finanzierungsvorschlag für den niedersächsischen Landeshaushalt zu unterbreiten.

(Beifall bei der SPD – Möhrmann [SPD]: Das ist der Punkt! – Rolfes [CDU]: Die SPD-Karre aus dem Dreck ziehen, was?)

Wenn Sie Ihren großen Reden und den Beschimpfungen der SPD und den Begriffen wie Lüge, Katastrophe und Scheinheiligkeit in diesem Jahr erstmalig einen Haushaltsantrag hinzufügen, dann haben Sie das Recht erworben, hier sozusagen auch inhaltlich an der Debatte teilzunehmen. Vorher sollten Sie erst einmal rechnen lernen.

(Starker Beifall bei der SPD – Eveslage [CDU]: War es das, oder kommt noch mehr?)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Kollege Möllring.

(Buß [SPD]: Was hat der denn noch zu sagen?)

Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Falls man einmal einen Film über diese Regierung und diese SPD drehen würde, müßte man ihn nennen: „Lügen pflastern ihren Weg.“

(Mientus [SPD]: Herr Möllring, haben Sie es immer noch nicht begriffen,

daß Sie mit solchen Sprüchen nicht die Wahl gewinnen?)

- Warten Sie es doch einmal ab! - Sie haben vor acht Jahren versprochen, die Deckelung des kommunalen Finanzausgleiches aufzuheben. Heute sagt Herr Domröse: Wir gestalten die Haushalte der Kommunen mit. – Er hat recht: Sie greifen in die kommunalen Haushalte ein, was dazu führt, daß fast alle Haushalte nicht ausgeglichen sind. Sie haben versprochen, 100 % der Personalkosten in den Kindergärten zu zahlen. Jetzt legen Sie einen Vorschlag vor, wonach insbesondere im Kindergartenbereich gekürzt werden soll. Sie haben im Wahlprogramm Ihrer Partei gesagt: Wir verdoppeln die Investitionen bei den Universitäten. - Frau Schwarz hat den Minister gefragt. Er wußte das nicht und hat das bestritten. Statt dessen wird dort gekürzt.

Wir haben gemeinsam den Schutz der Behinderten in die Verfassung aufgenommen. Sie haben versprochen, beim Blindengeld nicht wieder hinzulangen. Statt dessen kürzen Sie gerade jetzt wieder beim Landesblindengeld. Herr Schröder hat hier einmal gestanden und zum Thema Zahnersatz gesagt, daß alte Leute keinen Zahnersatz mehr brauchen, weil sie sowieso nichts zu beißen haben.

(Senff [SPD]: Das ist ja eine Flegelei! Das ist unzulässig, was er da macht! Er zitiert massiv falsch, und zwar bewußt! – Mientus [SPD]: Wer hat das denn inszeniert? – Glocke des Präsidenten)

Ich möchte einmal wissen, welcher zynische Satz Herrn Schröder zu Ihrer Blindengeldpolitik einfallen würde.

Es gibt weitere Beispiele.

(Glocke des Präsidenten)

– Die Zeit läuft leider ab. – Sie sagen, daß Sie für das Hochschulrahmengesetz vorgeschlagen hatten, Studiengebühren bundesweit zu verbieten. Die CDU-Bundestagsfraktion hatte angeregt, es den Ländern, die die Hochschulautonomie haben, freizustellen. Im Bundestagswahlkampf haben Sie so getan, als würde das abgeschafft, und kaum ist die Bundestagswahl vorbei, sind Sie die ersten, die die Studiengebühren einführen. Da kann man nur sagen: Lügen pflastern Ihren Weg!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat Frau Harms.

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Kollegen von der SPD, ich glaube, Sie verstehen die ganze Zeit nicht, worum sich diese Debatte dreht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Diese Debatte, die wir beantragt haben, dient nicht dazu, hier über die korrekte Definition von Studiengebühren oder Einschreibgebühren zu streiten. Darüber kann man lange reden. Aber das ist nicht das Thema der Debatte, die wir beantragt haben, und das ist nicht das Problem, das mein Kollege Golibrzuch hier geschildert hat. Die heutige Debatte dreht sich auch nicht grundsätzlich um die Sinnhaftigkeit, die Zweckmäßigkeit oder die Erforderlichkeit von Studiengebühren. Diese Debatte könnten wir führen. Sie hatten sich aber dagegen entschieden, diese Debatte zu führen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Sie hatten zu beiden Wahlterminen versprochen, keine Studiengebühren einzuführen. Jetzt erheben Sie eine Gebühr, und zwar zur Konsolidierung des Landeshaushaltes und nicht, Herr Gabriel, um den Universitäten oder den Studentinnen und Studenten zu helfen.

(Senff [SPD]: Wer sagt denn, daß die 100 DM Studiengebühren sind?)

Deswegen finden wir diese Debatte, so wie Sie sie hier jetzt führen, nicht hilfreich und auch nicht sachdienlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU – Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist beschämend!)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal zurückkommen auf das Angebot, das ich im Namen meiner Fraktion anlässlich der Regierungserklärung vor kurzer Zeit in diesem Hause unterbreitet habe. Ich habe Ihnen angeboten, daß wir durchaus zur Zusammenarbeit bereit sind. Grundlage für eine Zusammenarbeit zwischen meiner Fraktion und Ihrer Fraktion ist aber die Ehrlichkeit der Debatte und die Transparenz dessen, was die Regierung macht.

Das, was Sie heute vollführen, ist ein krasses Beispiel für fehlende Ehrlichkeit und für fehlende Transparenz.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

In diesem Stil werden wir keine Basis zur Kooperation finden. Darüber müssen Sie wohl noch einmal nachdenken.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Noch einmal Herr Dr. Domröse!

(Möllring [CDU]: Wer hat denn nun recht, Herr Gabriel oder Herr Dr. Domröse? Wollen Sie Studiengebühren, ja oder nein?)

Dr. Domröse (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Teil dessen, was ich mit meinem Beitrag erreichen wollte, hat Frau Harms für mich erledigt. Ich finde nämlich, daß es die Studierenden verdient haben, daß wir diese Debatte nicht zum Anlaß nehmen, uns über alles mögliche zu unterhalten und unser Mütchen zu kühlen mit Landesblindengeld und all den Themen, die hier angesprochen worden sind. Es geht vielmehr um die Frage, ob wir den Studierenden zumuten können, Verwaltungskostenbeiträge zu zahlen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, daß es die Studierenden auch verdient haben, daß wir die Debatte insoweit zurückgeholt haben. Dafür bin ich Ihnen, Frau Harms, außerordentlich dankbar.

Ich will Ihnen zur Frage der Ehrlichkeit deshalb, weil dies von diesem Rednerpult aus von uns anscheinend nicht oft genug betont werden kann, erneut folgendes sagen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Messen Sie sich an Ihrem Programm, Herr Domröse! – Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das gilt nur bis zum 1. März!)

Frau Harms, wir haben ein Programm, und in diesem Programm steht klipp und klar, daß wir Studiengebühren unter den Rahmenbedingungen, die

wir in Deutschland zur Zeit haben, ablehnen. Daran ändert sich auch nichts!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe Ihnen das schon gesagt. Versuchen Sie doch nicht, auf Ihre Weise dagegen anzudiskutieren, daß die Verwaltungskostenbeiträge dieser Art, die in anderen Ländern erhoben werden, keine Studiengebühren sind. Das ist inzwischen gerichtsfest. Das muß noch einmal deutlich herausgestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Frau Harms, seien Sie mir bitte nicht böse: Die Frage der Ehrlichkeit hat uns an dieser Stelle Ihre frühere Kollegin Hoops schon bescheinigt. Sie hat damals nämlich – ich habe schon aus diesem Protokoll zitiert – gesagt: „Sie“ – nämlich wir, die SPD – „sagen dann aber offen und ehrlich, daß das Thema nicht für alle Zeiten vom Tisch ist.“ Wir haben unsere Position insoweit nicht verändert.

Ich will es noch einmal sagen, Frau Harms: Sie haben uneingeschränkt recht, und daran wird auch niemand von uns Zweifel anmelden. Wenn die Maßnahme vom Parlament so beschlossen wird, wie sie die Regierung vorgeschlagen hat, dann dient sie nicht dazu, den Studierenden zu helfen. Das ist wahrlich nicht der Fall. Wir Hochschulpolitiker wissen ganz genau, daß diese Maßnahme unter dem Gesichtspunkt der reinen Hochschullehre kontraproduktiv ist und daß jede Belastung der Studierenden und ihrer Familien die Gefahr beinhaltet, daß dadurch das Studium verlängert wird. Aber, meine Damen und Herren, das, was ich zu diesem Thema gesagt habe, gilt auch für alle anderen Politikfelder in Deutschland und insbesondere für Niedersachsen.

Keine der Maßnahmen, die wir zur Zeit treffen müssen, um den Landshaushalt zur Deckung zu bringen, dient dazu, im Ursprung den Menschen zu helfen, sondern die 40 Milliarden DM, die wir ausgeben, helfen ihnen. Die Kürzungen sind eine zumutbare Belastung.

Ich schließe mich dem an, was Herr Gabriel gesagt hat: Sie sind aufgefordert, zum erstenmal seit achteinhalb Jahren konkrete Alternativvorschläge zu unterbreiten. Wir sind gespannt und werden mit Ihnen darüber diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, zu Punkt 1 a) liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dieser Punkt ist damit erledigt.

Ich eröffne die Beratung zu Punkt 1 b):

b) Hilfe bei Überschwemmungsschäden - Verbesserung des Hochwasserschutzes im Binnenland - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/323

Zur Einbringung hat der Kollege Hogrefe das Wort.

Hogrefe (CDU):

Herr Präsident! Ich gehe davon aus, daß die SPD ihre Gesamtredezeit von 20 Minuten bereits verbraucht hat, so daß ich für sie mitsprechen muß. Ich werde mich jedenfalls darum bemühen.

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Hogrefe, die SPD-Fraktion hat noch sechs Minuten Redezeit.

(Möhrmann [SPD]: Ärgerlich, Herr Kollege!)

Hogrefe (CDU):

Schön. - Vielen Dank.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der wochenlange Dauerregen hat vielen Niedersachsen Leid und Sorgen gebracht. Menschen sind in den Fluten umgekommen - darunter auch Kinder. Zigttausende von Familien haben zum Teil große Schäden an Hab und Gut hinzunehmen. Tagelang lebten im Landkreis Oldenburg die Anwohner in Angst und Schrecken vor einem befürchteten Deichbruch.

Seit acht Wochen warten die Landwirte in Niedersachsen Tag für Tag auf besseres Wetter, um ihre Hackfruchternte einzubringen und das restliche Wintergetreide zu bestellen. Allein im Emsland werden wohl mehr als 3.000 ha Kartoffeln in der Nässe zurückbleiben. Viele Mais- und Zuckerrübenschläge werden nur noch zu beernten sein, wenn man große Bodenschäden in Kauf nimmt.

Meine Damen und Herren, der Gesamtschaden in Niedersachsen beträgt nach meiner Schätzung weit mehr als 300 Millionen DM. Den größten Teil dieses Schadens trägt keine Versicherung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf wohl davon ausgehen, daß der gesamte Landtag mit den Angehörigen der Opfer, mit den Verzweifelten und Geschädigten mitfühlt. Verständnis und Mitgefühl sollten jetzt auch in solidarisches Handeln und Vorsorge für die Zukunft einmünden. Allen ehrenamtlichen Helfern, die seit Tagen und Wochen im Einsatz sind, gilt unser Dank.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Fachleute des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie sprechen im Zusammenhang mit dem Hochwasser an vielen Bächen und Flüssen in Niedersachsen von einem Jahrhundertereignis. An der unteren Aller wurde in den letzten Wochen beispielsweise das höchste Herbsthochwasser seit 1920 gemessen. Tagelang gab es zwischen Hoya und Bremen auf einer Länge von 70 km keine Straßenverbindung mehr. An der Mittelweser bei Drakenburg ist es zu Uferabbrüchen und immensen Schäden an Nutzflächen gekommen.

Nach Einschätzung der Bezirksregierung Weser-Ems, die wohl auch für die Landesregierung gesprochen hat, sind 500 Millionen DM für Deichbaumaßnahmen im Binnenland erforderlich. Aber nur 20 Millionen DM stehen der Bezirksregierung jährlich zur Verfügung.

An der unteren Aller sind nach Einschätzung der Außenstelle der Bezirksregierung Lüneburg 48 Millionen DM zur Ertüchtigung der teilweise maroden Sanddeiche erforderlich. Aber ganze 0,3 Millionen DM stehen zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, Klimaexperten rechnen für die nächsten Jahre mit weiteren großen Hochwasserereignissen in Norddeutschland. Aufgrund von Wetterbeobachtung weiß man, daß sich Feuchtzyklen und Trockenzyklen in Deutschland in einem Abstand von 7 bis 15 Jahren abwechseln. Viele Experten meinen, daß wir offenbar vor einer neuen Feuchtphase stehen.

Wie auch immer wir diese Prognosen beurteilen - es gilt jetzt, a) den Geschädigten zu helfen und b) Vorkehrungen zu treffen, damit künftig bei solchen Starkregenereignissen besser gehandelt werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion hält es für erforderlich, die Mittel in dem von der Landesregierung eingerichteten Hilfsfonds für in Not geratende Hochwassergeschädigte aufzustocken. Wir sind auch der Meinung, daß ein besonderes Darlehensprogramm notwendig ist. Gerade durch das unglückliche Zusammentreffen mit den ruinösen Preisen für bestimmte Veredelungsprodukte stehen viele Landwirte in Niedersachsen unmittelbar vor der Zahlungsunfähigkeit. Aber, meine Damen und Herren, wir erwarten auch, daß der Landtag

(Glocke des Präsidenten)

den Plänen der Regierung, zum zweitenmal die Zuschüsse für die Wasserverbände zu kürzen, eine Absage erteilt. Den Menschen in den Niederungsgebieten darf jetzt nicht die Solidarität aufgekündigt werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, folgende Vorsorge-maßnahmen sind nach Auffassung der CDU-Fraktion unverzüglich einzuleiten:

Erstens. Der Deichbau im Binnenland, vor allem die Ertüchtigung von Sanddeichen, muß durch Umschichtungen im Landesetat und neue Formen, z. B. durch Vorfinanzierung, entscheidend forciert werden.

Zweitens. Maßnahmen zur Wasserrückhaltung an den Flußoberläufen sind zu verstärken.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ich merke schon: Die vielen Stadtmenschen in der SPD-Fraktion können das gar nicht so deutlich sehen, weil sie offenbar nicht wissen, was in den ländlichen Gebieten los ist.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Hogrefe, der Kollege Jansen ist zwar auch ein Stadtmensch - er kommt aus Meppen -, aber er gehört nicht der SPD-Fraktion an.

(Jansen [CDU]: Aber wir hatten auch Hochwasser!)

Hogrefe (CDU):

Vielen Dank für den Hinweis. - Meine Damen und Herren, wir müssen auch feststellen, daß der Aller-Oker-Leine-Plan leider Flickwerk geblieben ist.

Drittens. Der Wasserversickerung auf bebauten und auch auf unbebauten Grundstücken ist mehr Beachtung zu schenken. Nordrhein-Westfalen ist hierbei längst viel weiter.

Viertens. Renaturierungsmaßnahmen und Hochwasserschutz sind künftig besser aufeinander abzustimmen. Der Schutz der Menschen vor Hochwasser und Überschwemmung muß bei allem Verständnis für den Naturschutz Vorrang haben.

(Beifall bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

Fünftens. In der Bauleitplanung sind Hochwasserschutzräume strikt von weiterer Bebauung freizuhalten.

Sechstens. Der Kollege Jahn hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierung auch ein Auge auf die Harzwasserwerke werfen muß. Es kann doch nicht sein, daß die Harz-Wasser-Werke ihr volles Volumen viel zu früh einstauen und dann keinen Hochwasserschutz mehr betreiben können.

(Beckmann [SPD]: Wer konnte auch ahnen, daß so ein Hochwasser kommt?)

Siebtens. Wir fordern die Regierung auf, zu untersuchen, ob nicht mit einer Elementarschadenversicherung den Menschen in den Gebieten geholfen werden kann, die häufiger von Hochwasser beeinträchtigt werden, weil dort sonst wohl keine Versicherung mehr einspringt.

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Hogrefe, Sie haben jetzt schon die Redezeit um mehr als anderthalb Minuten überschritten.

Hogrefe (CDU):

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident.

Präsident Wernstedt:

Sie sind schon am Schluß. Sie können sich nachher noch einmal melden.

(Das Mikrofon am Rednerpult wird abgestellt - Hogrefe [CDU] redet weiter)

- Herr Kollege Hogrefe, ich habe Ihnen das Wort entzogen. Sie haben nachher noch vier Minuten und 20 Sekunden Zeit, um weiterzureden.

(Hogrefe [CDU]: Es tut mir leid, daß ich überzogen habe! - Beifall bei der CDU)

Herr Umweltminister Jüttner, Sie haben das Wort.

(Das Mikrofon am Rednerpult ist noch abgestellt)

Jüttner, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehen Sie, Herr Hogrefe, jetzt wäre es mir fast so gegangen wie Ihnen, nämlich daß mir hier der Saft abgeschnitten wird.

Das, was Sie aufgeführt haben, ist ja bis auf wenige Details, die ich anders akzentuieren würde, überhaupt nicht zu bestreiten. Große Teile des Landes sind schwer durch die Hochwässer betroffen. Sie haben die Details genannt. Das gilt im übrigen - darauf möchte ich hinweisen - nicht nur für Flächen auf dem Lande, sondern auch insbesondere für einige Städte. Die Kollegen Groth und Schwarz und auch die Kollegen beispielsweise im emsländischen Bereich können ein Lied davon singen.

(Möllring [CDU]: Die Kollegin Schwarz auch!)

Ich schließe mich Ihnen im Namen der Landesregierung ausdrücklich an. In den Todesfällen fühlen wir mit den Eltern. Ausdrücklich bedanke ich mich auch bei denen, die haupt- und ehrenamtlich im Katastrophenschutz in den Kommunen und landesweit bei den Feuerwehren und bei der Bundeswehr geholfen haben und die in den letzten Wochen massiv im Einsatz waren.

(Beifall bei der SPD)

Ich schließe ausdrücklich auch die Arbeitgeber ein, die die Freistellungen zugelassen haben, um das zu bewerkstelligen. Man muß sehen, daß das eine außergewöhnliche Situation war, die außergewöhnliche Antworten verlangt hat. Das ist auch weitestgehend gelungen.

Die Landesregierung hat reagiert, indem sie ihr Soforthilfeprogramm angeboten hat. Das steht zur Verfügung. Die ersten Mittel fließen bereits ab.

Herr Hogrefe, ich kann Ihnen auch versichern: Wenn diese bereitgestellten Mittel nicht ausreichen, wird die Landesregierung nachlegen und weitere Mittel zur Verfügung stellen.

Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, als ob wir jeden Schaden finanzieren können. Das ist nicht ausgleichbar. Ich habe Sie auch nicht so verstanden. Aber hier geht es zum Teil um Familien mit Kindern, hier geht es zum Teil um existentielle Fragen, und hier ist Soforthilfe notwendig. Diese wird auch geleistet.

Dankenswerterweise hat der Finanzminister im Detail für Steuererleichterungen gesorgt, so daß auch hier unmittelbare Hilfe möglichst zeitnah organisiert werden kann.

Ich will die Details dazu, wo wir im Lande massive Probleme hatten, nicht wiederholen, sondern ich möchte das aufgreifen, was Sie eingefordert haben. – Wie gehen wir beim Hochwasserschutz eigentlich mit diesen Themen um? Dazu sage ich Ihnen folgendes: Unsere Fachleute waren zum Teil insbesondere über die Art der Ausgestaltung dieser Hochwasser überrascht. Wir hatten das Hochwasser ja nicht, wie sonst, in den großen Flußgebieten, sondern dort, wo seit Jahrzehnten derartiges nicht mehr vorgekommen ist. Der Hintergrund dafür ist der ungeheuer große Niederschlag der letzten Tage. Innerhalb von wenigen Stunden ist mehr heruntergekommen als normalerweise in zwei Monaten im Herbst. Die Flächen waren quasi versiegelt, sie waren nicht mehr aufnahmefähig. Deshalb ist das Hochwasser insbesondere im Bereich kleiner Flüsse wie der Ilse und der Gande aufgetreten.

(Schirmbeck [CDU]: Ilse ist nicht da!)

- Die Ilse ist auch betroffen gewesen, mein Lieber. – Das hatte zur Folge, daß diese ungeheuer großen Schäden und Belastungen in den kleinen Flußgebieten aufgetreten sind. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob es einen technischen Hochwasserschutz gibt, der uns in den Stand setzt, solche Schäden, solche Hochwässer rundherum zu vermeiden. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Das gibt es nicht! Wir werden weiterhin technischen Hochwasserschutz betreiben. Ich hoffe, daß es gelingen wird, die GA-Mittel des Bundes mindestens in der derzeitigen Höhe zu halten. Wir haben in den vergangenen Jahren deutliche Absen-

kungen zu verzeichnen gehabt. In den Kabinettsverhandlungen der letzten Woche ist es mir gelungen, die Mittel für den Bereich des Hochwasserschutzes in der bisherigen Höhe zu halten, so daß wir weiterhin dort 18,5 Millionen DM vorhalten und jedes Jahr verbauen können.

(Glocke des Präsidenten)

Ich warte auf den Antrag der CDU-Fraktion, in dem sie aufzeigt, wo sie mehr machen will. Ich weise nur darauf hin, daß das Amt Neuhaus zur Zeit ein Drittel sämtlicher Mittel bindet. Das ist bei diesem Thema noch wichtiger.

(Zuruf von Frau Harms [GRÜNE])

Neben dem technischen Hochwasserschutz gibt es auch die Forderung nach Vorsorgemaßnahmen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Möllring [CDU])

Wir sollten mit mehr Sorgfalt auf die Hinweise hören, die die Wasserbehörden hinsichtlich des Umganges mit Überschwemmungsgebieten gegeben haben. Wir müssen darauf achten, daß in potentiellen Überschwemmungsgebieten keine Werte installiert werden, daß also diese Gebiete von Bebauung freigehalten werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir können nicht Hochwasser verhindern, wir müssen aber verhindern, daß es zu Hochwasserschäden kommt. Das hat Konsequenzen bezüglich der Art und Ausgestaltung der Überschwemmungsgebiete.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, noch ein Satz, dann bin ich am Ende. - Der Landtag hat mit seiner Wassergesetz-Novelle vor wenigen Monaten deutlich gemacht, daß dem Thema der Ausweisung von Überschwemmungsgebieten ein höherer Stellenwert beigemessen wird. Die Dokumentation, die wir auf der Basis der Hochwässer erstellen, wird dazu beitragen, diese Überschwemmungsgebiete angemessen auszuweisen, und sie wird auch dazu führen, daß wir die gegenwärtige Prioritätenbildung hinsichtlich der Investitionen im Hochwasserschutz überprüfen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Schwarzenholz! - Zu Ihrer Information: Ihre Fraktion hat noch eine Redezeit von sieben Minuten und sieben Sekunden.

Schwarzenholz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Jüttner, wir können uns in dieser Frage wohl sehr schnell verständigen, wenn wir uns daran erinnern, was Sie neulich in einer Diskussion bei der katholischen Kirche gesagt haben und worin wir auch übereingestimmt haben. Sie haben gesagt: Wir haben allgemeine Ziele - die sind richtig -, und dann gibt es immer die Ausnahmen. Wir haben in der Umweltpolitik festzustellen, daß die Ausnahmen zunehmend zur Regel werden. So haben Sie das sinngemäß ausgedrückt.

Im Hochwasserschutz, im gesamten Bereich der Wasserpolitik haben wir leider eine solche Situation zu verzeichnen. Was ist geschehen? Auch wenn man heute von einem Jahrhundertereignis spricht, wird man, wenn man genauer hinguckt, feststellen, daß das mit dem Jahrhundertereignis nicht soweit her ist, weil wir nämlich praktisch jedes Jahr ein solches Jahrhundertereignis bekommen.

(Oestmann [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

- Natürlich! - Ich erinnere Sie an die Ereignisse an der Oder im vergangenen Jahr. Sie können doch nicht ernsthaft die Erwartung haben, daß diese Situation, die relativ normal ist, daß es nämlich an einer geringen Zahl von Tagen relativ stark geregnet hat - - -

(Oestmann [CDU]: 40 mm in 24 Stunden!)

- Ich verstehe Ihre Einwürfe in diesem Zusammenhang, ehrlich gesagt, überhaupt nicht. Sie kennen die Klimadiskussion. Sie kennen die Dinge, die wir zu verzeichnen haben. Wir haben heute häufiger solche Ereignisse. Die Politik muß sich auf diese Ereignisse einstellen. Wir können auch ruhig einmal in die Historie schauen. Im preußisch besetzten Königreich Hannover gab es einmal eine Politik, gezielt Überschwemmungsflächen auszuweisen. In den Nachbarländern wie Oldenburg und Braunschweig ist das leider nicht geschehen. Im Königreich Hannover ist das geschehen, und teilweise profitiert die Landespolitik heute noch davon.

Meine Damen und Herren, welche Ursachen haben wir zu benennen? – Als eine Ursache ist zu benennen, daß wir in Niedersachsen eine enorme Versiegelung der Flächen zu verzeichnen haben, und zwar gerade in den südlichen Landesteilen, in denen das Wasser bei solchen Ereignissen eigentlich nicht so schnell ablaufen dürfte, weil es dann nämlich im Norden entsprechend drückt und dort Hochwasserereignisse herbeiführt. Weiterhin haben wir festzustellen, daß den Flüssen und den Gewässern die Überschwemmungsgebiete systematisch genommen werden. Wir haben ferner festzustellen, daß das Wassermanagement der Talsperren im Harz, so wie es im Augenblick läuft, offensichtlich nicht ausreicht, um solchen Situationen gewachsen zu sein.

(Zustimmung von Jahn [CDU])

Was die Harzwasserwerke angeht, war es doch dramatisch, meine Damen und Herren, daß die Talsperren so hoch gefahren worden sind; wahrscheinlich aufgrund des verregneten Sommers, möglicherweise aber auch aus Gründen der Wasserhaltungspolitik. Das mag Spekulation sein.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Aus wirtschaftlichen Gründen!)

Das ist auch nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, daß Herr Jüttner für die Betriebspläne für den Hochwasserschutz verantwortlich ist, auch was die Talsperren im Harz angeht. Es ist doch nicht hinnehmbar, daß das Wasser aus diesen riesigen Talsperren genau dann abgelassen werden muß, wenn das Hochwasser auf dem Höchstpunkt ist. Das ist doch ein Skandal gewesen! Sie konnten im Fernsehen sehen, wie die Talsperren auf dem Höhepunkt des Ereignisses abgelassen werden mußten, weil die Harzwasserwerke keine andere Chance mehr hatten, da die Talsperren überzulaufen drohten. Das kann es doch nicht gewesen sein.

(Oestmann [CDU]: Wußten Sie vielleicht, daß es so viel regnen würde?)

Herr Minister Jüttner, ich appelliere in diesem Zusammenhang ganz konkret an Sie: Wenn Sie die Aussage ernst meinen, weitere Überschwemmungsgebiete auszuweisen oder vorhandene zu erweitern, dann gucken Sie bitte in den Landkreis Göttingen. Dort scheitert im Augenblick eine rot-grüne Koalition daran, daß in der Gemeinde Rosdorf in einem Überschwemmungsgebiet ein Straßenbauprojekt geplant ist, das die Hälfte des

Überschwemmungsgebietes beseitigen würde. Das kann doch wohl nicht wahr sein!

(Senff [SPD]: Reden Sie doch zu Sachen, von denen Sie Ahnung haben! Das sind noch nicht einmal 5%! – Gegenruf von Möllring [CDU]: Geben Sie doch nicht immer Ihren Senf dazu! - Senff [SPD]: Sie haben doch keine Ahnung von Südniedersachsen!)

Die Wasserleute sagen, daß es verrückt sei und daß es Alternativplanungen gebe, von denen das Überschwemmungsgebiet nicht betroffen sei. Die sozialdemokratische Partei in Göttingen verfolgt aber die Position: Augen zu und durch. Mitten in einer Hochwassersituation werden solche Sachentscheidungen getroffen! Das ist doch der nackte Wahnsinn! Man fragt sich: Wo bleibt die Umsetzung der Sonntagsreden in der Politik, wo bleibt die Umsetzung dessen, was Sie uns hier versprechen?

Nehmen wir nur einmal die Situation in meiner alten Heimatstadt Bad Gandersheim. Der Kollege Schwarz ist schon zitiert worden. Der Kollege Schwarz hat als Bürgermeister im Fernsehen gesagt,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

er müsse jetzt dort Spundwände einbauen und Sandsacklager anschaffen lassen. Was man machen muß, ist, Flächen freizugeben, damit das Wasser vor der Stadt ausweichen kann. Hier muß ein langfristiges Flächenmanagement in dieser Art und Weise betrieben werden. Sie müssen den Leuten langfristig helfen. Wir können es nicht hinnehmen, daß lediglich von einer Katastrophe zur nächsten herumgestochert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat nun der Kollege Groth.

Groth (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schwarzenholz, die von Herrn Hogrefe genannten Menschen in den Katastrophengebieten oder Beinahe-Katastrophengebieten erwarten in diesen Tagen nicht, daß wir uns in Streitereien über einzelne kommunale Fragen und in Vorwurfshaltungen begeben, sondern daß wir das Thema auch hier

im Landtag ernsthafter aufnehmen. Ich wäre dankbar, wenn wir zu einer sachgerechten Erörterung dieses Themas zurückkehren würden.

Ich möchte mich auch für die Bürgerinnen und Bürger aus Delmenhorst ausdrücklich den Worten des Dankes anschließen,

(Beifall bei der SPD)

des Dankes gegenüber den ehrenamtlichen Helfern und gegenüber den professionellen Helfern. Wir haben festgestellt, daß sie hoch qualifiziert und hoch motiviert waren, daß sie zum Teil bis zur Erschöpfung gearbeitet haben, zum Teil bis zu 40 Stunden im Einsatz waren. Die Katastrophenzentren hatten eigentlich nur ein Problem, nämlich die Leute in Freischichten abzumelden. Sie wollten durcharbeiten. Das waren junge Männer von 20, 22 Jahren und zum Teil auch junge Frauen aus den Hilfsorganisationen. Es war eine beachtliche Leistung. Von dieser Stelle aus möchte ich allen Beteiligten noch einmal herzlichen Dank sagen.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich möchte mich auch für die heutige Erklärung der Landesregierung und die sofortige Hilfe bedanken. Wir in den betroffenen Gebieten haben am vergangenen Montag/Dienstag über unsere Lagen berichtet. Innenminister und Finanzminister haben umgehend reagiert. In der Kabinettsitzung am Dienstag – ich glaube, das war am 3. November – ist darüber gesprochen worden. Am Mittwoch stand dann ein Ersthilfeprogramm in Höhe von 500.000 DM. Dieses Programm wird durch kommunale Hilfen komplementiert. Darüber hinaus haben wir mit 250.000 DM von einem Versicherer, der Landesbrandkasse im oldenburgischen Land, eine namhafte Hilfe erhalten. Diese Beträge sind beachtlich und helfen derzeit ganz unmittelbar. Nach meinem vorläufigen Eindruck kann mit diesen Beträgen angemessen geholfen werden, auch wenn damit nicht jeder einzelne Schaden abgegolten werden kann. Es wird auch nicht jeder Schaden gemeldet. In privaten Arbeitnehmerhaushalten – auch in meiner Region – belaufen sich einzelne Schäden auf bis zu 35.000 DM, die mittlerweile aufgelistet und belegt sind. In diesen Fällen muß es eine aktive Hilfe geben. Diese ist inzwischen eingeleitet und ist gut.

Herr Hogrefe hat hier eine wichtige Frage angesprochen: Wie können sich die Bürger, die Landwirte oder die Privathaushalte in denjenigen Bereichen, in denen Hochwasser eingetreten ist – also in

Stadt und Land; da mache ich gar keinen Unterschied –, gegen solche elementaren Schäden versichern? Die öffentliche Landesbrandkasse hat gestern noch einmal mit einigen von uns gesprochen. Sie arbeitet an einem entsprechenden Produkt und geht davon aus, daß sie dieses Produkt innerhalb kurzer Zeit präsentieren können, so daß wenigstens die Schadensbewältigung in Zukunft auch durch die Versicherungen vorgenommen werden kann.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn die Maßnahmen, die in den Regionen präventiv möglich sind, noch einmal überprüft würden. Wir sind sehr wohl der Meinung, daß nicht bei jedem Hochwasser ein hundertprozentiger Schutz gewährleistet werden kann. Bei uns messen wir die Wasserstände bereits seit 41 Jahren. Einen derartigen Wasserstand in den Zuläufen zur Stadt Delmenhorst haben wir während dieser Zeit noch nicht gehabt. Insofern handelt es sich hier um ein Hochwasser, das innerhalb von hundert Jahren nur ein-, zwei- oder maximal dreimal zu erwarten ist. Dennoch wären wir dankbar, wenn angesichts der bestehenden Probleme intensiv über die Frage nachgedacht würde, wo zusätzliche Flächen zum Auflauf der Hochwässer organisiert werden können. Unserer Meinung nach muß hier Zusätzliches getan werden. Die ausgewiesenen und auch freigehaltenen Flächen bei uns in den Zuläufen zur Weser sind nicht bebaut und nicht versiegelt. Aufgrund der Tatsache, daß pro Quadratmeter jedoch 30 l Wasser niedergegangen sind, waren sie innerhalb kürzester Zeit jedoch durch Wasser versiegelt mit der Folge, daß das Wasser in Richtung Siedlungen schoß. Es müssen also weitere Auflaufflächen und Polder organisiert werden. In der Region haben wir bereits damit begonnen, über diese Frage unmittelbar zu reden. Wir wären dankbar, wenn das, was Minister Jüttner gesagt hat, und das, was uns die Bezirksregierung durch Herrn Theilen versichert hat, umgehend koordiniert würde. Angesichts der bestehenden Probleme müssen wir versuchen, zusätzliche Antworten zu finden.

(Vizepräsident Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Derzeit gewähren alle Beteiligten intensive Hilfen. Wir wären dankbar, wenn dann, falls die Hilfen nicht ausreichend sein sollten – das werden wir aber sicherlich erst in einigen Wochen feststellen können –, das wahr werden würde, was Herr Jüttner gesagt hat, daß nämlich das Land durch weitere Mittel, weitere Steuervergünstigungen oder Darle-

hensprogramme ergänzend hilft. Die Betroffenen in den Regionen warten dringend auf diese Angebote. Derzeit kann aber auskömmlich gehandelt werden. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Schönen Dank, Herr Kollege. – Das Wort hat noch einmal der Kollege Hogrefe. Bitte schön!

Hogrefe (CDU):

Herr Groth, vielen Dank. Ich habe den Eindruck, daß das Parlament hier vielleicht noch eher Fortschritte erzielen wird als die Regierung.

Herr Jüttner, Sie haben natürlich völlig recht: Technischer Hochwasserschutz allein reicht nicht. Aber trotzdem sage ich hier: Die Sanddeiche müssen in Ordnung gebracht werden. Darauf können wir nicht dreißig Jahre verwenden.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb müssen auch neue Finanzierungsformen her. Auch wir wissen, daß die Regierung kein Geld drucken kann. Mit etwas Phantasie kann man aber überlegen, ob mit den vorhandenen Mitteln nicht doch etwas gemacht werden kann und ob nicht auch zusätzliche Mittel durch Umschichtungen innerhalb des Landesetats bereitgestellt werden können.

Herr Minister Jüttner, wir wären Ihnen dankbar gewesen, wenn Sie auch etwas zum Thema „Wasserverbandsbeiträge“ gesagt hätten. Es kann doch nicht angehen, daß Sie ausgerechnet denjenigen, die für einen ordnungsgemäßen Wasserabfluß zuständig sind, nämlich den Unterhaltungsverbänden, innerhalb der nächsten zwei Jahre die Mittel um insgesamt 20 Millionen DM kürzen wollen.

(Minister Jüttner: 20 Millionen DM?
Wer hat Ihnen das denn erzählt?)

- Ja, 20 Millionen DM in zwei Jahren. Sie können dazu ja noch Stellung nehmen. – Unser Appell lautet jedenfalls: Lassen Sie das. Sagen Sie heute, daß Sie sich mit den Menschen in den Niederungsgebieten, die ohnehin schon genug leisten müssen – vielfach sind es ja die Gemeinden, die die Beitragszahlungen zu den Wasserverbänden übernommen haben -, solidarisch erklären.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Fraktion wird zum Dezember-Plenum zu dem Thema einen Sachantrag vorlegen. Nach allem, was Herr Groth hier so konstruktiv geäußert hat, gehe ich davon aus, daß in den Ausschüssen und anschließend hier im Plenum wirklich etwas bewirkt wird.

(Beifall bei der CDU – Adam [SPD]:
Aber bitte ohne Polemik!)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege Hogrefe. – Das Wort hat jetzt der Kollege Schwarzenholz. Bitte schön!

Schwarzenholz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Diskussion – insbesondere der Beitrag der SPD-Fraktion – hat eines deutlich gemacht: Wir stehen hier in dem Widerspruch, daß wir global reden, lokal aber anders handeln. Das ist das konkrete Problem.

(Möllring [CDU]: Was wollen Sie von so einer Partei denn anderes verlangen?)

Hier geht es doch nicht darum, Gesetze zu schaffen. Wir haben ein Niedersächsisches Wassergesetz, das sehr, sehr stringente Bestimmungen zu den Überschwemmungsflächen beinhaltet. Gleichzeitig müssen wir aber feststellen, daß die Ausnahmen von dieser Regelung, die lokal täglich gefordert und beschlossen werden, Legion sind und systematisch dazu führen, daß in der lokalen Praxis - zum Teil mit Unterstützung des Landes - genau das Gegenteil von dem passiert, was Ziel des Gesetzes ist. Von daher wäre es jetzt notwendig, die Ursachen für die Überschwemmungen zu beseitigen. Wenn wir gegenüber den Katastrophenhelfern unseren Dank und gegenüber den Betroffenen unsere Betroffenheit zum Ausdruck bringen, müssen wir in erster Linie unsere politische Aufgabe erfüllen und die Ursachen für diese Ereignisse angehen. Da wir den Regen nicht abstellen können – damit haben wir offensichtlich unsere Probleme -, müssen andere Mittel her. In diesem Zusammenhang sind bestimmte Mechanismen, die sich eingeschliffen haben, nicht mehr hinnehmbar. Ich habe das Beispiel der Gemeinde Rosdorf angeführt und im Zusammenhang damit auf eine aktuelle politische Entscheidung, die gerade ansteht, hingewiesen. Die Landesregierung finanziert dieses Straßenbauprojekt mit. Die Landesbehörden

sind als Träger öffentlicher Belange beteiligt und stimmen dem zu. Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß Sie in einer solchen Situation mit Landesgeld auch noch die Zerstörung der wenigen Überschwemmungsflächen unterstützen. Das kann es doch nicht gewesen sein.

Was die Deiche angeht, Herr Kollege Jüttner, kann doch festgestellt werden, daß das, was Sie eben gesagt haben, nur insoweit ehrlich ist, als daß Sie den Leuten jetzt nicht zusätzliche Mittel versprochen haben. Wir müssen aber doch feststellen, daß nicht nur die Deiche im Amt Neuhaus, sondern auch die Deiche in einigen anderen Gebieten des Landes marode sind. Gleichzeitig müssen wir feststellen, daß es in Niedersachsen bisher nicht gelungen ist, Deiche zu den gleichen Kosten zu bauen wie in Brandenburg. Warum gelingt uns das nicht? – Weil bei uns die Frage, wie an solche Projekte heranzugehen ist, noch sehr konventionell behandelt wird und weil es hier nicht gelingt, bestimmte Standards, die sich inzwischen überlebt haben, beim Bau dieser Deiche in Frage zu stellen. Ich sage Ihnen: Wenn wir aus den Erfahrungen, die jetzt im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen an der Oder gemacht wurden, nicht lernen, werden wir noch in 20, 30, 40 und zum Teil sogar noch in 50 Jahren an den Deichen herumdoktern, die heute schon marode sind. Dann werden wir den Leuten bei den vor uns liegenden Überschwemmungsereignissen – das werden dann keine Jahrhunderthochwasser mehr sein, weil sie relativ regelmäßig eintreten werden – nicht mehr erklären können, wo die Ursachen dafür liegen.

Wenn wir in dieser Frage politisch wieder Boden unter die Füße bekommen wollen, müssen wir die bisherigen Planungen zum Flächenumgang in Frage stellen. Wir können dieses Problem nicht damit abtun, daß wir sagen, hier handele es sich um lokale Probleme oder ähnliches. In Bayern, das nun ganz anders koloriert ist, gibt es ein Flächenmanagement, in dessen Rahmen die Wechselwirkung zwischen Überschwemmungsflächen und möglichen Überschwemmungsbereichen sehr umfassend untersucht worden ist. Solche zusammenhängenden Erkenntnisse sind in Niedersachsen aber überwiegend nicht vorhanden; zumindest nicht in großem Maßstab. Auch das trägt dazu bei, daß "klein, klein" gemacht wird, und das führt dann dazu, daß in Städten wie z. B. Bad Gandersheim das Wasser steht. Dann ist es wenig hilfreich, wenn mit sogenannten Hilfsprogrammen wie dem 500.000 DM-Soforthilfeprogramm gesagt wird „Wir helfen euch!“, obwohl man genau weiß, daß man damit

nur einem ganz kleinen Bruchteil der Menschen real hilft. Die Leute empfinden das auch nicht als ernsthafte Tröstung für die Situation, in die sie hineingeraten sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Das Wort hat noch einmal Herr Minister Jüttner.

Jüttner, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist überhaupt nicht zu bestreiten, daß wir hier mit einem ernsthaften Problem befaßt sind. Ich warne aber davor, Dinge hineinzuarbeiten, die damit vergleichsweise wenig zu tun haben, Herr Schwarzenholz.

Es ist so: Selbst wenn überall Beton gelegen hätte, hätte das Hochwasser die gleiche Wirkung gehabt, wie es jetzt der Fall ist. Wir können gerne eine Debatte über Versiegelung führen. Ich halte sie auch für notwendig. Sie hat aber überhaupt nichts mit der Art und Weise zu tun, wie dieses Hochwasser zu verantworten ist.

(Möllring [CDU]: Das ist hundertprozentig richtig!)

Das ist die erste Bemerkung.

Die zweite Bemerkung: Wenn Sie hier die Forderung erheben, daß wir unsere Deiche so bauen sollen, wie das aktuell in Brandenburg gemacht wird, dann muß ich meine Fachbehörden überregeln, weil die das aus Sicherheitsgesichtspunkten für nicht vertretbar halten. Wir können auch diese Debatte führen.

(Oestmann [CDU]: Sollten wir einmal tun!)

Bestimmte Vorsorge- und Schutzmaßnahmen erfordern ihren Preis. Ich habe in den nächsten Wochen neueste Vorgehensweisen zur Verfügung, wie wir im Küstenschutz bauen wollen. Dabei spielen Fragen wie der Abgleich mit dem Naturschutz genauso wie die Frage des Managements des Küstenschutzes eine Rolle. In dem Zusammenhang können wir das gerne diskutieren. Aber den Eindruck, daß wir Geld hinausschmeißen und man woanders klüger ist, kann man nur so lange suggerieren, wie kein Deich bricht.

Herr Hogrefe, zur Frage der Unterhaltungsverbände: Ich hatte Ihnen gesagt, die Mittel für Maßnahmen für den Küstenschutz und für den Hochwasserschutz im Binnenland werden für die nächsten zwei Jahre in gleicher Höhe fortgeschrieben. Die Debatte über die Finanzierung nach § 104 des Wassergesetzes hat mit der aktuellen Hochwassersituation überhaupt nichts zu tun.

(Ehlen [CDU]: Sie sind aber betroffen!)

- Natürlich werden sie betroffen sein, wenn der Landtag das beschließt, was das Kabinett vorlegt, aber nicht auf dieses Hochwasser bezogen, weil die Schöpfkosten - das ist das einzige, was in diesem Zusammenhang von Bedeutung ist - im Jahre 1998 nach heute gültiger Rechtslage ganz normal abgewickelt werden. Von daher kann dieser Zusammenhang nicht hergestellt werden. Auch dabei sollten wir der Sorgfalt halber das auseinanderhalten, was in der Tat nicht zusammen gehört. Wir haben im Zusammenhang mit den Ursachen für das Hochwasser dieses Jahres genug zu diskutieren und zu entscheiden.

Herr Schwarzenholz, es stimmt nicht, daß wir inzwischen jedes Jahr ein Jahrhunderthochwasser haben. Gucken Sie sich an, was insbesondere an den kleinen Flüssen passiert ist. Das ist seit Jahrzehnten nicht der Fall gewesen. Wir haben in den letzten Tagen überprüft, wie oft eigentlich gesaut worden ist, indem in Überschwemmungsgebiete hineingebaut worden ist. Es gibt Altfälle, es gibt alte Sünden. Mir ist gesagt worden, aus den letzten Jahren seien keine Fälle bekannt. Wir gehen der Sache in Rosdorf nach. Ich weiß nicht, worum es sich handelt. Wir werden das sehen. Ich kann nur all denen, die Planungskompetenzen haben, dringend raten, Gesichtspunkten des Hochwassers auch dann hinreichend nachzukommen, wenn gerade Sommer ist und das Wasser nicht in der Hütte steht. Das sind mein dringender Hinweis und die Lehre aus den letzten Wochen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 2:

Übersicht über Beschlußempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/291 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/326 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/328

Die Fraktionen haben im Ältestenrat vereinbart, die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, erst am Donnerstag, also morgen, zu beraten. Ich halte das Haus für damit einverstanden, daß wir heute nur über die Eingaben beraten, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen.

Ich rufe dann zunächst die Eingaben aus der 6. Eingabenübersicht in der vorgenannten Drucksache auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen.

Wir kommen zur Beratung. - Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse über die Ausschlußempfehlungen zu den Eingaben in der Drucksache 291 abstimmen, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wer den Ausschlußempfehlungen insoweit zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 3:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Niedersachsen zur Änderung der Staatsverträge über die Zugehörigkeit der niedersächsischen Architekten zur Bayerischen Architektenversorgung - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/160 - Beschlußempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/284

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde in der 10. Sitzung am 7. Oktober 1998 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen überwiesen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, daß dieser Gesetzentwurf ohne allgemeine Aussprache verabschiedet werden soll. - Dabei soll es offen-

sichtlich bleiben. Ich höre jedenfalls keinen Widerspruch.

Wir kommen dann gleich zur Einzelberatung. Ich rufe

Artikel 1 einschließlich Staatsvertrag. - Unverändert.

Artikel 2. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlußabstimmung. Wer diesem Gesetzentwurf in zweiter Beratung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig. Ich bedanke mich. Wir können diesen Punkt dann bereits abschließen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 4:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Landesrundfunkgesetzes - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/221 - Beschlußempfehlung des Ausschusses für Medienfragen - Drs 14/306

Dieser Gesetzentwurf wurde in der 10. Sitzung am 7. Oktober 1998 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuß für Medienfragen überwiesen. Zur zweiten Beratung hat zunächst Herr Kollege Nolting als Berichterstatter das Wort. Bitte schön!

Nolting (SPD), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für Medienfragen empfiehlt Ihnen in der Drucksache 306, den Gesetzentwurf der Landesregierung mit einigen Änderungen anzunehmen. Über die Zielsetzungen und den Inhalt des Gesetzentwurfs bestanden in den Ausschußberatungen keine Meinungsunterschiede; auch der mitberatende Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen trägt die Empfehlung einstimmig mit.

Deshalb gebe ich nur einige kurze Hinweise zu den vorgeschlagenen Änderungen:

Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht in Nummer 1 eine Bestimmung vor, die die Beteiligung der Landesmedienanstalt und der öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalter an Modellversuchen mit neuen Übertragungstechniken, Programmformen und Mediendiensten rechtlich absichert. Die Landesmedienanstalt und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalter sollen diese Modellversuche nicht selbst betreiben, sondern lediglich die Koordination des Modellversuchs übernehmen können. Diese koordinierende Funktion wird nach Auffassung des Ausschusses mit dem Merkmal „Steuerung“ – statt „Durchführung“ – präziser umschrieben.

Die Nummern 2 und 3 des Gesetzentwurfs stellen sicher, daß bei der Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen die nach europäischem Recht zulässigen Rundfunkprogramme mit inländischen Rundfunkprogrammen gleichbehandelt werden und tragen damit einem Hinweis der EG-Kommission Rechnung. Der Ausschuß schlägt insoweit zu Nummer 3 vor, die Bezugnahme auf das europäische Recht zu vereinfachen. Außerdem wird empfohlen, der Gesetzesüberschrift eine Fußnote beizufügen, in der bestätigt wird, daß die vorliegenden Regelungen der Umsetzung einer EG-Richtlinie dienen - ein Hinweis, der von dieser Richtlinie gefordert wird.

Nummer 4 des Gesetzentwurfs betrifft die Auswahlentscheidungen hinsichtlich der Kanalbelegung; insoweit sollen künftig auch Mediendienste angemessen berücksichtigt werden. Die Ausschußempfehlung geht dahin, die Mediendienste auch an dem - auf ein Jahr befristeten - Bestandsschutz für Rundfunkprogramme teilhaben zu lassen.

Nummer 5 des Entwurfs zielt darauf ab, Entscheidungen der Versammlung der Landesmedienanstalt zu erleichtern, bei denen Mitglieder wegen Besorgnis der Befangenheit ausgeschlossen sind. Hierzu wird keine Änderung empfohlen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ausschuß für Medienfragen bittet darum, dem Gesetzentwurf mit den von mir vorgetragenen Änderungen zuzustimmen.

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Nolting, vielen Dank! - Das Wort hat jetzt Herr Kollege Pörtner.

Pörtner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der uns vorliegende Gesetzentwurf stellt eine sogenannte kleine Novelle zum Landesrundfunkgesetz dar, der in absehbarer Zeit zusammen mit der Änderung des Rundfunkstaatsvertrages eine große Novelle folgen soll. Die Diskussion im zuständigen Fachausschuß hat gezeigt - der Berichterstatter hat schon darauf hingewiesen -, daß es in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den Fraktionen gibt.

Der von meiner Fraktion in diesem Zusammenhang initiierte Vorstoß, über die Regelungen über die Stimmberechtigung von Gremienmitgliedern - in § 60 Abs. 3 wird darauf Bezug genommen - politisch noch einmal nachzudenken, wurde einvernehmlich auf die Diskussion im Zusammenhang mit der großen Novelle verschoben. Hierbei geht es darum, in Erfahrung zu bringen, ob die entsprechende Regelung aus dem Landesrundfunkgesetz in Rheinland-Pfalz sachgerechter ist und die Befangenheitsregelung wirklich so straff gehandhabt werden muß, wie es das Verwaltungsverfahrensgesetz vorsieht.

Sachpolitisch geht es bei diesem Gesetzentwurf vor allem um zwei wichtige inhaltliche Änderungen:

Einmal ist eine Anpassung an die EU-Fernsehrichtlinie vorgesehen, und zwar in der Form, daß Rundfunkprogramme aus den EU-Mitgliedstaaten gegenüber den inländischen Programmen nicht benachteiligt werden. Bis jetzt war in § 50 Abs. 1 des Rundfunkgesetzes nicht zwischen Rundfunkprogrammen aus EU-Mitgliedstaaten und sonstigen ausländischen Programmen unterschieden worden. In der Verwaltungspraxis kam dies hingegen sehr wohl zum Tragen. Die Novellierung sieht nun eine diesbezügliche und politisch nachvollziehbare Änderung der Vorschrift vor.

Von größerer medien- und wirtschaftspolitischer Bedeutung wird möglicherweise die Veränderung des § 52 des Rundfunkgesetzes sein, der die Rangfolge der Rundfunkprogramme im Kabel regelt. Bisher war es so, daß bestimmte Angebote, die als Mediendienste dem Staatsvertrag über Mediendienste zuzuordnen sind, bei der Festlegung über die Kabelbelegung durch die Landesmedienanstalt keine Berücksichtigung fanden und somit einen großen Markt nicht erreichen konnten. Die Novellierung sieht nun vor - das findet sowohl aus ord-

nungs- als auch aus medienpolitischen Überlegungen die volle Zustimmung meiner Fraktion -, daß diese Anbieter ihre Dienste über Kabel verbreiten können und somit in Zukunft eine diesbezügliche Chancengleichheit gewährt wird. Die vorgeschlagene offene Formulierung in § 52 stellt darüber hinaus sicher, daß den tatsächlich vorhandenen Interessen von Mediendienstanbietern, Rundfunkveranstaltern und Öffentlichkeit bei der Kabelbelegung Rechnung getragen wird.

Ich habe schon im Rahmen der ersten Beratung dieses Gesetzentwurfs im Landtag erklärt, daß aus der Sicht der Union die freie Entfaltung der Mediendienste politisch notwendig ist, weil wegen der mitunter rasant verlaufenden Veränderungen im Markt die Investoren einen möglichst großen Handlungs- und Entscheidungsspielraum haben müssen, um entsprechend schnell reagieren zu können. Aber nicht nur aus wirtschaftspolitischer Sicht ist die freie Entfaltung der Multimediadienste von großer Bedeutung; sie erscheint auch unter Berücksichtigung medienpolitischer Kriterien geboten. Während nämlich bei der Gestaltung des dualen Rundfunks die Ausgewogenheitspflege im Mittelpunkt steht, bildet im Bereich der Multimediadienste die Offenheitspflege den entscheidenden Aspekt für die künftigen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Damit ist gemeint, daß dem Leitbild einer umfassenden Meinungsbildung in einer offenen Demokratie am besten dadurch entsprochen werden kann, daß alle Anbieter, Abnehmer und Inhalte einen offenen Zugang erhalten. Für das Verhältnis verschiedener Diensteanbieter zueinander bedeutet Offenheitspflege, daß grundsätzlich alle Inhalte die Chance erhalten müssen, in einem Dienstangebot aufgenommen zu werden, wie dies durch die vorgesehene Novellierung des Landesrundfunkgesetzes auch in die Tat umgesetzt werden soll und wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gehen davon aus, daß uns die große Novelle zum Landesrundfunkgesetz zeitgleich mit der Änderung des Rundfunkstaatsvertrages in absehbarer Zeit auf den Tisch flattern wird und daß wir uns im zuständigen Medienausschuß - diesmal wahrscheinlich zeitlich umfangreicher und intensiver - mit den entsprechenden Vorschlägen zu beschäftigen haben werden, weil es nicht abwegig ist, anzunehmen, daß uns hier wichtige, weitreichende medienpolitische Entscheidungen für die Zukunft abverlangt werden und uns die Ministerpräsidenten in den Vorbereitungen - das Thema steht schon seit längerer Zeit

auf der Tagesordnung - entsprechende Angebote und Vorschläge unterbreiten werden. - Ich darf mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat der Kollege Reckmann.

Reckmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Nolting und auch Herr Pörtner haben den Sachverhalt sehr dezidiert vorgetragen. Ich habe dem von der Sache her nicht viel hinzuzufügen und möchte mich aus diesem Grund kurz fassen.

Bei der Einbringung hat der Kollege Wolkühler für die SPD-Fraktion in einer sehr guten Rede dargelegt, daß wir hinter diesem Gesetzentwurf stehen, daß wir für diese Änderungen sind. Daran hat sich im Laufe der Beratungen - sicherlich für alle überraschend - nichts geändert. Wir sind dafür, daß die Landesmedienanstalt zukünftige Versuche nach § 48 a Landesrundfunkgesetz koordiniert und dort eine noch stärkere Stellung einnimmt. Die Fachkompetenz ist vorhanden. Es gibt also viele gute Gründe, die Landesmedienanstalt mit der Durchführung dieser Versuche zu betrauen. Gerade im Hinblick auf die Digitalisierung des Rundfunks und die geplanten Versuche ist das eine richtige Entscheidung.

Für die Kabelbelegung ist es sinnvoll, daß die Mediendienste angemessen berücksichtigt werden sollen. Man darf nicht vergessen, daß das auch wirtschaftliche Faktoren sind und daß sich dadurch wirtschaftliche Möglichkeiten entwickeln. Wir haben in Niedersachsen bereits Call-Center von entsprechenden Veranstaltern. Ich glaube, daß wir das bei der nächsten Kabelbelegung, über die noch in diesem Jahr neu entschieden wird, umsetzen sollten. Die Landesmedienanstalt sollte die Möglichkeit haben, diese Mediendienste mit in die Kabelbelegung einzubeziehen.

Völlig richtig ist auch, daß bezüglich der Entscheidungen in der Versammlung der Landesmedienanstalt eine Änderung vollzogen werden soll, so daß dort bei bestimmten Entscheidungen eine Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder und nicht die Mehrheit der grundsätzlich Stimmberechtigten notwendig ist. Es gab die Situation, daß bei Entscheidungen eine größere Zahl der eigentlich

stimmberechtigten Mitglieder befangen war oder bei ihnen die Möglichkeit der Befangenheit bestand, so daß sich die Zahl der Stimmberechtigten dort stark reduziert hat. Dann eine Mehrheit der eigentlich Stimmberechtigten hinzubekommen, ist eine sehr schwierige Angelegenheit. Im Extremfall könnte es sein, daß nicht nur zehn, sondern 15 oder 18 befangen sind, so daß eine Mehrheit überhaupt nicht mehr zustande kommen könnte. Aus diesem Grunde ist die Änderung, die jetzt vollzogen werden soll, völlig richtig.

Eine Angleichung an das EU-Recht, d. h. daß man zwischen ausländischen Veranstaltern und EU-Veranstaltern differenziert, ist ebenfalls richtig, muß also auch vollzogen werden, so daß ich darum bitte, daß auch dieser Änderung zugestimmt wird.

Ich möchte mich bei den Fraktionen der CDU und der Grünen noch einmal dafür bedanken, daß sie diese Gesetzesnovellierung so zügig mit durchgezogen haben, damit die Landesmedienanstalt in die Lage versetzt wird, die Kabelbelegung schon nach neuem Recht vorzunehmen. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die allgemeine Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung und zur Abstimmung.

Ich rufe auf:

Artikel 1 Nr. 1. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen.

Artikel 1 Nr. 2. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist ebenfalls einstimmig beschlossen.

Artikel 1 Nr. 3. - Dazu liegt ebenfalls eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen.

- Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen.

Artikel 1 Nr. 4. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Auch dies ist einstimmig beschlossen.

Artikel 1 Nr. 5. - Unverändert.

Artikel 2. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen jetzt zur Schlußabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung in zweiter Beratung zustimmen will, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen. - Ich danke Ihnen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes - Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drs. 14/310

Das Wort hat die Kollegin Zachow.

Frau Zachow (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Das Thema „Ersatzzahlungen bei Eingriffen in Natur und Landschaft“ ist sowohl hier im Plenum als auch im Umweltausschuß schon einmal erörtert worden. Ich möchte gleich zu Anfang deutlich machen, daß wir mit unserem Gesetzentwurf keinesfalls eine Alternative zur Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen normieren wollen. Die Möglichkeit, Ersatzzahlungen zu leisten, soll vielmehr nur und ausnahmsweise bei den Vorhaben bestehen, bei denen unter Ausschöpfung aller in Betracht zu ziehenden Möglichkeiten eine Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahme nicht durchzuführen ist, an der Verwirklichung des Vorhabens aber ein überwiegendes Interesse besteht. Solche Fälle kennen die meisten von Ihnen sicherlich aus den Kommunen.

Gerade im städtischen und stadtnahen Bereich gibt es immer wieder Fälle, bei denen man über die Effizienz von Ersatzmaßnahmen trefflich streiten kann und bei denen die Kosten in keinem Verhältnis zum ökologischen Nutzen stehen. Aber auch in Bereichen mit z. B. sehr vielen Landschaftsschutzgebieten sind notwendige Maßnahmen selbst bei großzügiger Auslegung des Begriffs „Suchraum“ kaum möglich, wobei wir alle wissen, daß dieser Begriff in den einzelnen Gebietskörperschaften unterschiedlich ausgelegt wird.

Dieses Verfahren zu vereinheitlichen könnte an der einen oder anderen Stelle sicherlich schon Erleichterung bringen. Das Problem als solches wäre damit allerdings noch nicht gelöst.

Zwölf andere Bundesländer haben in ihren Landesnaturschutzgesetzen die Möglichkeit der Leistung von Ersatzzahlungen geschaffen und damit auch gute Erfolge erzielt. Hessen bildet dabei allerdings eine unrühmliche Ausnahme. Es scheint von weitem betrachtet so zu sein, daß die dortige Regelung zu großzügig und vor allem an manchen Stellen von den Kommunen zu lax gehandhabt worden ist.

Die Einnahmen aus diesen Ersatzzahlungen sollten nach unserer Meinung dem Land zustehen, das im Einvernehmen mit den unteren Naturschutzbehörden diese Mittel in dem betroffenen Naturraum vor Ort für Maßnahmen zur Verbesserung des Landschaftsbildes oder der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes einzusetzen hat.

Das Erhebungsverfahren, in dem insbesondere die Berechnung der Höhe und die Verwendung der Ersatzzahlungen zu regeln ist, sollte in einer Landesverordnung im einzelnen geregelt werden. Wir haben vorgeschlagen, als Bemessungsmaßstab einen Pauschalbetrag je Quadratmeter bebaute oder befestigte Grundfläche zugrunde zu legen. Selbstverständlich besteht aber auch die Möglichkeit, die Höhe der Ersatzzahlungen grundsätzlich nach den Kosten zu bemessen, die der Verursacher aufwenden müßte, so er denn eine Ersatzmaßnahme durchführte. Da sind wir offen; das Für und Wider sollten wir im Ausschuß mit Fachleuten erörtern. Das können die Beratungen ergeben.

Meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, vor zwei Jahren, als wir dieses Thema diskutierten, aber auch anläßlich der Beratung einer Petition im Ausschuß haben Sie sich sehr aufgeschlossen gezeigt. Ich würde mich freuen, wenn

Sie sich dazu durchringen könnten, unseren Vorschlag mitzutragen und das Niedersächsische Naturschutzgesetz entsprechend zu ändern. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Herr Kollege Beckmann hat jetzt das Wort.

Beckmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Zachow, jahrelang haben die Kommunen die fehlende Flexibilität bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen kritisiert. Baumaßnahmen oder auch die Erstellung von Bebauungsplänen verzögerten sich angeblich, weil Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nicht möglich waren, so die Kritik aus den Kommunen. Oft wurde versucht, den Schwarzen Peter entweder Bonn oder Hannover zuzuschieben, je nach dem, wie die Räte besetzt waren.

Jetzt glauben Sie, Frau Zachow, endlich eine Lösung gefunden zu haben. Im Naturschutzgesetz des Landes soll geregelt werden, daß, wenn Ausgleich oder Ersatz vor Ort nicht verwirklicht werden kann, dies durch Geldzahlungen abgegolten werden soll. Diese Mittel sollen dann andernorts zweckgebunden eingesetzt werden.

(Frau Zachow [CDU]: „Andernorts“? Vorsichtig, ich habe es ein bißchen anders formuliert!)

Da ich davon ausgehe, Frau Zachow, daß Sie und Ihre Fraktion sich Gedanken gemacht haben, bevor Sie diese Änderung gefordert haben - Sie wollen diese Möglichkeit ja sowohl in europäische Vorgaben als auch in Bundesgesetze einbauen -, verwundert mich der Zeitpunkt, zu dem Sie damit kommen; denn durch die Änderung des Baugesetzbuches sind alle Ihre Forderungen erfüllbar.

(Frau Zachow [CDU]: Bis auf eine!)

Es wäre also besser gewesen, sich mehr mit den Veränderungen zu beschäftigen, die der Bundesgesetzgeber vorgenommen hat und die nach meiner Meinung sehr positiv sind. Sie hätten sich dafür sogar in Bonn bedanken sollen.

Sie wollen, so befürchte ich, mit dieser Debatte den Eindruck erwecken, daß Sie sich mehr als

andere um die Belange der Kommunen kümmern. Daß Sie sich darum kümmern, ist sehr ehrenhaft, aber ich sage auch sehr deutlich: Es ist zu spät. Seit dem 1. Januar 1998 haben wir eine andere Gesetzeslage. Viele Kommunen haben die Möglichkeiten, die damit verbunden sind, aufgegriffen, und für sie stellt das heute kein Problem mehr dar. Es wäre angebracht, daß Sie sich die vielen Beispiele im Lande einmal ansähen.

Sie fordern auf der einen Seite mehr Entscheidungsmöglichkeiten für die Kommunen, Sie fordern den Abbau von Bürokratie, Sie fordern Verwaltungsvereinfachung. Wir haben nach dem Studium Ihres Gesetzentwurfs aber den Eindruck, daß Sie eine neue Bürokratie aufbauen wollen, daß Sie vom Land aus Vorgaben machen wollen, wie das eingesammelte Geld dann eingesetzt werden kann.

Die sicherlich schwierige Aufgabe der Flächenbeschaffung, die den Kern des gesamten Problems ausmacht, ist auf der kommunalen Ebene wesentlich besser zu lösen, insbesondere nach der Änderung des Baugesetzbuchs, durch die sich gerade die Möglichkeiten der flexiblen Handhabung erheblich verbessert haben. So muß die Kompensation nicht mehr in unmittelbarer Nähe des Eingriffs erfolgen.

(Frau Zachow [CDU]: Das habe ich auch gesagt!)

Gemeinden können nunmehr an beliebiger Stelle, sogar außerhalb des Gemeindegebietes, Ausgleichsmaßnahmen durchführen. Für Kompensationen können sogar Naturschutzmaßnahmen aus der Vergangenheit herangezogen werden, und die Gemeinde kann zudem auch die Kosten für Naturschutzmaßnahmen aus der Vergangenheit heranziehen.

Die Möglichkeiten der Gemeinden sind durch den neuen rechtlichen Rahmen wesentlich verbessert worden. Anstelle reiner Begrünungspläne, die in der letzten Zeit sehr oft dabei herauskamen, ist es nun möglich, Landschaftsplanung und Landschaftsgestaltung in Gemeindegebieten und sogar über Gemeindegebiete hinaus in großem Rahmen und auf lange Sicht durchzuführen. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen müssen nicht mehr im dichten räumlichen Zusammenhang mit den Neubaugebieten stehen. Die Gemeinden können in Abstimmung jetzt auch außerhalb des Gemeindegebietes diese Ausgleichsmaßnahmen durchführen. In besonders geeigneten Gebieten können bereits im Vorfeld großflächige Maßnahmen durchgeführt

werden, die dann später neu ausgewiesenen Bebauungsplänen zugewiesen werden können.

Ein Flächenmanagement - auch unter den Begriffen „Flächenkonto“, „Flächenagentur“, „Flächenpool“ oder „Ökokonto“ bekannt - kann die Konzipierung von Kompensationsmaßnahmen wesentlich vereinfachen. Ein zusammengefaßtes Flächenmanagement erleichtert die Kompensation naturschutzfachlich sinnvoller Projekte. Die Naturschutzbehörde hat die Möglichkeit, ihre Vorstellungen auch aus dem Landschaftsrahmenplan schon vorher einzubringen. Damit können Gemeinden und anderen Vorhabenträgern, die die Kompensationskonzepte benötigen, Angebote unterbreitet werden. Ein kommunales Flächenmanagement kann sogar die Beschaffung von Kompensationsflächen organisieren. Frau Zachow, es gibt in unserem Land eine ganze Reihe praktischer Beispiele dafür.

Meine Damen und Herren, das geltende Recht bietet viele Möglichkeiten, die Konzipierung und Durchführung von Kompensationsmaßnahmen für den Eingriffsverursacher zu vereinfachen und dabei zugleich befriedigende Lösungen für die Naturschutzbelange zu erreichen. Eine Änderung des Naturschutzgesetzes ist nicht nötig. Nötig ist aber, die Kommunen zu ermuntern, von dem neuen Recht stärker Gebrauch zu machen.

Meine Damen und Herren insbesondere von der CDU, ich bedauere, daß ich Ihnen anscheinend diesen Aufklärungsunterricht noch erteilen mußte. Wenn Sie die Veränderungen des Baugesetzbuches zur Kenntnis genommen hätten, hätten Sie uns diese Debatte ersparen können.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie die neue Gesetzesgrundlage zur Kenntnis, und ziehen Sie Ihren Gesetzentwurf zurück. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Das Wort hat der Kollege Schwarzenholz.

Schwarzenholz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es relativ kurz machen. Unsere Fraktion wird diesen Gesetzentwurf ablehnen. Wir haben bereits im Umweltausschuß - deswegen bin ich völlig

irritiert, daß die CDU diesen Gesetzentwurf eingebracht hat - ausführlichst über diese Sachlage debattiert. Wir haben ausführlich darüber debattiert, wie sich die Rechtslage auf Bundesebene unter Ihrer Mehrheit verändert hat. Wir haben festgestellt, daß gegenwärtig in Niedersachsen eine Rechtssituation besteht, die vielfältige Gestaltungsspielräume für die Kommunen geöffnet hat. Ich finde, mir müssen uns auch einmal entscheiden: Wollen wir jetzt eine neue zentralistische Lösung haben, oder wollen wir, daß die Kommunen diese vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten ausfüllen und nutzen? Es gibt zwischenzeitlich in Niedersachsen so viele positive Beispiele dafür,

(Möhrmann [SPD]: Das müßte Sie doch überzeugen!)

wo dieses Flächenmanagement gemacht wird, wo Vorsorge betrieben wird, daß ich mich frage, wie eine Lösung begründet werden soll, bei der das Geld für Eingriffe vor Ort zentral an das Land geht und bei der die Wertschöpfung, die sich aus dem Einsatz des Geldes ergibt, nicht dort stattfindet, wo der Eingriff war, nämlich in der Gemeinde? Denn die Gemeinden verlieren doch dabei. Wenn man jetzt bei der gegenwärtigen Rechtslage eine vernünftige Kommunalpolitik betreiben will - es haben viele von uns die Erfahrung gemacht, wie man das machen kann -, dann setzt man das Geld, das für solche Maßnahmen anfällt, auch wieder in der regionalen Wertschöpfung ein. Das ist doch vernünftig. Das schafft Arbeitsplätze. Das hilft, vernünftige Naturzusammenhänge zu schaffen, und vor allen Dingen bleibt die kommunale Verantwortung bestehen.

Daß heißt, man muß sich damit auseinandersetzen, daß man, wenn man eine Maßnahme ersetzen oder ausgleichen muß, auch ökologisch vor Ort Ersatz schafft, und zwar nicht in einem ganz engen direkten Zusammenhang zu der Anlage, sondern in einem relativ weiteren Rahmen. Dieser Rahmen ist aber in den Fällen, in denen es im Augenblick noch Probleme gibt, in der Regel nicht ausgeschöpft. Deshalb kann ich eigentlich nur eine Konsequenz formulieren, die über den Appell meines Vorredners, den Gesetzentwurf zurückzuziehen, hinausgeht, nämlich daß die Landesregierung noch einmal darüber nachdenkt, wie den Kommunen diese veränderte Gesetzeslage noch mundgerechter dargeboten wird. Das ist es dann aber auch gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Schwarzenholz. - Das Wort hat jetzt Minister Jüttner.

Jüttner, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren. Frau Kollegin Zachow, ich bestreite nicht, daß wir alle miteinander in den letzten Jahren häufig darüber nachgedacht haben, wie man Kompensationsmaßnahmen optimieren kann. In der Tat gab es lange genug einen intensiven Handlungsbedarf. Ich muß das aber nicht mehr inhaltlich ausführen; der Kollege Schwarzenholz hat das eben schon dargestellt.

Wir haben heute eine Situation, die hochgradig kommunalfreundlich ist, die auf die jeweiligen Projekte bezogen ist und die den Kommunen eine Chance gibt, im Rahmen ihrer Selbstverantwortung das so zu steuern, daß mit diesem Flächenmanagement im Naturraum, also in angemessener Nähe, ein hochflexibles Instrumentarium zur Verfügung steht. Wenn Sie sich die Beispiele ansehen - rund um den Dümmer, in der Grafschaft Bentheim, im Landkreis Wesermarsch und im Landkreis Hannover, an vielen Stellen -, dann können Sie feststellen, daß die das aufgegriffen haben. Herr Schwarzenholz hat möglicherweise recht, daß es bei einigen noch dauert und wir dort vielleicht Hilfestellung leisten müssen. Es wäre aber geradezu verfehlt, wenn wir diese in der Tat deutliche Verbesserung kommunaler Handlungsmöglichkeiten konterkarierten, indem wir jetzt zu Zentralisierungsprozessen kämen.

Das einzige, was ich gerne einräumen möchte, ist, daß wir das zwei, drei Jahre lang laufen lassen und beobachten, wie das vor Ort wirkt. Wenn sich herausstellt, Frau Zachow, daß die kommunale Selbstverwaltung nicht in der Lage ist, von diesem Instrumentarium Gebrauch zu machen, dann sollten wir in diesem Landtag noch einmal ernsthaft darüber reden, weil wir ein gemeinsames inhaltliches Interesse daran haben, daß das flexibel gehandhabt wird.

(Inselmann [SPD]: Genau so ist es!)

Im Moment sehe ich allerdings keinen Handlungsbedarf.

Vor diesem Hintergrund sollten Sie ernsthaft überlegen, ob Sie den Gesetzentwurf zurückziehen oder zurückstellen, jedenfalls nicht eine Debatte lostreten, die auch bei den kommunalen Spitzen-

verbänden zu hochgradiger Verwirrung führt. Die haben mir noch einmal deutlich signalisiert, daß sie daran überhaupt kein Interesse haben, weil sie der Meinung sind, daß sie jetzt endlich das haben, wofür sie lange gestritten haben. Mir wäre es lieb, wir würden uns keine überflüssige Debatte an den Hals holen und könnten in absehbarer Zeit die Fragestellung aufgreifen, wenn sich herausstellen sollte, daß es irgendwo noch Defizite gibt. Diese Zeit sollten wir den Kommunen allerdings einräumen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Minister. - Frau Kollegin Zachow noch einmal!

(Beckmann [SPD]: Warum sind Sie nicht zufrieden?)

Frau Zachow (CDU):

Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrter Herr Beckmann! Ich habe in meinen Ausführungen deutlich gemacht, daß der Suchraum natürlich vergrößert ist, daß wir nicht mehr die Einschränkungen wie früher haben. Das haben ja wir registriert. Wir schlafen ja auch nicht auf den Bäumen.

(Beckmann [SPD]: Aber zu lange im Bett! - Weitere Zurufe von der SPD)

Die Problematik liegt wie so häufig darin, daß zwar manches auf Landesebene relativ gut geregelt ist, aber es unten vor Ort doch nicht so ankommt. Sprechen Sie einmal mit den Kommunen, mit den unteren Naturschutzbehörden, wie es teilweise aussieht. Herr Inselmann, heute schütteln Sie den Kopf. Vor zehn Tagen haben Sie noch relativ intensiv zugestimmt. Ich finde, Sie ändern Ihre Meinung relativ schnell.

(Beckmann [SPD]: Es wäre sinnvoll, Sie würden Ihre Meinung ändern!)

Es geht uns darum, daß wir hier ein Verfahren schaffen, daß wir es gesetzlich einfach regeln, damit die Möglichkeiten vorhanden sind, weil wir dann Handhabungen für die unteren Naturschutzbehörden besitzen.

(Zuruf von Beckmann [SPD])

Nur darum kann es gehen. Die Mittelverwendung, lieber Herr Beckmann, soll nicht vom Lande be-

stimmt werden, sondern in Zusammenarbeit mit den Kommunen.

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen. Sie sprachen davon, daß wir über Grenzen von Gebietskörperschaften hinweggehen sollten. Herr Beckmann, diese Beispiele möchte ich sehen.

(Möhrmann [SPD]: Die gibt es schon!)

Das kann höchstens bei einem Radweg oder einer Straße laufen, wo es gebietsüberschreitende Maßnahmen gibt. Aber ob sich eine Gebietskörperschaft mit Maßnahmen, die in einer anderen Gebietskörperschaft stattfinden, ohne weiteres belasten läßt, daran habe ich Zweifel.

(Zuruf von Beckmann [SPD])

- Nein, das ist ganz aktuell. Ich kann Ihnen das anhand von Beispielen belegen. Herr Beckmann, warten Sie es ab, wir sollten es ganz ruhig im Ausschuß diskutieren. - Wenn wir dann dahin kommen, daß Herr Jüttner auch auf die unteren Naturschutzbehörden einwirkt, damit wir dort vernünftige Handhabungen bekommen, dann haben wir etwas erreicht. Entscheidend ist, daß wir vernünftig weiterkommen und uns nicht mehr an unnötigen Stellen blockieren. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank! - Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Ehlen (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, den Gesetzentwurf der CDU mit ein paar Gedanken zu unterfüttern, die von denen kommen, über deren Flächen hier geredet wird. Wir haben im Moment die Situation, daß wir überall für Ausgleichsmaßnahmen neue Flächen kaufen müssen. Mir ist eine Studie bekannt, in der steht, daß im Jahre 2030, wenn wir so weitermachen, Landwirtschaft in Niedersachsen, im Bundesgebiet nicht mehr stattfinden kann.

(Beckmann [SPD]: Wer hat die Studie in Auftrag gegeben? Hat die Studie Geld gekostet?)

- Nein, ich kann Ihnen die Studie zeigen. Sie versuchen jetzt, daß ins Lächerliche zu ziehen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, das ist eine Sache, die sehr viele Menschen vor Ort und in den ländlichen Regionen bewegt. Deshalb sollten Sie ruhig einmal zuhören. Das ist nämlich sehr interessant.

Ich meine, wir sollten versuchen, neue Wege zu gehen und die Türen aufzumachen. Ferner - das hat auch die Kollegin Zachow gesagt - muß das Bewußtsein vor Ort dafür, daß man auch andere Möglichkeiten hat, mehr geschärft werden. Ich meine, wir sollten uns alle dafür einsetzen, dieses in die Breite zu tragen. Dann ist solch ein Gesetzentwurf wichtig und richtig.

Bei einer Befragung bei den Landkreisen in Niedersachsen hat man festgestellt, daß rund 80 Millionen DM im Jahr nötig sind, um die bestehenden, teilweise unter Schutz gestellten Flächen, aber auch Flächen, die für Eingriffe in die Natur bereitgestellt worden sind, in ihrem ordentlichen Zustand zu erhalten. Ich meine, hier könnte vielleicht einmal darüber nachgedacht werden, auch Mittel, die nicht für Flächenneukäufe eingesetzt werden, hier einzubringen, um damit Schutzgebiete so herzurichten, daß sie dem Schutzzweck entsprechen. Ich meine, daß wir damit zum einen der Natur, zum anderen der Landwirtschaft und zum dritten all denen, die hier Einfluß nehmen, helfen könnten, zu neuen, besseren Beschlüssen bzw. zu deren Durchführung zu kommen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Inselmann, Sie haben das Wort.

Inselmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß hierzu etwas sagen, weil Frau Zachow mich falsch zitiert hat.

(Frau Zachow [CDU]: Ich habe überhaupt nicht zitiert!)

Das kann ich natürlich nicht so stehenlassen.

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion kommt in der Tat zu spät, weil sich die Gesetzeslage auf Bundesebene - was die alte Bundesregierung da noch veranlaßt hat, ist sogar

positiv; das müssen wir hier einmal festhalten – geändert hat.

(Beckmann [SPD]: Eben! Deshalb verstehe ich das nicht!)

Da ist genau das im Gesetz vorgesehen worden, was vor Ort eingefordert worden ist, nämlich mehr Flexibilität. Das hat auch bereits Auswirkungen vor Ort. Ich habe den Eindruck, daß die CDU nicht weiß, was die Kommunen vor Ort bereits praktizieren. Das bedeutet im übrigen, daß Sie weit entfernt sind von dem, was auf kommunaler Ebene passiert, so daß Sie Angst vor der nächsten Kommunalwahl haben müssen.

(Zurufe von der CDU)

Sie scheinen in den Kommunen nicht mehr sehr breit und sehr tief verankert zu sein.

Mit der Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich jetzt etwas zitieren, was das Umweltministerium uns im Umweltausschuß vorgetragen hat und was wir auch schriftlich bekommen haben. In dem betreffenden Papier wird ein Kurzüberblick darüber gegeben, was in den Kommunen bereits praktiziert wird, um mehr Flexibilität darzustellen.

Der Landkreis Hannover macht das gemeinsam mit Gemeinden. Dort besteht ja der Vorteil, daß es noch große selbständige Städte gibt. Diese machen da mit und praktizieren bereits genau das Modell, bei dem das über die Grenzen der jeweiligen Kommune hinausgeht, d. h. machen einen Flächenpool, machen ein Flächenmanagement. Das ist das, was Frau Zachow hier beispielhaft eingefordert hat. Das wird in Niedersachsen also bereits praktiziert.

Die Städte Bad Bentheim und Nordhorn im Landkreis Grafschaft Bentheim betreiben ein Ökokonto.

Im Landkreis Uelzen werden im Rahmen der Bauleitplanung Kompensationsmaßnahmen in Gewässerrandstreifen gelegt.

In Georgsmarienhütte werden Kompensationsmaßnahmen zur Renaturierung eines Gewässers verwendet.

Ich könnte die Auflistung fortsetzen. Das alles haben Sie dargestellt bekommen.

Das heißt: Die konkrete Situation ist anders, als die CDU-Fraktion sie in ihrem Gesetzentwurf be-

schreibt. Wir sind viel weiter, und zwar dank der Gesetzgebung seit dem 1. Januar 1998.

Man muß dem eines hinzufügen. Ich gebe ihnen ja recht, daß bei einigen Oberkreisdirektoren ein traditionell sehr stark ausgeprägtes Beharrungsvermögen festzustellen ist, d. h. daß diese die neue Gesetzeslage noch gar nicht zur Kenntnis genommen haben. Überall dort sind aber die Kommunalpolitiker aufzufordern, entsprechend der neuen Gesetzeslage tätig zu werden und das umzusetzen, und zwar im Einvernehmen mit der Verwaltung.

(Beckmann [SPD]: Genau das ist der Punkt!)

Ich halte es für falsch, wenn wir als Land jetzt hingehen und sagen: Bitte schön, ihr habt das unzureichend gemacht. Jetzt organisieren wir das auf Landesebene.

Ich finde, der Minister hat einen für die Kommunen sehr praktikablen Vorschlag gemacht: Wir warten zwei, drei Jahre ab, wie sich das neue Recht in Niedersachsen auswirkt. Wenn das weiterhin so positiv umgesetzt wird, wie sich das in den genannten Beispielen andeutet, Frau Zachow, dann sind wir in der Tat der Auffassung, daß es keinen Änderungsbedarf gibt, d. h. daß das hervorragend gelöst ist. Wenn wir aber feststellen, daß es tatsächlich noch Probleme gibt, d. h. daß das auch über Landkreisgrenzen hinaus nicht ausgleichbar ist, dann können wir überlegen, ob es andere Möglichkeiten gibt.

Dabei muß man aber auch auf folgendes hinweisen, Frau Zachow. Überall dort, wo andere Modelle praktiziert werden, wie in Baden-Württemberg oder in Hessen, hat es eines unheimlich großen bürokratischen Aufwandes bedurft, um das sicherzustellen. Was wir nicht wollen, ist doch, eine neue Institution, eine neue Bürokratie auf Landesebene zu schaffen, die bewertet, ob es möglich ist, vor Ort auszugleichen oder nicht. Sie müssen sich einmal vorstellen, was entsprechende Prüfverfahren für einen Aufwand bedeuten. Das hat in Baden-Württemberg auch zu erheblicher Kritik geführt. Mit einem solchen Aufwand eine Einnahme von nur 4 Millionen DM zu erzielen, meine Damen und Herren, ist auch im Zusammenhang mit einer Diskussion über Verwaltungsreform nicht zu verantworten. Der Ertrag, der hier zu erzielen ist, rechtfertigt den Aufwand nicht. Das müssen wir ganz nüchtern feststellen.

Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion ist also zeitlich überholt. Wir bitten Sie, den Gesetzentwurf zurückzuziehen.

(Zurufe von der CDU)

Damit tun Sie dem Land einen Gefallen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Ausschußüberweisung.

Der Ältestenrat hat empfohlen, den Gesetzentwurf zur federführenden Beratung und Berichterstattung an den Ausschuß für Umweltfragen sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen zu überweisen. Wer dies so möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dies ist einstimmig so beschlossen. Der Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, da wir einen anderen Tagesordnungspunkt jetzt nicht noch vorziehen können, also bereits die geplante Mittagspause erreicht haben und dabei fast eine halbe Stunde eingespart haben, sind die Fraktionen übereingekommen, die Mittagspause bereits um 14.30 Uhr zu beenden. Mit anderen Worten: Wir sehen uns am gleichen Ort nicht erst um 15 Uhr, sondern, um es noch einmal deutlich zu sagen, bereits um 14.30 Uhr wieder. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Mitteilung an die Kolleginnen und Kollegen weitergeben würden, die jetzt nicht anwesend sind. – Vielen Dank.

Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit.

Unterbrechung: 12.36 Uhr.

Wiederbeginn: 14.30 Uhr.

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, Sie hatten eine angenehme Mittagspause. Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort und kommen zu

Tagesordnungspunkt 6:

Zweite Beratung:

Vorfahrt für den kombinierten Verkehr - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/63 - Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/263

Der Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 63 wurde in der 6. Sitzung am 11. Juni 1998 an den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichtserstatter ist der Herr Kollege Eppers, dem ich das Wort erteile. Bitte schön!

Eppers (CDU), Berichtserstatter:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit seiner Beschlußempfehlung in der Drucksache 263 empfiehlt Ihnen der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, den Antrag der Fraktion der SPD unverändert anzunehmen.

Das Ausschußmitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisierte im Verlauf der Diskussion im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, daß die Deutsche Bahn AG alle Möglichkeiten wahrnehme, um anderen Interessenten den Zugang zu ihrem Schienennetz zu verwehren. Damit werde auch nach Ansicht der in diesem Zusammenhang betroffenen Unternehmen der weitere Ausbau des kombinierten Verkehrs maßgeblich behindert. Seine Fraktion fordere daher, sich dafür einzusetzen, daß das Schienennetz der Deutschen Bahn in eine unabhängige Gesellschaft überführt werde, um auf diese Weise einen stärkeren Wettbewerb zu ermöglichen.

Basis für den parteiübergreifenden Konsens bei der Bahnreform, so erläuterte der Abgeordnete der Grünen des weiteren, sei die Erwartung gewesen, die Chancengleichheit zwischen Straßen- und Schienenverkehr herzustellen. Die insoweit zu Lasten des Schienenverkehrs noch bestehende Chancenungleichheit müsse nach Einschätzung seiner Fraktion nun durch eine entsprechende Reduzierung der Trassenpreise beseitigt werden.

Die CDU-Fraktion hob hervor, daß das Land seine Aufgabe darin sehen sollte, für die Förderung des kombinierten Verkehrs günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, die die wirtschaftlich Handelnden im Sinne der Marktwirtschaft auszufüllen hätten. Vor diesem Hintergrund könne sich die CDU-Fraktion der Forderung der Grünen, die Lan-

desregierung müsse für eine Halbierung der Trasenspreise Sorge tragen, nicht anschließen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erläuterte die in diesem Zusammenhang von seiner Fraktion angestrebten Ziele im Sinne der dem Antrag beigefügten schriftlichen Begründung und der Darlegungen der SPD-Fraktion bei der ersten Beratung im Plenum am 6. Juni 1998. Er machte die Notwendigkeit des Antrags deutlich und betonte, den Änderungsvorschlägen der Fraktion der Grünen könne deshalb nicht zugestimmt werden, weil die dort erhobenen Forderungen nicht nur zu weit gingen, sondern auch zu starke Festlegungen im Detail enthielten. Solche Festlegungen wären unzumutbar, weil sie nur zu einer vermeidbaren Vorbelastung der Verhandlungen führten.

Mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der SPD und der CDU bei Stimmenthaltung des Ausschußmitgliedes der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen empfahl der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr dem Landtag, den Antrag der Fraktion der SPD unverändert anzunehmen. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön für den Bericht, Herr Kollege Eppers. - Herr Schurreit, Sie haben sich zu Wort gemeldet.

Schurreit (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Eppers hat als Berichterstatter noch einmal deutlich gemacht, daß zwischen den Fraktionen eine große Einheit besteht und daß die Grünen ihre eigenen Anregungen zu dem von der SPD vorgelegten Antrag modifiziert haben, indem sie Stimmenthaltung geübt haben.

Wir wollen mit unserem Antrag deutlich machen, daß wir die von allen angestrebte Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, der in den nächsten Jahrzehnten erheblich zunehmen wird, gemeinsam unterstützen wollen.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Steigerung des kombinierten Verkehrs wird sowohl von der CDU als auch von den Grünen und von uns als Schwerpunkt der Verkehrspolitik angesehen. Das Verkehrsentwicklungsprogramm des Landes Niedersachsen betrifft die zentralen Drehscheiben des kombinierten Verkehrs im norddeutschen Raum, also in Niedersachsen. Das Problem bestand vor allem darin, daß die Deutsche Bahn

AG ihre Zusagen in bezug auf den Ausbau in Lehrte nicht gehalten hat. Das haben wir damals sehr kritisch angemerkt. Wir haben auch zum Ausdruck gebracht, daß wir unsere Güterverteilzentren im Lande mit nicht unerheblichen Landesmitteln unterstützt haben, nämlich insgesamt mit einer Summe von 60 Millionen DM im letzten Jahr.

Ich gehe davon aus, daß die Güterverteilzentren und regionalen Verteilzentren Bestandteil der Verkehrspolitik, wie wir sie auch im Niedersächsischen Landtag gemeinsam wollen, der neuen Koalition, die in Bonn über die Mehrheit verfügt, sein wird. Deshalb freue ich mich, daß im Prinzip alle Fraktionen hinter den Vorstellungen unseres Antrages stehen.

(Zustimmung von Senff [SPD])

Dies kann für den niedersächsischen Wirtschaftsminister in den Verhandlungen mit dem Bund hilfreich sein.

Die Grünen haben einen Antrag mit der Aussage eingebracht, daß es noch Steigerungsmöglichkeiten bei dieser Form des kombinierten Verkehrs auf der Schiene gibt. Angesichts der Marktentwicklung ist es unseres Erachtens jedoch unrealistisch, daß man hier noch mehr auf die Schiene bringen kann. Wir wollen den privaten Unternehmen auch kein Handlungsinstrument aus staatlicher Sicht an die Hand geben, um mit dirigistischen Maßnahmen freiwillige Zusammenschlüsse zu organisieren. Wir sind der Meinung, daß die Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die jetzt neu arbeiten wird, unsere Vorstellungen der regionalen und landesweiten Güterverteilzentren realisieren wird, und wollen das auch mit Mitteln des Landes und mit Initiative des Bundes unterstützen.

Ich freue mich, daß wir zwischen den großen Fraktionen diese Einheit gefunden haben. Die nuancierte Betrachtung der Grünen zu diesem Thema läßt aber auch erkennen, daß sie dem von uns vorgeschlagenen Antrag im Prinzip zustimmt. Deshalb bitte ich um Zustimmung aller Fraktionen am heutigen Tage. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Kollege Schurreit. - Herr Kollege Heineking, Sie sind der nächste Redner.

Heineking (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Juni dieses Jahres waren wir uns einig, daß eine gute Wirtschaftspolitik und eine gute, intakte, leistungsfähige Verkehrspolitik unbedingt zusammengehören. Künftige Unternehmensentscheidungen über Ansiedlungen, Investitionen und Produktionsstätten, also auch die Schaffung von Arbeitsplätzen, hängen weitgehend davon ab, ob die Qualität der Verkehrssysteme den heutigen Anforderungen entspricht. Insofern geben die Verladerschaft - also die Wirtschaft -, die Bahn AG, das Transportgewerbe, die Landesregierung und - ich hoffe, das auch sagen zu dürfen - die neue Bundesregierung, so wie es die alte Bundesregierung getan hat, dem Kombiverkehr Vorfahrt. Wenn wir unsere Straßen und Autobahnen entlasten wollen, müssen wir dafür sorgen, daß die Rahmenrichtlinien und Voraussetzungen für den Bau von modernen Anlagen dem neuesten technischen Know-how als Drehscheibe für den Kombiverkehr Rechnung tragen und daß diese auch gebaut werden können.

(Zustimmung von Eppers [CDU])

Über Einzelheiten ist schon diskutiert worden. Ich meine, gerade wir als EXPO-Land sollten unseren EXPO-Besuchern präsentieren, daß ein Kombiverkehr umweltfreundlich die Güter von A nach B befördern kann. Wir sollten uns auch nicht scheuen, bei den Umschlagstellen des Kombiverkehrs den neuesten technischen Stand einzusetzen.

Die Wirtschaftlichkeit des Kombiverkehrs steigt mit der Entfernung. Insofern müssen wir auch künftig mehr die transeuropäischen Netze für den Kombiverkehr erschließen. Die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für günstige Netzzugänge - so wurde dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr in Brüssel anläßlich des Besuchs der EG-Verkehrsbehörden erklärt - müssen vorrangig in Europa geschaffen werden. Nach Auffassung der CDU-Fraktion ist dies auch hier eine vordringliche Aufgabe.

Ich darf für die CDU-Fraktion dem weiteren Verlauf alles Richtige wünschen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Kollege Heineking. - Herr Wenzel, Sie möchten sich zu diesem Antrag äußern.

Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorfahrt für den kombinierten Verkehr wollen alle: die verladende Wirtschaft, die Bahn AG, das Transportgewerbe, die Landesregierung und die Bundesregierung. Herr Heineking, dessen Rede zur letzten Beratung mit diesen Worten begann, bezog sich damals noch auf die alte Bundesregierung. Aber auch die neue Koalition hat eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den kombinierten Verkehr in ihren Vertrag hineingeschrieben. Alle wollen und wollten schon immer das gleiche, und es stellt sich nur noch die Frage, warum der kombinierte Verkehr angesichts dieser großen Einigkeit nicht schon längst Vorfahrt gewonnen und Fahrt aufgenommen hat. Diese Frage wurde im Ausschuß schnell beantwortet, als es darum ging, wie man den kombinierten Verkehr voranbringen soll. Außer Reden und Wünschen ist im Ausschuß nichts gewesen. Konkrete Vorschläge zur Änderung der Rahmenbedingungen für den Güterverkehr auf der Schiene, wie wir sie in unserem Änderungsantrag formuliert haben, wurden abgelehnt.

(Schurreit [SPD]: Da unrealistisch!)

Anscheinend will niemand ernsthaft die Chancengleichheit zwischen Straße und Schiene beseitigen, wie dies unser Vorschlag zu einer kurzfristigen Halbierung der Trassenpreise vorsieht, die natürlich nicht vom Land bezahlt werden soll. Dieser Antrag richtet sich insoweit ausdrücklich an den Bund.

Für den Schienenverkehr gilt zur Zeit das Vollkostenprinzip. Der Straßengüterverkehr wird nur mit einem Teil der Wegekosten bzw. einem sehr geringen Teil der externen Kosten belastet. Selbst die Kommission der Europäischen Gemeinschaften ist hier vorangegangen, hat diese Problematik erkannt und mit ihrem Weißbuch „Faire Preise für die Infrastrukturbenutzung“ aufgegriffen.

Machen wir uns doch nichts vor, meine Damen und Herren. Sie wissen genausogut wie ich, daß die Frage der Chancengleichheit für Schiene und Straße letztlich vor allem über den Preis entschieden wird. Hier müssen wir ansetzen, hier müssen wir die Rahmenbedingungen ändern, wenn wir die Schiene wirklich nach vorne bringen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein fairer Wettbewerb scheint SPD und CDU jedenfalls etwas suspekt zu sein. Die Überführung des Schienennetzes in eine von der DB AG unabhängige Gesellschaft, um einen diskriminierungsfreien Zugang der Schiene für alle Eisenbahngesellschaften zu gewährleisten, fand keine Mehrheit. Die Schaffung einer leistungsfähigen, nichtbundes-eigenen Eisenbahngesellschaft sei keine staatliche Aufgabe, heißt es, obwohl diese Gesellschaften schon heute mehrheitlich oder zum größten Teil in staatlichem Besitz sind. Es reicht eben nicht aus, nur Standorte für Güterverkehrszentren zu planen, sich zurückzulehnen und die Bahn zu beschimpfen, sondern wir müssen auch die Rahmenbedingungen ganz konkret verändern. Wir stimmen mit Ihnen darin überein, daß insoweit bessere Umschlagpunkte ein Ansatz sind. Aber dort können wir nicht stehenbleiben.

(Schurreit [SPD]: Es ist die Aufgabe Niedersachsens, das festzuschreiben! Alles andere muß der Bund machen!)

Wenn die von Ihnen gewünschte Vorfahrt für den kombinierten Verkehr kein Lippenbekenntnis bleiben soll, dann müssen wir hier voranschreiten, dann müssen wir insoweit Butter bei die Fische bringen und müssen auch konkret sagen, wohin der Hase laufen soll. Das, meine Damen und Herren, sollten wir ernsthaft überlegen.

Im Ausschuß habe ich mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Ich habe gehofft, daß wir hier noch zu einer Einigung kommen. Deshalb möchte ich ausdrücklich unseren Änderungsantrag, der als Anlage 4 dem Protokoll über die Ausschußsitzung beiliegt, zur Abstimmung stellen. Wenn es nur darum geht, Ihren Wunschzettel zu beschließen, dann kann ich die Zustimmung der Grünen leider nicht in Aussicht stellen. Ich meine, daß wir hier ganz konkrete Maßnahmen umsetzen müssen und daß wir uns der Kostensituation zuwenden müssen, und an die Kostensituation kommen wir nur dann ran, wenn wir an die Trassenpreise herangehen und auch nichtbundeseigenen Eisenbahnen faire Wettbewerbsbedingungen verschaffen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Schurreit [SPD]: Das muß der Bund organisieren! Das können wir nicht machen! Das weißt du auch!)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Wenzel. – Meine Damen und Herren, Herr Minister Dr. Fischer hat um das Wort gebeten.

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle wissen, daß die Wachstumsraten im Straßengüterverkehr angesichts der vorhandenen Kapazitäten erschreckend sind. Die Transportzahlen auf der Schiene dagegen stagnieren. Deshalb sind unbedingt Strategien zur Verlagerung von Schwerverkehr auf die Schiene erforderlich.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle wissen – das ist hier schon deutlich gesagt worden –, daß eine Schlüsselstellung dabei der kombinierte Verkehr einnimmt. Nur mit ihm können wir die in Zukunft zu erwartenden Wachstumsraten bewältigen.

Aber, meine Damen und Herren, wir wissen auch, daß für den kombinierten Verkehr Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern erforderlich sind; sonst kann er nicht funktionieren. Solche Schnittstellen sind Güterverkehrszentren. Deshalb sind diese Güterverkehrszentren ein strategisch sehr wichtiger Punkt in einem solchen Konzept zur Stärkung des kombinierten Verkehrs. Im übrigen – insoweit gebe ich Ihnen recht, Herr Heineking – sind natürlich auch deshalb solche Güterverkehrszentren in Zukunft sehr wichtige Standortfaktoren für die Wirtschaft. Deshalb haben wir auch aus der Sicht der Wirtschaftspolitik ein großes Interesse daran, daß solche Güterverkehrszentren vermehrt gebaut werden.

Deswegen hat die Landesregierung eine Landeskonzeption für den kombinierten Verkehr entwickelt. Allein in seine Güterverkehrszentren investiert das Land etwa 60 Millionen DM. Insofern muß ich Ihre Feststellung, Herr Wenzel, zurückweisen, daß niemand etwas ernsthaft tut, um diesen kombinierten Verkehr und diese Güterverkehrszentren zu fördern. Wir tun etwas! Wir haben auch ein Konzept. Wir haben auch Geld ausgewiesen. Es ist also nicht nur die EU, die etwas macht, sondern auch die Landesregierung in Niedersachsen tut in diesem Bereich etwas.

(Eppers [CDU]: Und die alte Bundesregierung!)

Dagegen – insoweit muß ich Ihnen recht geben – hat die alte Bundesregierung in Umschlagsterminals bisher nur relativ wenig investiert. Bisher war die Strategie der Deutschen Bahn AG bei Güterverkehrszentren eher rückwärts gerichtet. Dies haben wir unter den Verkehrsministern der Länder meines Erachtens sehr einheitlich festgestellt. Ich habe deshalb im vergangenen Frühjahr eine Initiative der Verkehrsminister eingeleitet. Wir haben eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet. Deren Ergebnisse, die inzwischen erarbeitet worden sind, sind ermutigend. Bei einer geplanten Verdreifachung des Aufkommens im kombinierten Verkehr bis zum Jahre 2012 – das ist das Ende der Laufzeit des gegenwärtigen Bundesverkehrswegeplanes – ist danach eine Reihe von Maßnahmen erforderlich, um den nötigen Schub zu bringen. Darin sind sich Bund und Länder inzwischen einig. Zu diesen Maßnahmen zählen die bessere Kooperation aller am kombinierten Verkehr Beteiligten, der Ausbau unseres Terminalnetzes - dies ist unser besonderes Anliegen -, die erhebliche Verbesserung der Qualität des KV-Angebotes, die Einbeziehung der Fläche in den kombinierten Verkehr - etwas, was die Deutsche Bahn AG bisher nicht besonders forciert hat -, die Nutzung neuer Technologien beim Umschlag und bei den Zugkonzepten, mehr Wettbewerb auf der Schiene und ein tatsächlich diskriminierungsfreier Zugang zum Bahnnetz auch für neue Aktivitäten. Auch das ist unser Bestreben, Herr Wenzel. Möglicherweise haben Sie ebenfalls das noch nicht registriert. Denn insbesondere beim Zugang zum Netz ist Niedersachsen, soweit dafür verfassungsmäßige Kompetenzen vorliegen, engagiert am Ball. Ich will beispielhaft einige Aktivitäten nennen: Für die Öffnung der Terminalförderung des Bundes über den Bereich der Deutschen Bahn hinaus durch Dritte haben wir uns engagiert eingesetzt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das erste Beispiel bundesweit ist das Güterverkehrszentrum in Wolfsburg, wo dies ermöglicht worden ist. Außerdem haben wir uns für den Bau einer neuen Schnellumschlagsanlage als Drehscheibe für den kombinierten Verkehr in ganz Norddeutschland am Standort Lehrte eingesetzt. Schließlich haben wir uns auch für die im Lande aktiven Privatbahnen eingesetzt, um ihnen zu ermöglichen, ein Regionalnetz für den kombinierten Verkehr zu errichten, also um auch die Fläche zu erschließen, was uns notwendig erscheint.

Meine Damen und Herren, bei diesen Bemühungen - das ist eine erfreuliche Tatsache - zähle ich in Zukunft auch verstärkt auf den Bund - das war in der Vergangenheit leider anders -; denn in der neuen Koalitionsvereinbarung haben die beiden Regierungsparteien ausdrücklich die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den kombinierten Verkehr als politisches Ziel formuliert. Insofern freue ich mich, daß es gute Voraussetzungen für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen gibt; denn die entscheidenden Rahmenbedingungen werden beim Bund gesetzt. Ich freue mich aber auch darüber, daß der vorliegende Antrag bei den Ausschußberatungen eine breite Mehrheit gefunden hat.

(Senff [SPD]: Genau!)

Ich wünsche mir, daß wir auch in Zukunft in diesem Hause bei diesem Thema weitgehend übereinstimmen werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, für mich ist die Förderung des kombinierten Verkehrs eine sowohl verkehrs- als auch wirtschaftspolitisch überaus wichtige strategische Aufgabe im wachsenden Güterverkehrsmarkt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, mir liegen zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe darum die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr in der Drucksache 263 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Das ist nicht der Fall. Das erste war die Mehrheit.

Ich rufe jetzt auf

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung:

Sicherung von Arbeitsplätzen im niedersächsischen Handwerk - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/119 - Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/281

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drucksache 119 - wurde in der 8. Sitzung am 15. Juli 1998 an den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Frau Kollegin Steiner hat sich zu Wort gemeldet. Frau Steiner, ich erteile Ihnen das Wort.

Frau Steiner (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat im Juli diesen Entschließungsantrag eingebracht, weil wir im Zusammenhang mit dem Generationswechsel im Handwerk einen verschärften Handlungsbedarf sehen. Wir haben bereits bei der Einbringung darauf hingewiesen, daß bis zu 50.000 Arbeitsplätze im niedersächsischen Handwerk akut gefährdet sind, wenn die Anstrengungen nicht intensiviert werden, möglichst viele Handwerksbetriebe zu erhalten.

Nach den Zahlen des Instituts für Mittelstandsforschung schaffen nur sechs von zehn deutschen familiengeführten Unternehmen den Sprung in die zweite Generation, und nur 32 % gehen in die dritte Generation über. Etwa die Hälfte dieser familiengeführten Unternehmen - so prognostizieren Unternehmensberater - wird die Neubesetzung auf dem Chefessel nicht überleben.

Wir haben in unserem Entschließungsantrag konkrete Vorschläge gemacht, wie die Einrichtung einer Betriebsbörse, die Vergabe eines Gründungszuschusses für junge Meisterinnen und Meister, die als Betriebsfremde einen Betrieb übernehmen, und verstärktes Engagement der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Niedersachsen bei der Beschaffung von Risikokapital für Handwerksbetriebe eingefordert. Die Banken nämlich nehmen sich dieses Thema nur am Rande an. Ihr Interesse gilt vornehmlich der Frage, wie es um die Bonität der Firma nach dem Stabwechsel bestellt sein wird.

Die SPD-Fraktion hat - vermutlich nach Rücksprache mit dem Wirtschaftsminister - mit ihrer Ausschlußmehrheit festgestellt, daß im ganzheitlichen Mittelstandskonzept und seiner Fortschreibung alle notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung dieses Problems enthalten seien. Daher wurde dieser Antrag von ihr abgelehnt.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Herr Minister,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

ich finde, daß Ihnen kein Zacken aus der Krone bräche, wenn Sie feststellten, daß unser Antrag eine sinnvolle Ergänzung des ganzheitlichen Mittelstandskonzepts darstellt und dem Handwerk nützt. Wenn Sie die Fortschreibung des Mittelstandskonzepts durchsehen, werden Sie feststellen, daß diesem Problem gerade ein Absatz gewidmet ist - ein einziger Absatz -, der die Entwicklung von Konzepten für geeignete Übernahmemodelle ankündigt und die Bedeutung von Informations- und Beratungsangeboten betont. Das kann doch wohl nicht alles gewesen sein.

Daß noch weiterer Handlungsbedarf zu diesem Problem gesehen wird, konnten wir auch der Tatsache entnehmen, daß kurz nach dem Einbringen unseres Antrags im Juli das Wirtschaftsministerium zu einem Dialog mit dem Handwerk einlud - und zwar genau zu diesem Problem. Dem Beitrag des SPD-Fraktionsvorsitzenden zur Regierungserklärung im Oktober konnten wir ebenfalls entnehmen, daß sich die SPD-Fraktion in Zukunft mit Nachdruck dem Problem des Generationswechsels im Handwerk widmen will. Was gilt nun also? Gibt es noch Handlungsbedarf, oder sind im ganzheitlichen Mittelstandskonzept schon die Patentrezepte enthalten?

Obwohl Sie unsere Vorschläge abgelehnt - ich möchte sagen: abgebügelt - haben, betrachten wir sie nach wie vor als eine sinnvolle und notwendige Ergänzung des Konzepts. Die Rückmeldungen aus dem Handwerk, die wir bekommen haben, zeigen, daß dies dort ganz genauso gesehen wird. Sie werden also damit rechnen müssen, daß wir in diesem Punkt nicht lockerlassen und eine konkrete Unterstützung des Handwerks bei Betriebsübergaben und Teilneugründung beim Generationswechsel einfordern werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Frau Steiner. - Meine Damen und Herren, Herr Kollege Meier hat um das Wort gebeten.

Meier (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der Antrag von der SPD-Fraktion sowieso abgelehnt wird, möchte ich die Bemerkung des Kollegen Plau während der ersten Beratung aufgreifen, der festgestellt hatte, das einzig Gute am Antrag der Grünen sei, sich einmal mit der Handwerkspolitik auseinandersetzen zu können. Diese Gelegenheit nehme ich sehr gern wahr, um etwas aktuell dazu zu sagen.

In dem Antrag ist deutlich gemacht worden, daß bis zum Jahr 2005 16.000 Betriebe in Niedersachsen zum Generationswechsel anstehen. Alle hier im Hause sind sicherlich der Auffassung, daß die Erhaltung von Betrieben wegen der Arbeits- und Ausbildungsplätze ein besonderes Anliegen ist.

Ich habe schon im Juli - also noch vor der Bundestagswahl - auf die Veränderungen der Rahmenbedingungen hingewiesen. Ich nenne die Zurücknahme der Reformen beim Kündigungsschutz, der Rentengesetzgebung, der Krankenversicherung, der Lohnfortzahlung und beim 620-DM-Gesetz - alles Maßnahmen, die dazu führen werden, die Lohnzusatzkosten zu steigern und die Situation zu verschärfen.

In diesen Tagen sind die Inhalte der Steuerreform der rot-grünen Koalition bekanntgeworden. Mit diesem Punkt möchte ich mich ausführlicher befassen, weil er gerade in dieses Thema hineinpaßt.

Die neue Steuerreform sieht vor, daß in Zukunft der Verkauf von Gewerbebetrieben voll steuerpflichtig ist. Ein Betrieb - gerade bei kleinen Betrieben - ist eigentlich das Werk einer Lebensleistung der Inhaber und in vielen Fällen auch die Altersversorgung für diese Inhaber. Die Steuerreform bedeutet, daß jemand, der seinen Betrieb verkauft, in Zukunft den vollen Steuersatz zahlen muß. Das heißt, er muß sich überlegen, ob er damit auskommt, was ihm netto für seinen Lebensplan und seine Altersversorgung übrigbleibt, oder ob er das, was er an Steuern zahlt, auf den Preis draufschlägt. Beim ersten ist natürlich klar: Wenn er nur den niedrigeren Preis erzielt - von der Erhöhung wußte er ja vorher nichts -, dann kommt er mit dem, was er sich vorher ausgerechnet hat, nicht aus

und muß überlegen, was er macht. Ich kenne aus eigener Anschauung viele Betriebe, deren Inhaber dann sagen: Na gut, für das wenige Geld, das ich netto bekomme, kann ich den Betrieb ja nicht weitergeben. Da muß ich erst einmal selbst weitermachen. In diesem Weitermachen liegt natürlich eine Gefahr, nämlich daß man sagt: Ich werde den Betrieb sowieso nicht los. Ich werde ihn deshalb verkleinern. Ich werde dann nicht mehr ausbilden und vor allem nicht mehr investieren. Dann passiert es in vielen Fällen, daß der Betrieb gar nicht mehr weiterzugeben ist.

Wenn er den zweiten Weg wählt und sagt, er möchte eigentlich seine Nettosumme haben, dann muß er das, was er an Steuern mehr zahlt, auf den Preis draufschlagen. Das bedeutet, daß der Nachfolger, der den Betrieb übernehmen will, von vornherein große Startschwierigkeiten haben wird. Denn in den meisten Fällen ist es ja so, daß Nachfolger von Betrieben nicht unbedingt mit viel Geld gesegnet sind. Das heißt, sie müssen auf dem Kreditwege mehr Mittel aufnehmen. Von daher wird es sicherlich sehr schwierig sein, den Preis dann am Markt zu erzielen. Wenn der Preis erzielt werden sollte, wird es dann beim Nachfolger Probleme geben.

Darum sehe ich gerade diese Entscheidung - gerade weil sie auch zu der Thematik „Übernahme von Betrieben“ paßt - als sehr schwierig an. Ich sage Ihnen aus meiner Erfahrung als Landesinnungsmeister der Konditoren - ich habe oft die Möglichkeit, an Innungsversammlungen teilzunehmen -: Dieses Thema wird als sehr, sehr gefährlich für die weitere Entwicklung gerade bei Betriebsübergaben angesehen. Ich bitte, das sehr ernst zu nehmen. Viele haben das noch nicht erkannt, weil das alles noch sehr neu ist. Aber wer tiefer einsteigt, wird feststellen, daß es eine sehr schwierige Thematik ist.

Ich darf Sie, wenn es Ihnen damit ernst ist, daß die Betriebsübernahmen in Zukunft gesichert sind, bitten, darauf hinzuwirken, daß in diesem Bereich nachgebessert wird. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Meier. - Meine Damen und Herren, Herr Kollege Plau hat um das Wort gebeten.

Plaue (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Meier, ich habe sehr wohl verstanden,

(Frau Pawelski [CDU]: Das ist schon einmal etwas, daß Sie etwas verstehen!)

daß Sie sich mit einigen der steuerpolitischen Beschlüsse der neuen Bundesregierung nicht anfreunden können. Aber ich rate dazu, sich erst einmal anzuschauen, welche Auswirkungen diese steuerpolitischen Beschlüsse haben werden.

(Zurufe: Das Mikro hoch!)

- Ich muß das Mikro höher machen? – Können Sie jetzt verstehen, was Sie sagen?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Wunderbar. – Ich bitte also darum, sich diese steuerpolitischen Beschlüsse und ihre Auswirkungen erst einmal genau anzuschauen. In der Tat geht es dabei darum, die Lohnnebenkosten, von denen die kleinen und mittleren Betriebe, insbesondere die Handwerksbetriebe, in der Vergangenheit geradezu geknebelt wurden, abzusenken.

(Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz)

Das wird durch eine Steuerreform geschehen, die bei der Überlegung ansetzt, Arbeit weniger zu besteuern als z. B. Energie. Es geht auch darum, die Zusatzleistungen, die bisher aus den Sozialversicherungsbeiträgen finanziert werden mußten,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

die z. B. unter dem Stichwort „Kosten der deutschen Einheit“ subsumiert wurden, in Zukunft aus Steuermitteln zu bezahlen.

Ich rate also dazu, sich nicht einen einzelnen Punkt herauszusuchen, über dessen Ausformung man bei den Beratungen im Bundestag sicherlich noch reden kann, sondern sich die Gesamtauswirkungen dieses Konzeptes auf die kleineren und mittleren Betriebe und auch auf die Handwerksbetriebe sehr sorgfältig anzuschauen. Ich bin mir sicher, daß die Handwerksbetriebe unter dem Strich von der Steuerreform profitieren werden. Das ist jedenfalls unser Ziel, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD – Meier [CDU]: Bei diesem Thema aber nicht! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

- Es wäre nicht schlecht, wenn Sie sich erst einmal die Auswirkungen anschauen würden, statt von vornherein nein zu sagen.

(Unruhe)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Plaue, einen Augenblick. – Meine Damen und Herren, es ist zuviel Unruhe hier im Plenarsaal. Ich bitte Sie, die Unruhe etwas zu beseitigen.

Plaue (SPD):

Meine Damen und Herren, ich möchte wieder zu dem Antrag zurückkommen, über den wir heute diskutieren. Frau Kollegin Steiner, Sie haben den Eindruck erweckt, als sei Ihr Antrag sozusagen der Motor dafür gewesen, daß diese Landesregierung nun endlich in die Strümpfe gekommen sei und etwas im Bereich Mittelstand und Handwerksunternehmen getan habe.

(Zuruf von Frau Steiner [GRÜNE])

Liebe Frau Steiner, ich habe Ihnen schon bei der Einbringung Ihres Antrages gesagt. Wer die Einstellung dieser Landesregierung und des damaligen Ministerpräsidenten zu den Handwerkern kennt und trotzdem so etwas behauptet, ist schon sehr dreist. Auch der neue Ministerpräsident wird so weiterarbeiten wie sein Vorgänger.

(Eveslage [CDU]: Das ist schlimm! – Fischer [CDU]: Soll das eine Drohung sein?)

Er wird den Kontakt zu den Handwerksunternehmen suchen.

(Beifall bei der SPD)

Er wird dort die gleichen Erfolge haben wie Gerhard Schröder. Darüber dürfen Sie sich auch in den nächsten Jahren ärgern.

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Plaue, möchten Sie eine Frage des Kollegen Eveslage beantworten?

Plaue (SPD):

Ich wußte bisher nicht, daß der Kollege Eveslage etwas zu den Handwerksbetrieben fragen könnte. Eine Sekunde, Herr Kollege. Am Ende meiner Rede beantworte ich Ihre Frage gern, wenn ich dann noch etwas Zeit habe.

(Zurufe von der CDU – Unruhe –
Glocke des Präsidenten)

- Ich möchte mich mit dem Antrag der Fraktion der Grünen beschäftigen. Sie hätten ja einen eigenen Antrag stellen können.

Meine Damen und Herren, dieser Antrag der Fraktion der Grünen ist nichts weiter als der Versuch, auf einen bereits fahrenden Zug aufzuspringen

(Beifall bei der SPD – Widerspruch
bei den GRÜNEN)

und hinterher auch noch zu behaupten, daß die eine oder andere Aktivität in letzter Zeit stattgefunden habe, sei nur auf der Grundlage dieses Antrages geschehen. – Liebe Frau Kollegin Steiner, das ist schon sehr, sehr dreist, was Sie da sagen.

Ich will - das habe ich im übrigen schon bei der Einbringung des Antrages gesagt – überhaupt nicht bestreiten, daß wir ein großes Problem in der Frage haben, wie die Handwerksbetriebe in Zukunft die Generationsnachfolge regeln. Im übrigen, Frau Kollegin Steiner, ist diese Erkenntnis nicht erst seit Einbringung Ihres Antrages vorhanden. Sie wissen – Sie haben das wahrscheinlich nachgelesen -, daß die Landesregierung schon vor geraumer Zeit ein Gutachten zu dieser Frage in Auftrag gegeben hat und daß dieses Gutachten Ergebnisse gebracht hat, die in das von Ihnen zitierte ganzheitliche Mittelstandskonzept Eingang gefunden haben. Wir können davon ausgehen, daß wir, soweit der Staat die Probleme lösen kann, unseren Beitrag dazu leisten werden.

Ich weise aber darauf hin, meine Damen und Herren – das meine ich sehr ernst; der Kollege Meier hat dies in seinem Beitrag auch erwähnt -, daß der Staat an dieser Stelle nur über begrenzte Handlungsmöglichkeiten verfügt, weil viele Übergangsschwierigkeiten vielleicht im steuerlichen Bereich, insbesondere aber auch im psychologischen Bereich liegen. Gerade ältere Handwerksmeister sind nicht so leicht bereit, die Betriebsnachfolge rechtzeitig zu regeln. Das sagen uns und das sagen Ihnen, wenn Sie mit denen reden, auch die Hand-

werksorganisationen, daß hier ein großes psychologisches Problem zu überwinden ist.

(Zustimmung von Senff [SPD])

An der Überwindung dieses Problems müssen die Kammern, aber auch die Handwerksorganisation mitarbeiten.

(Zustimmung bei der SPD)

Es gibt allerdings auch ein Problem hinsichtlich der restriktiven Kreditvergabe. Unsere Banken gerieren sich zu sehr – da stimme ich Ihnen zu, Frau Steiner – sozusagen als Oberbedenkenträger, die nur bereit sind, in Unternehmen zu investieren, bei denen der Profit letztendlich schon gesichert ist. Auch hier müssen wir dafür sorgen – im übrigen tut die Landesregierung das an einigen Stellen schon -, daß dieses Denken bei den Banken abnimmt und daß mehr in Richtung der Übernahme von Risiken bei der Kreditvergabe gedacht wird.

Wenn ich mich mit den Vorschlägen, Frau Steiner, die Ihre Fraktion gemacht hat, auseinandersetze, so kann ich das in drei Punkten zusammenfassen.

Sie sprechen von landesweiten Betriebsbörsen. Wer außer Ihnen fordert das eigentlich? - Die Handwerksorganisationen jedenfalls sehen keinen Sinn darin.

(Zuruf von Frau Steiner [GRÜNE])

Zweitens fordern Sie finanzielle Anreize bei der Übernahme oder Neugründung. Ich darf Sie daran erinnern, Frau Kollegin Steiner, daß das Landesdarlehensprogramm um 60 Millionen DM auf über 110 Millionen DM angehoben wurde, um dies zu fördern.

(Beifall bei der SPD)

Drittens sagen Sie, es müsse eine bessere Begleitung durch die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft geben. Auch Sie wissen, daß es dort seit dem 1. Januar ein Sonderprogramm gibt, mit dem über Zinsverbilligungen versucht wird, genau an diesem Punkt anzusetzen.

Frau Steiner, natürlich haben Sie ein Problem angesprochen, das existiert. Ich habe Ihnen aber nachgewiesen – das haben wir auch in den Ausschußberatungen getan -, daß an diesem Problem von der Landesregierung schon vor der Einbringung Ihres Antrages gearbeitet wurde. Wir werden

auch weiterhin an diesem Problem arbeiten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Herr Minister Dr. Fischer hat nun um das Wort gebeten. Bitte sehr!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Frau Steiner, wir freuen uns natürlich über Ihr Engagement für das Handwerk. Wir sind auch dankbar dafür, daß Sie einen Antrag gestellt haben, der uns die Gelegenheit gegeben hat, über das wichtige Problem der Unternehmensnachfolge im Handwerk zu diskutieren. Wir haben das in der Zwischenzeit sehr ausgiebig getan. Ich will mich deshalb bei meinem jetzigen Beitrag auf vier Bemerkungen beschränken.

Es ist Ihnen, Frau Steiner – das ist auch in der bisherigen Erörterung deutlich geworden –, nicht gelungen, uns davon zu überzeugen, daß die von Ihnen vorgeschlagenen Förderprogramme und auch die sonstigen Maßnahmen tatsächlich zur Lösung des Nachfolgeproblems beitragen könnten.

(Zuruf von Frau Steiner [GRÜNE])

- Frau Steiner, das haben Sie falsch verstanden. Wir wollen Ihre Vorschläge nicht abbügeln. Wir haben über Ihre Vorschläge diskutiert, und wir haben festgestellt, daß sie nicht tragfähig sind. Wir müssen doch auch immer wieder überprüfen, wie realistisch unsere Handlungsmöglichkeiten sind. Wir sollten nur über das reden, was wir auch tatsächlich umsetzen können. Anderenfalls wäre die Glaubwürdigkeit der Politik in Frage gestellt. Wir sollten uns alle Mühe geben, es dazu nicht kommen zu lassen.

Ich möchte das an einem Beispiel festmachen, nämlich an Ihrem Vorschlag – das ist schon von Herrn Plaue angesprochen worden –, eine landesweite Betriebsbörse einzuführen und eine Vernetzung im Handwerk durchzuführen. Gerade im Handwerk – wir haben auch Betriebsberater befragt – stößt dieser Vorschlag auf größte Vorbehalte. Es würden, so sagt man dort, lediglich Kosten, aber wenig Nutzen produziert, denn – ich glaube, das kann jeder nachvollziehen – die Interessenten suchen vorzugsweise lokale oder allen-

falls regionale Angebote. Solche Offerten, die wirklich nachgefragt werden, werden bereits mit Hilfe der Betriebsberater in den Kammern und auch in den Verbänden abgedeckt.

(Senff [SPD]: Genau!)

Meine Damen und Herren, eine zweite Bemerkung. Sie tun so – Herr Plaue hat es hier auch schon überzeugend dargestellt –, als hätten Sie dieses Problem erst entdeckt. Wir diskutieren aber schon seit langem über dieses Problem. Darüber hinaus haben wir schon seit Jahren auch mit dem Handwerk Veranstaltungen zu diesem Thema durchgeführt und haben gemeinsam mit dem Handwerk auch über Lösungsmöglichkeiten nachgedacht. Schließlich haben wir in einem engen Dialog mit dem Handwerk ein ganzes Bündel von Maßnahmen geschnürt, mit dem wir Arbeitsplätze im Handwerk und im gesamten Mittelstand schaffen und sichern können. Ich will diese Maßnahmen jetzt nicht noch einmal aufzählen, weil das schon vielfach geschehen ist. Sie sind in unserem ganzheitlichen Mittelstandskonzept aufgeführt, das wir im Sommer mit der mittelständischen Wirtschaft gemeinsam fortgeschrieben haben.

Dritte Bemerkung: Ein Problem, das Sie hier angesprochen haben, betrifft die Finanzierung bei Betriebsübernahmen, die bekannte dünne Eigenkapitaldecke vieler Betriebe. Ich gebe Ihnen zu: Es ist leider so – daran können wir aber als Landesregierung nur wenig ändern –, daß das Sicherheitsbedürfnis der Banken häufig überzogen ist. Was wir aber tun können, tun wir auch. Wir haben mit der Kreditwirtschaft gesprochen. Wir haben in diesen Gesprächsrunden immer wieder deutlich gemacht – wir werden das auch weiterhin tun –, daß bei den Banken eine größere Sensibilität für die Probleme der betreffenden Klientel entstehen muß.

Vierte Bemerkung: Wir wollen, daß das Beteiligungsgeschäft stärker ins Blickfeld rückt. Es kann nämlich auch einen Beitrag dazu leisten, das Problem, um das es hier geht, lösen zu helfen. Wir wollen deshalb insgesamt zu besseren Konditionen für übernahmewillige Unternehmer sorgen. Was wir als Landesregierung dazu tun können, das machen wir. So haben wir es erreicht, daß vom 1. Januar 1999 an die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft, die ja von privaten Banken getragen wird, ein Sonderprogramm für kleine Unternehmen und Existenzgründungen ausschreibt. Der Festzinssatz wird um 2,5 Prozentpunkte auf 5,5 % reduziert. - Das nur einmal beispielhaft zu

den Dingen, die wir als Landesregierung, die wir von der Politik zur Lösung dieses Problems leisten können.

Ich glaube – wenn ich das abschließend sagen darf, meine Damen und Herren –, daß wir in enger Kooperation und in einem engen Dialog mit der mittelständischen Wirtschaft die zur Lösung dieses Problems notwendigen Maßnahmen auf den Weg gebracht haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat noch einmal Frau Kollegin Steiner für bis zu zwei Minuten.

Frau Steiner (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schulmeistern kann ich mich selbst, wenn es darauf ankommt. Wir haben nicht behauptet, daß wir dieses Thema erfunden oder die Bedeutung dieses Problems als erste erkannt hätten. Diesbezüglich wurden in den letzten vier Jahren wirklich genügend Untersuchungen durchgeführt. Wir sagen auch nicht, daß das ganzheitliche Mittelstandskonzept Schund oder nicht nützlich sei. Ganz im Gegenteil. Es hat verschiedene Bestandteile, die konkreter ausformuliert sind, und es hat aber auch Bestandteile, bei denen es an Konkretion mangelt.

Die Punkte, Herr Minister, die zu diesem Thema auch Bestandteil der Fortschreibung sind, sind nicht konkret genug. Die Vorschläge, die wir unterbreitet haben, resultieren aus Diskussionen mit der Handwerkerschaft und einzelnen Unternehmern. Gerade die Einrichtung von Betriebsbörsen war von den Handwerkerschaften selbst angeregt und als nützlich betrachtet worden. Besonders unterstrichen worden war, daß die Geschichte mit der Zurverfügungstellung von Risikokapital und der Hilfe durch die NBG als äußerst mangelhaft zu betrachten ist.

Ich frage mich nur eines: Warum müssen Sie das so en bloc ablehnen und uns wie die Kleinkinder behandeln nach dem Motto: Wir haben die wirtschaftliche Weisheit mit Löffeln gefressen, und jetzt kommt ihr zehn Jahre später daher und erzählt uns einen. – Herr Senff, warum können Sie nicht akzeptieren, daß wir eine sinnvolle und sachlich gerechtfertigte Ergänzung zu diesem Mittelstandskonzept machen können, die gar nicht einmal gegen sie gerichtet ist, sondern im Sinne des Hand-

werks liegt? Darüber müssen wir uns im Ausschuß sicherlich noch einmal unterhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratungen und erbitte Ihre Aufmerksamkeit für die Abstimmung.

Ich lasse abstimmen über die Ausschlußempfehlung in der Drucksache 281. Wer ihr zustimmen und den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 119 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das erste war die Mehrheit.

Ich rufe nunmehr auf den

Tagesordnungspunkt 8:

Zweite Beratung:

Niedersächsische Interessen müssen bei der Vertiefung der Unter- und Außenelbe berücksichtigt werden - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/58 - Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/298

Berichterstatteerin ist Frau Kollegin Goede, der ich jetzt das Wort erteile.

Goede (SPD), Berichterstatteerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt Ihnen die unveränderte Annahme dieses Antrags. Obwohl ich davon ausgehe, daß Sie den Bericht gern in Gänze gehört hätten, erlaube ich mir, ihn zu Protokoll zu geben.

(Beifall bei der SPD)

(Zu Protokoll:)

Im Verlauf der Antragsberatungen im federführenden Ausschuß unterbreiteten die Fraktion der CDU und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schriftliche Änderungsvorschläge, die jedoch im Ausschuß keine Mehrheit fanden.

Das Ausschußmitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betonte im Rahmen der Beratungen, daß nicht nur die SPD-Fraktion, sondern auch seine Fraktion ein großes Interesse daran habe, die Belange des Landes Niedersachsen bei der Vertiefung der Unter- und Außenelbe hinreichend berücksichtigt zu wissen. Dennoch betrachte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag der SPD-Fraktion als recht „schwammig“ formuliert. Da seine Fraktion im übrigen befürchte, daß niedersächsische Belange unbeachtet blieben, strebe sie folgende Änderungen an:

Unter Nummer 1 des SPD-Antrages sollten die Worte „in ausreichendem Maße“ gestrichen werden. Außerdem seien nach den Worten „die Belange“ noch die Worte „des Umweltschutzes und“ einzufügen. Des weiteren müßten unter Nummer 2 die Worte „Es ist darauf hinzuwirken, daß durch geeignete Maßnahmen sichergestellt wird“ durch die Worte „Es ist dauerhaft sicherzustellen“ ersetzt werden. Schließlich sei Nummer 4 wie folgt zu formulieren: „Statt der beabsichtigten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Belumer Außendeich ist im Interesse der betroffenen Landwirte und des Deichschutzes eine andere Lösung erforderlich. Diese ist so zu gestalten, daß mit dem Ausgleich und Ersatz gleichzeitig eine wirtschaftliche Stärkung der Region verbunden ist. Eine Beeinträchtigung der Domäne Hollanderhof ist auszuschließen.“

Zur Begründung des Änderungsvorschlags seiner Fraktion verwies der Sprecher der CDU-Fraktion im wesentlichen auf die Darlegungen seines Kollegen anläßlich der ersten Beratung des Antrags im Plenum am 11. Juni 1998 und brachte zum Ausdruck, daß die CDU-Fraktion weder den Änderungsvorschlag der Grünen noch den Antrag der SPD-Fraktion mittragen könne.

Eine Vertreterin der SPD-Fraktion hob hervor, daß die Landesregierung hinter einer Vertiefung der Elbe stehe und es für notwendig halte, daß dabei die Interessen des Landes Niedersachsen ausreichend berücksichtigt würden. Dies gelte insbesondere für die Bereiche Deichsicherheit, Landwirtschaft, Fischerei, Tourismus und Ökologie. Ein erhebliches Problem stelle in diesem Zusammenhang allerdings der Belumer Außendeich dar, weil dort Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen werden müßten, von denen zahlreiche Landwirte betroffen sein würden. Die SPD-Fraktion befürchte darüber hinaus eine Gefährdung der Deichsicherheit durch Vernässung des Deichfußes

bei Sommersturmfluten. Vor diesem Hintergrund strebe ihre Fraktion eine Lösung an, die den Erhalt des Sommerdeiches und der betreffenden Höfe gewährleiste.

Zu der von der Fraktion der Grünen verlangten Ergänzung des Antragstextes erklärte die Abgeordnete, nach Auffassung der SPD-Fraktion werde der Begriff „Umweltschutz“ bzw. „Naturschutz“ durch die Formulierung „Landeskultur“ aufgefangen und sei daher entbehrlich. In dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU hingegen würden Angelegenheiten miteinander verknüpft, die nicht miteinander in Verbindung stünden. Die Forderung nach der Durchführung eines Beweissicherungsverfahrens ginge ins Leere, weil entsprechende Maßnahmen für Teile des Vorhabens bzw. für das gesamte Projekt bereits in Gang gesetzt worden seien. Die Erwähnung der A 26 sei im übrigen nicht angebracht, weil es sich nach Auffassung der SPD-Fraktion hierbei nicht um eine alleinige Angelegenheit zwischen Hamburg und Niedersachsen handele.

Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr beschloß sodann mit den Stimmen der Ausschußmitglieder der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der CDU, dem Landtag die Annahme des SPD-Antrages zu empfehlen.

Die mitberatenden Ausschüsse für Umweltfragen, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und für Häfen und Schifffahrt schlossen sich dem Votum des Wirtschaftsausschusses an.

Abschließend bitte ich namens des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, der Beschlußempfehlung in der Drucksache 298 zu folgen.

Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin Goede, ich bedanke mich dafür, daß Sie den Bericht zu Protokoll gegeben haben. – In der Aussprache liegt mir zunächst die Wortmeldung der Kollegin Meyn-Horeis vor. Bitte sehr!

Frau Meyn-Horeis (SPD):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Bereits bei der Einbringung dieses Antrages habe ich darauf hingewiesen, daß es sich bei der Elbvertiefung um eine Maßnahme des Bundes handelt, die von den norddeutschen Bundesländern Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen unterstützt wird. Das ist auch richtig so, weil es

hier um den Erhalt und den Ausbau von Arbeitsplätzen im norddeutschen Land geht.

Wir alle wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß die wirtschaftlichen Standortqualitäten Hamburgs und des niedersächsischen Umlandes in einem erheblichen Ausmaß von der Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens abhängen.

(Vizepräsidentin Goede übernimmt den Vorsitz)

Aus niedersächsischer Sicht ist es deshalb sinnvoll, die Elbvertiefung durchzuführen, um die wirtschaftliche Zukunft der Metropolregion und damit Arbeitsplätze zu sichern und möglichst neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Bei der Bekanntgabe der Ausbaumaßnahmen mit der vorgelegten Umweltverträglichkeitsstudie, zu der u. a. auch die Konzeption und die Bewertung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zählt, kam es bei örtlich betroffenen Gemeinden und Verbänden sowie bei vielen Bürgerinnen und Bürgern in unserer Region zu Befürchtungen bezüglich der Beeinträchtigungen durch die Elbvertiefung in den Bereichen Deichsicherheit, Landwirtschaft, Fischerei, Tourismus und, lieber Kollege Klein, Ökologie.

Seit einigen Monaten läuft nun schon das Planfeststellungsverfahren. Die Planfeststellungsbehörden sind dabei, den Planfeststellungsentwurf zu formulieren. Vor der Erteilung dieses Planfeststellungsbeschlusses ist nach dem Bundeswasserstraßengesetz das Einvernehmen des Landes Niedersachsen für die Bereiche Landeskultur und Wasserwirtschaft herzustellen. Andere Belange, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind vom Einvernehmen des Landes nicht erfaßt. Von daher sollten wir diesen beiden Bereichen besondere Bedeutung beimessen, gerade wenn wir diesen Antrag diskutieren. Das ist auch der Grund dafür, weshalb sich unser Antrag nur auf diese beiden Bereiche Landeskultur und Wasserwirtschaft bezieht.

Es ist klar, daß zu diesen Belangen sicherlich die Deichsicherheit, die Landwirtschaft, die Fischerei, der Tourismus und der Naturschutz gehören. Im Bereich der Fischerei ist erfreulicherweise schon im Vorfeld einvernehmlich geregelt worden, daß die Vorhabenträger die betroffenen Fischereien auch entsprechend berücksichtigen.

Bei der Einbringung des Antrags im Juni dieses Jahres habe ich auf das besondere Problems des

Belumer Außendeiches aufmerksam gemacht. Nach einer umfangreichen Vorauswahl möglicher Maßnahmegebiete ist geplant gewesen, im Belumer Außendeich auf einer Fläche von rund 660 ha Kompensationsmaßnahmen durchzuführen. Erfreulicherweise konnte diese Maßnahme zurückgestellt werden, weil es keine Einigung mit den betroffenen Gemeinden und Landwirten gegeben hat.

(McAllister [CDU]: Sie ist noch nicht aus der Welt!)

- Diese Angelegenheit wird von der SPD-Fraktion ausdrücklich unterstützt und ist auf Bemühen der SPD-Fraktion in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung so ausgehandelt worden, Herr McAllister.

(Beifall bei der SPD - McAllister [CDU]: Sie ist noch nicht aus der Welt, Frau Meyn-Horeis! - Gegenrufe von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Bewahrung der Deichsicherheit ist auch ein Augenmerk auf die Auswirkungen der Veränderung der Fließgeschwindigkeiten und der Wasserstände in den Nebenflüssen der Elbe wie z. B. der Oste zu legen. Hierzu wird auch ein umfangreiches Beweissicherungsverfahren durchgeführt.

Der Tourismus ist in Niedersachsen ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Es ist daher auch sicherzustellen, daß in diesem Bereich keine negativen Auswirkungen durch die Elbvertiefung eintreten.

Die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen für die Elbvertiefung müssen machbar, angemessen und nachvollziehbar sein. Die Elbe ist mehr als ein Schifffahrtsweg, und das wird sicherlich auch mein Kollege Herr Buß so sehen, der sich gerade in dem Bereich Häfen und Schifffahrt besonders mit dieser Maßnahme befaßt hat.

(Zustimmung von Möhrmann [SPD])

Die Elbe ist ein Naturraum, sie ist Nahrungsquelle und Kulturlandschaft. Diesen natürlichen Lebensraum gilt es zu erhalten und zu schützen. Es muß daher eine Fahrrinnenanpassung passieren, bei der eine ausgewogene Lösung zwischen Ökonomie und Ökologie gefunden wird. Diese Möglichkeit besteht bei einer sorgfältigen Abwägung im Planfeststellungsbeschluß. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Intention unseres Antrages.

Erlauben Sie mir noch einige Worte zu dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die CDU-Fraktion fordert, ein umfangreiches Beweissicherungsverfahren durchzuführen. Dieses wird, wie ich bereits erwähnte, vorgenommen. Die Forderung geht also ins Leere.

Die Aussage, daß die Elbvertiefung eine Maßnahme ist, deren wirtschaftliche Vorteile ausschließlich Hamburg zugute kommen, ist eindeutig falsch, Herr McAllister.

(Beifall bei der SPD - McAllister [CDU]: Warte mal ab!)

Bezüglich des regionalen wirtschaftlichen Ausgleichs zwischen Hamburg und dem Umland Niedersachsen möchte ich auf den Inhalt des regionalen Entwicklungskonzeptes für die Metropolregion Hamburg hinweisen. Nicht umsonst haben die Umlandgemeinden und hierbei besonders die Gemeinden im Landkreis Cuxhaven für die Aufnahme in diese Metropolregion gekämpft, und sie haben die Aufnahme in die Metropolregion auch erreicht. Ich gehe einmal davon aus, daß Sie, Herr McAllister, unserer Region mit dem Inhalt Ihres Antrages nicht schaden wollen.

Die Forderung nach Zugeständnissen seitens der Hamburger bezüglich der Realisierung von anderen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit diesem Antrag ist völlig abwegig und eindeutig als populistisch zu bezeichnen.

(Beifall bei der SPD)

Leider wissen Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, anscheinend immer noch nicht, daß es bei dem Einvernehmen des Landes nur um die Belange Landeskultur und Deichsicherheit geht. Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen daher auffordern, dem SPD-Antrag ihre Zustimmung zu erteilen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Frau Meyn-Horeis! - Meine Damen und Herren, jetzt möchte Herr Kollege McAllister zu diesem Antrag sprechen. Ich erteile ihm das Wort. Bitte schön!

(Senff [SPD]: McAllister, los, nun aber ran! - Gegenruf von McAllister [CDU])

- Damit müssen Sie sich abfinden, Herr McAllister.

McAllister (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Elbvertiefung ist ein wichtiges und in der gesamten Unterelberegion sehr kontrovers diskutiertes Thema.

(Senff [SPD]: Das stimmt!)

Ich darf für die CDU-Fraktion festhalten, daß wir uns zur Verantwortung für Hamburg und seinen Hafen bekennen. Dem Hamburger Hafen drohen der Verlust von Umschlagsmengen und die Verlagerung ganzer Schifffahrtslinien, wenn die Tiefgangsverhältnisse für die moderne Containerschifffahrt auf der Unter- und Außenelbe nicht schnellstens verbessert werden.

An der Elbvertiefung und den Hafenaktivitäten hängen direkt oder indirekt 140.000 Arbeitsplätze in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Allein im Containerverkehr sind hiermit unmittelbar 41.000 Arbeitsplätze verbunden. Deshalb bekennen wir als CDU uns - das haben wir auch schon immer getan, Frau Meyn-Horeis; ich darf Sie in der Hinsicht korrigieren - zur Elbvertiefung. Wir wissen um die Verantwortung für Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Aber es gibt eine ganze Reihe von sehr emotional vorgetragenen Bedenken und Befürchtungen in den Landkreisen Cuxhaven und Stade.

(Frau Wörmer-Zimmermann [SPD]: Ist doch gar nicht wahr!)

Es werden in den Bereichen der Landwirtschaft, der Fischerei, des Fremdenverkehrs, der Ökologie und insbesondere der Deichsicherheit Beeinträchtigungen erwartet. Wir haben vor einigen Monaten bei der ersten Beratung auch sehr intensiv über die geplante Kompensationsmaßnahme am Belumer Außendeich gesprochen. Sehen Sie sich an, was jetzt bei den Hochwasserständen passiert ist. In Belum war geplant, daß der Sommerdeich, der vor 130 Jahren mit Hand- und Spanndiensten errichtet wurde, wieder geschlitzt wird, an 13 Stellen geöffnet wird. So haben es die Ökologen in ihren Kompensationsmaßnahmen vorgesehen. Wenn der

Sommerdeich jetzt nicht gewesen wäre, dann wäre der Winterdeich bei den Sturmflutwellen, die eine Höhe von 2,20 m bis 2,50 m hatten, erheblich gefährdet gewesen.

Frau Meyn-Horeis, vor der Bundestagswahl hat die SPD gesagt: Okay, möglicherweise kommt das heraus. - Solange wir nicht die Tinte auf dem Papier haben, solange wir nicht schwarz auf weiß haben, was herauskommt, werden wir als CDU energisch darauf drängen, daß diese Kompensationsmaßnahme nicht durchgeführt wird.

(Beifall bei der CDU - Frau Meyn-Horeis [SPD]: Zeigen Sie sich doch einmal vor Ort!)

- Frau Meyn-Horeis, ich war gerade in dieser Woche bei Otto Westfalen in Belum auf einem Hof. Da brauchen Sie mir keine Vorschriften zu machen.

(Senff [SPD]: Einmal!)

Nun zu Ihrem vorliegenden Antrag. Wir als CDU-Fraktion werden den Antrag ablehnen, weil er für uns nicht weitreichend genug ist. Wir haben in den zuständigen Ausschüssen drei Änderungsanträge mit zwei politischen Stoßrichtungen gestellt.

Es soll ein umfassendes Beweissicherungsverfahren durchgeführt werden. Da verstehe ich Sie nicht, Frau Meyn-Horeis. Wenn das Beweissicherungsverfahren sowieso durchgeführt werden soll, warum hätten wir das dann nicht mit in diesen Antrag aufnehmen können?

(Senff [SPD]: Selbstverständlichkeiten muß man nicht beschließen!)

Oder ist es vielmehr so, daß es da möglicherweise doch Probleme gibt? Ich meine, die negativen Erfahrungen bei der Weservertiefung haben gezeigt, daß die Notwendigkeit eines Beweissicherungsverfahrens nicht so ganz von der Hand zu weisen ist.

(Senff [SPD]: Wir können auch beschließen, daß es Sommer und Winter gibt!)

Für die CDU steht fest: Es soll der Status quo festgestellt werden. So können dann eingetretene Veränderungen am Elbufer besser rekonstruiert werden, und die kausale Verantwortlichkeit läßt sich mühelos feststellen. Dies ist ein ganz wichtiger Punkt, der die berechtigten Befürchtungen und Sorgen des Fremdenverkehrs in Otterndorf, der

Deichverbände, der Fischerei und der Landwirtschaft angemessen berücksichtigt.

Jetzt muß ich einmal etwas zu Ihnen sagen, Frau Goede. Sie haben diesen Punkt ja im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr abgelehnt. Ich darf einmal aus einer Resolution des Landkreises Cuxhaven zitieren, die auf einer Kreisausschußsitzung vom 15. Oktober 1997 basiert.

(Senff [SPD]: Keine Beleidigung der Präsidentin! Dann fliegst du raus! -

Buß [SPD]: Aus dem Kreisausschuß darf man nicht zitieren!)

- Das ist eine öffentliche - - -

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege McAllister, Sie wissen wohl, was Sie tun.

(Oh! bei der SPD)

McAllister (CDU):

Ich darf Sie beruhigen. Es ist eine Resolution, die der Landkreis veröffentlicht hat. Die ist sowohl im Wirtschafts- und Regionalausschuß als auch im Kreisausschuß diskutiert worden.

(Senff [SPD]: Das ist natürlich etwas anderes!)

Ich zitiere:

"Der Vorhabenträger hat für den Fall, daß die Maßnahme zur Ausführung gelangt, unter Umkehr der Beweislast sämtliche vorhabenbedingten nachteiligen Auswirkungen auf den Deichschutz auszugleichen und insbesondere auch den Deichverbänden verstärkte Unterhaltungsaufwendungen zu erstatten."

Um das durchzuführen, ist ein Beweissicherungsverfahren ja geradezu zwingend notwendig.

(Beifall bei der CDU)

Frau Goede, warum Sie jetzt im Landtag Ihren eigenen Kreistagskollegen in den Rücken gefallen sind, müssen Sie mir noch vor Ort erklären.

(Beifall bei der CDU - Frau Vockert [CDU]: Das hat sie schon mehrfach gemacht! Das ist nicht das erste Mal!

- Plaue [SPD]: Sie beleidigen gerade die amtierende Präsidentin! Es kann sein, daß Sie dafür einen Ordnungsruf kassieren!)

Jetzt zu einem zweiten Punkt, den wir angesprochen haben, die Frage des regionalwirtschaftlichen Ausgleiches. Hier haben wir, sehr geehrter Herr Minister Fischer, wahrlich in ein Wespennest gestochen. Sie waren den ganzen Sommer mit Ihrem Pressestab damit beschäftigt, uns in den Heimatzeitungen ständig zu belehren, daß das alles nicht notwendig sei.

Meine Damen und Herren, diejenigen von Ihnen, die aus dem Hamburger Umland kommen,

(Mientus [SPD]: Wir essen nur Hamburger!)

und diejenigen von Ihnen, die aus dem Bremer Umland kommen, wissen: Mit den Hansestädten ist das so eine Sache bei politischen Verhandlungen.

(Beifall bei der CDU)

Wir in der Region können davon nun wirklich ein Lied singen.

(Zurufe von der SPD: Wo er recht hat, hat er recht! - Zurufe von der CDU)

Denken Sie an die A 26! Denken Sie an die feste Elbquerung A 20! Denken Sie an die S-Bahn-Verlängerung von Neugraben nach Buxtehude! Denken Sie an die EVB-Containertransporte von Neugraben über Buxtehude und Bremervörde nach Bremerhaven! Ich kann das beliebig fortsetzen.

(Unruhe)

Ich rede deshalb so schnell, weil es so viele Projekte sind, die immer wieder am Widerstand Hamburgs gescheitert sind!

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]: Sie sollten Ihre Sprechgeschwindigkeit der Denkgeschwindigkeit anpassen!)

Unkonventionelle Politik in Hamburg erfordert halt unkonventionelle Antworten aus Niedersachsen.

(Frau Wörmer-Zimmermann [SPD]: Das haben wir schon gemacht, da la-

gen Sie noch in den Windeln! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Verehrte Kollegin, Sie kennen mich gar nicht. Warum schreien Sie mich eigentlich so an?

(Beifall bei der CDU)

Sie vergeben hier eine ganz große Chance, meine Damen und Herren von der SPD!

Jetzt will ich einmal zitieren, was der zuständige Hamburger Wirtschaftssenator in der „Welt“ am 29. Oktober erklärt hat:

„Das Planfeststellungsverfahren zur Elbvertiefung muß durch die zuständigen Bundesbehörden energisch und ohne jede Verzögerung vorangetrieben werden.“

Das ist wieder typisch Hamburg. Wenn es um eine Maßnahme geht, an der Hamburg Interesse hat, dann muß alles ganz schnell gehen. Aber bei den von mir genannten Projekten lassen sie uns seit 25 Jahren in der Luft hängen. Die Menschen im Landkreis Stade und Cuxhaven können ein Lied davon singen, wenn es um die A 26 geht.

(Beifall bei der CDU)

Nun ist mir von Herrn Minister Fischer und auch von Ihnen, Frau Meyn-Horeis, erklärt worden: Ein Staatsvertrag ist gar nicht möglich; das paßt gar nicht. - Uns Landtagsabgeordneten liegt ja gerade wieder ein Staatsvertrag vor. Darin geht es um die Erweiterungsflächen für den Bau des A3XX am Mühlenberger Loch in Finkenwerder. Da geht es auf einmal mit dem Staatsvertrag. Wieder ein Staatsvertrag! Alle positiven Aspekte kommen in erster Linie Hamburg zugute. Dreimal dürfen Sie raten, wo die Ausgleichsflächen liegen!

(Möhrmann [SPD]: Wer arbeitet denn bei der Dasa? - Mal vorsichtig, Herr Kollege!)

Die liegen natürlich nicht in Hamburg; die liegen in Niedersachsen!

Deshalb frage ich Sie: Warum haben Sie diese Chance nicht genutzt und vor der Erteilung des Einvernehmens das angesprochen? - Sie können es ja noch machen und sagen: Okay, wir setzen uns mit Herrn Runde zusammen, und wir klären das einmal. - Bei der A 26 gibt es nämlich eine ganze

Reihe von offenen Problemen, die eben noch zu klären sind.

(Beckmann [SPD]: Sie wissen nicht, wovon Sie reden!)

Es gibt ein Finanzierungsproblem. Herr Minister Fischer sagt: Die A 26 ist im Jahr 2008 fertig. - Herr Runde sagt: Im Jahre 2017 gibt es erst Geld. - Bei den planungsrechtlichen Sachen ist das genau das gleiche. Das alles ist hier versäumt worden!

(Beckmann [SPD]: Das ist falsch!)

Meine Damen und Herren, ich darf für die CDU-Fraktion zusammenfassen: Wir bekennen uns - - -

(Senff [SPD]: Süß, der junge Mensch!)

- Wissen Sie eigentlich, wie Sie mit jungen Menschen umgehen? Sie dürfen sich gar nicht wundern, daß Sie keine jungen Leute in Ihrer Fraktion haben! So was Oberlehrerhaftes!

(Starker Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Senff [SPD]: Auch wenn man jung ist, darf man nicht so viel Unsinn erzählen! - Weitere Zurufe)

Ich fasse zusammen: Wir bekennen uns zur Verantwortung für Hamburg und seinen Hafen. Wir meinen aber: Die wichtigen Bedenken und Befürchtungen in der Region müssen sauber abgearbeitet werden. Der vorliegende SPD-Antrag wird dem nicht gerecht. Deshalb werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Klein, Sie haben um das Wort gebeten.

Klein (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr McAllister, in einigen Punkten haben Sie mir aus der Seele gesprochen. Aber das, was Sie mit Ihren CDU-Freunden aus dem Cuxhavener Raum immer wieder mit den Hamburgern versuchen, das ist doch letzten Endes ein Sandkastendialog: Gibst du mir dein Schippchen nicht, dann kriegst du auch nicht mein Eimerchen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Frau Vockert [CDU]: Sie lassen sich lieber den Eimer wegnehmen!)

Herr McAllister, das ist eine Methode, mit der Sie schon im Sandkasten nur Geschrei ernten werden. Sie ist natürlich auch nicht geeignet, um zu einer vernünftigen Zusammenarbeit im Bereich der Metropolregion Hamburg zu kommen.

(Beckmann [SPD]: Der ist noch nicht aus dem Sandkasten raus!)

Mit einer solchen Argumentation entwerten Sie doch die eigenen Argumente und die berechtigten Befürchtungen, die durch die Elbvertiefung im Hinblick auf die Deichsicherheit und im Hinblick auf den Umweltschutz bestehen; denn diese Interessen lassen sich nicht verschachern, auch nicht gegen eine A 26, sondern die müssen berücksichtigt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zu dem SPD-Antrag. Eine Medizin, die nichts schadet, die aber auch nichts nützt, weil sie keine Wirkstoffe enthält, und die man dem Patienten verabreicht, um ihn zu beruhigen, nennt man bekanntlich Placebo. Wie muß man dann folgerichtig diesen SPD-Antrag nennen? - Ja, ich sage es Ihnen: Das ist ein Küsten-Placebo, nichts anderes!

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der CDU - Gabriel [SPD]: Aber wenn es hilft, ist es doch gut! - Gegenruf von Möllring [CDU]: Jetzt haben Sie sich entlarvt, Herr Gabriel!)

Die Menschen an der Unterelbe sollen beruhigt werden und zum Stillhalten veranlaßt werden - mit Formulierungen, die watteweich sind, deren Dehnbarkeit jedem Gummiband alle Ehre machen würde und die eine ganze Reihe von Hintertürchen für jede Gelegenheit offenlassen. So ist nämlich die Situation!

(Buß [SPD]: Jetzt mal zur Sache!)

Das Festhalten an diesen Formulierungen in den Ausschüßberatungen macht mir deutlich, daß das offensichtlich ganz bewußt geschehen ist, daß es keine sprachliche Nachlässigkeit war, sondern daß es mit voller Absicht passiert ist. Das macht nicht nur mich mißtrauisch. Das macht mich natürlich vor allem dann mißtrauisch, wenn ich an die De-

batte von heute morgen denke, in der es auch um bestimmte Begriffsverwirrungen im Zusammenhang mit Studiengebühren etc. pp. ging.

Hinzu kommt noch, daß die meisten Fragen aus der Region nach wie vor unbeantwortet sind. Die begonnenen Baggerarbeiten schaffen weiterhin Fakten.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die Befürchtungen um die Deichsicherheit und die Standfestigkeit der Cuxhavener Hafenanlagen z. B. - wir haben uns darüber informiert - sind nach wie vor nicht entkräftet. Es gibt bis heute keinen Hinweis darauf, wie die zusätzlichen Belastungen des Landeshauptdeichs durch die Elbvertiefung ausgeglichen werden sollen. Es gibt auch keine belastbaren Prognosen darüber, welche Auswirkungen diese Maßnahmen haben werden. Erst kürzlich haben wir bei der Bereisung der niedersächsischen Häfen doch erfahren, welche Überraschungen die Hydrologie der Elbe immer wieder für uns bereithält. Völlig unerwartet lagert sich im Augenblick am südlichen Ende des neuen Cuxhavener Hafens ein Sandberg ab, der enorme zusätzliche Baggerkosten verursacht. Auch die Belumer Landwirtschaft im Außendeich kann meines Erachtens erst wirklich endgültig Entwarnung geben, wenn eine realistische Alternative für die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen auf dem Tisch liegt.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die Aussage von Strom- und Hafenbau in Hamburg, daß die Schlitzung des Sommerdeichs - ich zitiere - nicht mehr nachhaltig verfolgt wird - was soll denn das schon heißen? -, ist jedenfalls mit Vorsicht zu genießen und ist so lange in Frage zu stellen, wie sie nicht im Planfeststellungsbeschluß konkretisiert ist. Dafür kann die Landesregierung im Rahmen der Einvernehmenserteilung Sorge tragen. Deshalb können wir auch nur einem Antrag zustimmen, der genauer und der verbindlicher formuliert.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Klein, ich muß Sie einmal kurz unterbrechen.

Meine Damen und Herren, es ist einfach zu laut. Ich bitte Sie um etwas mehr Rücksicht. Ich bitte Sie, den Plenarsaal zu verlassen, wenn Sie der Debatte nicht folgen wollen.

(Beifall auf einer Zuhörertribüne)

Das gilt für alle. - Wir fahren erst fort, wenn entsprechend Ruhe eingekehrt ist, Herr Klein. - Bitte schön, Herr Klein!

Klein (GRÜNE):

Meine Damen und Herren, ich sagte: Wir wollen die Probleme konkret benennen. Wir wollen sichergestellt wissen, daß niedersächsische Interessen - das sind für mich im Augenblick natürlich die Interessen der Niederelberegion in diesem Zusammenhang - bei der Elbvertiefung berücksichtigt werden. Die Landesregierung lediglich anzuhalten, darauf hinzuwirken, daß dies geschieht, ist uns viel zu wenig.

(An der Regierungsbank sprechen Ministerpräsident Glogowski und Ministerin Jürgens-Pieper miteinander - Möllring [CDU]: Das ist doch nicht zu fassen! Das ist die oberste Pädagogin!)

Ich sage Ihnen: Wenn die zuständigen Behörden z. B. im Fall „Pallas“ nicht nur darauf hingewirkt hätten, daß die Interessen von Natur- und Umweltschutz und die Interessen der Küstenbewohner berücksichtigt werden, sondern wenn sie das sichergestellt hätten, z. B. durch frühzeitigen Einsatz ausreichender Schleppkapazitäten, dann hätten wir heute möglicherweise eine bessere, eine sehr viel angenehmere Situation.

(Möllring [CDU]: Das interessiert die da hinten gar nicht!)

Meine Damen und Herren, ich habe auch keine Befürchtungen dahin gehend, daß unser Änderungsantrag auf der Hamburger Seite zur Verärgerung führt. Als Kaufleute sind die in Hamburg verbindliche Aussagen doch gewöhnt. Oder haben Sie schon einmal eine Rechnung bekommen, auf der z. B. stand „Ich bitte Sie, darauf hinzuwirken, in den nächsten Monaten für die Lieferung von einigen Computern einen Betrag von ungefähr 15.000 bis 20.000 DM zu überweisen“? - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Klein. - Meine Damen und Herren, Herr Minister Dr. Fischer möchte sich zu diesem Antrag äußern.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, Herr Minister Dr. Fischer hat das Wort.

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu einigen Bemerkungen des Kollegen McAllister Stellung nehmen.

Ich finde es sehr sympathisch, Herr McAllister, daß Sie hier mit Ihrer Jugendlichkeit kokettieren.

(Eveslage [CDU]: Das kann halt nicht jeder!)

Aber das ist natürlich keine Entschuldigung dafür, daß man sich in bestimmten Dingen etwas verrannt hat. Wir dürfen die Probleme, die wir mit Hamburg haben, nicht nur aus der Perspektive des Landkreises Cuxhaven sehen, sondern das sind Dinge, die wesentlich weiter greifen. Deswegen will ich zu diesem Thema etwas sagen.

Herr Klein, Sie haben davon gesprochen, wir könnten nicht ein Problem gegen ein anderes verschachern. Ich stimme Ihnen zu. Aber damit müssen Sie sich auf regionaler Ebene, im Landkreis, beschäftigen. Wir als Land müssen andere Maßstäbe anlegen. Ihrer Konzeption, nämlich Konfrontation mit Hamburg, müssen wir eine Konzeption der Kooperation mit Hamburg entgegensetzen. Damit kommen wir weiter.

(Beifall bei der SPD)

Ich will das auch begründen. Zwischen Hamburg und Niedersachsen hat es eine lange Phase der Konfrontation gegeben. Das war sicherlich vor 1990 so. Dafür gibt es viele Beispiele.

(Lachen bei der CDU)

Aber, Herr McAllister, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, die Zeiten haben sich geändert.

(McAllister [CDU]: Sie sind noch schlechter geworden!)

Stichwort „Amerikahafen“. Der frühere Ministerpräsident Albrecht hat lange Zeit versucht, in Sachen Hafen Cuxhaven mit Hamburg eine Einigung zu erzielen. Das ist ihm aber nicht gelungen. Kurz nachdem die Landesregierung gewechselt hat, ist es gelungen, mit Hamburg eine Vereinbarung über die Zukunft des Hafens Cuxhaven zu treffen.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, wir haben die Konfrontation abgebaut und auf Kooperation gesetzt, mit dem Ergebnis, daß wir in Cuxhaven heute einen wunderbaren Hafen haben. Den hätte es sonst nicht gegeben. Das haben Sie mit Ihrer Konfrontationsstrategie früher nicht geschafft.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Beispiele, die Sie sonst noch vorgebracht haben, sind nicht zutreffend, und ich habe Ihnen das auch schon mehrfach gesagt. Das Thema A 26 haben Sie im Wahlkampf immer wieder hochgezogen, ich habe darauf immer wieder geantwortet, und ich habe auch im Landtag gesagt, daß Ihre Behauptungen nicht stimmen. Wir arbeiten mit Hamburg in der Frage A 26 gut zusammen. Es gibt von Hamburg eine klare Erklärung zu diesem Thema. Wir haben uns schon vor einigen Jahren in einer gemeinsamen Kabinettsitzung mit dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf eine gemeinsame Konzeption geeinigt.

Zu Recht haben Sie die Finanzierungsprobleme angesprochen. Aber das sind Probleme, die die alte Bundesregierung zu verantworten hat.

(Beifall bei der SPD - Oh! bei der CDU)

Das hat nichts mit der Kooperation zwischen Hamburg und Niedersachsen zu tun.

Lassen Sie mich abschließend ein Thema aufgreifen, das Sie auch angesprochen haben - dieses Thema ist mir ganz ernst -, nämlich die Frage der Bewerbung Hamburgs um den Standort der zukünftigen Produktion des Airbus A3XX. Da müssen wir mit Hamburg an einem Strang ziehen!

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir dieses Thema zu einem Konfrontationspunkt zwischen Hamburg und Niedersachsen machen, schneiden wir uns ins eigene Fleisch, und zwar auch der Landkreis Cuxhaven. Denn Sie müssen sehen, daß mehr als die Hälfte der Arbeits-

plätze im Airbus-Werk in Hamburg-Finkenwerder von Niedersachsen besetzt wird, von Menschen auch aus Ihrem Landkreis Cuxhaven.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist es unser allergrößtes Interesse, daß wir mit Hamburg gemeinsam dieses Thema vorantreiben und daß wir nach außen hin jeden Eindruck vermeiden, daß es in dieser Frage einen Streit zwischen Hamburg und Niedersachsen geben könnte.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sage ich noch einmal: Ich habe in gewisser Weise Verständnis, daß man mit jugendlichem Elan gerne auf Konfrontation aus ist. Aber es kann auch schaden, und im Verhältnis zu Hamburg warne ich davor. Wir sollten mehr auf die Karte Kooperation setzen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, jetzt erteile ich Herrn Minister Jüttner das Wort.

Jüttner, Umweltminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die massiven Vorwürfe des Kollegen Klein veranlassen mich, zu zwei Dingen Stellung zu nehmen, weil das nicht im Raum stehenbleiben darf.

Erstens. Der Entwurf des Staatsvertrages mit Hamburg zum Thema Dasa-Erweiterung - - -

(Klein [GRÜNE]: Dazu habe ich gar nichts gesagt!)

- Sie haben gesagt: Wenn es um Hamburger Belange geht, ist Niedersachsen schnell dabei, über Staatsverträge zu reden. Aber in anderen Fällen backen wir kleine Brötchen.

(Klein [GRÜNE]: Das habe ich nicht gesagt! Das hat Herr McAllister gesagt! - Fischer [CDU]: Jetzt verwechseln Sie schon die Leute!)

- Meine Damen und Herren, warum denn diese Aufregung? - McAllister? - Na gut. Im Kern ist es ja auch egal, wer sich die Schimpfe abholt.

(Mientus [SPD]: Es war die Opposition, Wolfgang, da hast du recht!)

- Die Opposition hat sich vergaloppiert, und dafür kriegt sie jetzt welche zwischen die Hörner. Darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte zwei Dinge richtigstellen. Erstens. Beim Thema Dasa-Erweiterung reden wir über 5.000 bis 10.000 oder 11.000 Arbeitsplätze. Mein Kollege Fischer hat darauf hingewiesen, welcher Anteil davon auf Niedersachsen entfällt. Vor diesem Hintergrund nicht dafür zu sorgen, daß auch aus Naturschutzsicht eine angemessene Kompensation rechtzeitig ins Spiel gebracht wird, wäre fahrlässig, meine Damen und Herren.

Ich will nur darauf hinweisen - weil wir immer über die Schnelligkeit bei Verabredungen über Ländergrenzen hinweg diskutieren -, daß wir den Entwurf dieses Staatsvertrages innerhalb von vier Wochen zwischen Staatskanzlei, Umweltministerium und Hamburg ausverhandelt haben. Ich meine, daß das ein sinnvoller Beitrag ist, der der Metropolregion Hamburg und den niedersächsischen Belangen ebenfalls sehr helfen wird.

Die zweite Bemerkung; das ist allerdings von Herrn Klein gekommen. Herr Klein hat darauf hingewiesen, daß es Probleme mit der Deichsicherheit gibt, daß das nicht abschließend geklärt ist. Dazu will ich Sie auf folgendes aufmerksam machen, damit das auch entsprechend im Protokoll steht:

Die Niedersächsische Landesregierung macht die Erteilung ihres Einvernehmens zu der geplanten Ausbaumaßnahme davon abhängig, daß eine mit der Deichsicherheit, der Landeskultur und den niedersächsischen Naturschutzbelangen insgesamt abgestimmte Lösung gefunden wird. Dabei müssen die Interessen einzelner angemessen gewahrt bleiben. Auf fachlicher Ebene ist deshalb dem Vorhabenträger schon frühzeitig geraten worden, die Planungen rechtzeitig mit der für die Einvernehmensklärung zuständigen Bezirksregierung Lüneburg abzustimmen. Meine Damen und Herren, hier werden keine niedersächsischen Belange verschachert! Wir werden sorgfältig darauf achten, daß das abschließend gewährleistet ist, ehe Niedersachsen das Einvernehmen erklärt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, Herr Kollege McAllister hat zusätzliche Redezeit nach § 71 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung beantragt. Herr McAllister, ich erteile Ihnen das Wort für zwei Minuten.

McAllister (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Dr. Fischer, vielen Dank für Ihre Belehrungen. Sehr geehrter Herr Minister Jüttner, vielen Dank für Ihre Schläge. - Ich möchte für unsere Fraktion noch einmal eines festhalten, damit hier kein falscher Zungenschlag hineinkommt: Wir als CDU-Landtagsfraktion bekennen uns zur harmonischen Zusammenarbeit des niedersächsischen Umlandes mit der Freien und Hansestadt Hamburg.

(Beifall bei der CDU - Möhrmann
[SPD]: Das hört sich jetzt schon ganz anders an!)

Hätte es nicht CDU-Politiker wie Hans-Christian Biallas oder Martin Döscher gegeben, dann wäre der Landkreis Cuxhaven bis heute nicht Mitglied der Metropolregion Hamburg. Das will ich hier auch einmal festhalten. Von daher brauchen wir uns von Ihnen in keiner Form belehren zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Es ging uns um folgendes: Wir wollten mit der Diskussion über die Elbvertiefung die Niedersächsische Landesregierung dazu bringen, zu überlegen, sich einmal mit den Hamburgern zusammenzusetzen, einmal nach Hamburg zu fahren oder die Hamburger nach Hannover einzuladen,

(Beckmann [SPD]: Wir sitzen doch zusammen!)

um eine grundsätzliche Einigung über alle Verkehrsinfrastrukturprojekte in Norddeutschland zu erzielen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Herr Minister Dr. Fischer, Sie sagen, seit 1990 ist alles besser geworden. Ich sehe nur eines: Die S-Bahn von Neugraben nach Buxtehude ist nach wie vor in weiter Ferne, und die A 26 wird zum einen einspurig gebaut und zum zweiten irgendwo bei Horneburg, wahrscheinlich im Moor, enden, spätestens jedoch an der Hamburger Landesgrenze. Ich

sehe hier noch nicht so recht die Vorteile. Der Hamburger Oppositionsführer, der Kollege Ole von Beust, hat anlässlich eines Besuches in Belum

(Buß [SPD]: Auch verloren!)

auf dem Außendeich unsere Anregung aufgegriffen und gesagt, er unterstütze ausdrücklich einen Staatsvertrag zur A 26. Das sagt sogar ein Hamburger. Deshalb müssen Sie als Minister hier in Niedersachsen nicht hamburgerischer sein als die Hamburger selbst. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, auch Kollege Klein hat zusätzliche Redezeit beantragt. Bitte schön, Herr Klein! Ich erteile Ihnen eine Minute Redezeit.

(Zurufe von der SPD)

Klein (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine Minute reicht aus. Ich habe nur zwei Anliegen. Ich wollte noch einmal darauf hinweisen, daß unsere zentrale Kritik an diesem Antrag darin bestand, daß er nicht konkret ist, daß er nichts aussagt und daß er deshalb im Endeffekt nichts nützt. Ich habe zum Dasa-Vertrag selbst, um Ihr Differenzierungsvermögen ein wenig zu stärken, Herr Minister, überhaupt nichts gesagt. Nichtsdestoweniger haben wir uns natürlich damit beschäftigt. Wir haben mit unseren Freunden in Hamburg und mit denen vor Ort in Stade, Harburg usw. geredet.

(Senff [SPD]: Was haben die zwei denn gesagt?)

Das hat - das wissen sie ganz genau - uns dazu gebracht, daß wir im entsprechenden Ausschuß diesem Staatsvertrag zugestimmt haben. Ich weiß also nicht, in welche Richtung diese Kritik zielte.

Ein letztes Wort zu dieser unseligen A-26-Diskussion:

(Senff [SPD]: A 13 bitte schön!)

Ich habe dazu schon zu Anfang einiges gesagt. Lassen Sie uns doch endlich einmal wieder darüber reden, wie wir die Situation im Elbe-Weser-Dreieck verkehrlich vernünftig verbessern können.

Wir alle wissen doch, daß das über eine A 26 nicht gelingen wird,

(Senff [SPD]: Nicht allein!)

daß diese ganze Planung inzwischen relativ abgestürzt ist und daß daraus auch nichts werden wird. Wir sollten zu den Realitäten zurückkommen und uns anständig darüber Gedanken machen, wie wir in dieser Beziehung weiterkommen. - Danke schön.

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Klein. - Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Ich schließe damit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr in der Drucksache 298 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß das erste die Mehrheit war, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, wir haben beschlossen, außerhalb der Tagesordnung zwei Anträge zusammen zu beraten.

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

Erste Beratung:

Wehrmachtsausstellung in der Landeshauptstadt - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/327

und

Erste Beratung:

Ausstellung „Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ im Rathaus der Landeshauptstadt Hannover - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/329

Der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird von Kollegin Frau Harms eingebracht. Ich erteile ihr dazu das Wort. Bitte schön, Frau Harms!

Frau Harms (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hatte nicht erwartet, daß es notwendig sein würde, hier im Niedersächsischen Landtag strittig über diese Wehrmachtsausstellung, die jetzt im Rathaus stattfindet, zu debattieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich hatte auch nicht erwartet, daß dieser ganze Wust von ebenso pauschalen wie unhaltbaren Vorwürfen gegen die Ausstellung, ihre Macher und ihre Veranstalter in Hannover noch einmal neu aufgekocht werden würde. Ich ging eigentlich davon aus, daß Sie, Herr Wulff, als einer, der sich ja auf die Fahnen geschrieben hat, als „junger Wilder“ die Erneuerung der CDU zu betreiben, nicht derjenige sein würden, der dem Vorbild eines Herrn Gauweiler nacheifert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Traurig, aber wahr: Sie, Herr Wulff, der Herr Gauweiler und andere CDU-Politiker machen die Ausstellung schlecht, obwohl Sie wissen, daß Sie mit ihrer unseriösen Kritik rechte Gruppen, rechte Politik ansprechen und erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Möglicherweise üben Sie sogar immer wieder diese Kritik, weil Sie die neue Rechte ansprechen und erreichen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von der CDU: Unverschämtheit!)

Herr Wulff, was haben Sie sich eigentlich dabei gedacht, daß Sie pünktlich zum 9. November in diesem Jahr mit diesen Angriffen herausgekommen sind?

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist wirklich ungeheuerlich!)

Möglicherweise haben Sie genausowenig oder genau dasselbe gedacht wie ein Herr Lummer, der jetzt versucht, mit einer Gruppe von offensichtlich Rechtsextremen in Israel einzureisen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Möglicherweise haben Sie genausowenig oder genau dasselbe gedacht wie ein Herr Scheel bei dem Versuch, aus der Landeszentrale heraus die Verbrechen der Wehrmacht durch Verbreitung von rechter Propaganda über die Rote Armee zu relativieren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Biallas [CDU]: Unverschämtheit! - Unruhe bei der CDU)

Herr Wulff, was auch immer Sie sich dabei gedacht haben mögen, Sie inszenieren sich in dieser ganzen Sache alles andere als jung und wild. Schwamm drüber! Sie inszenieren sich in den letzten Tagen ewig gestrig.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Alles Gerede über Schwarz-Grün, das ja in Ihrer Partei zur Zeit Konjunktur hat, können Sie an dieser Stelle wirklich vergessen. Sie sind in den letzten Tagen sehr weit weg von Schwarz-Grün, und Sie sind verdammt nah an Schwarz-Braun.

(Lindhorst [CDU]: Das ist eine Saurei! - Klare [CDU]: Was wollen Sie mit dieser Rede erreichen? Sie hetzen in übelster Form! Sie hetzen noch schlimmer als die neue Rechte! - Anhaltende Unruhe bei der CDU)

- Meine Herren, Sie können jetzt ruhig krakeelen. Ihr Vorsitzender hat den Grund für diese Aussprache geliefert. Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Ich habe mich an eine historische Situation erinnert, in der eine Beate Klarsfeld einen Herrn Kiesinger mit sehr viel Grund geohrfeigt hat. Ich habe mich in den letzten Tagen an diese Situation erinnert.

Ich will jetzt noch einmal trotz Ihrer Krakeelerei versuchen, auszudrücken, warum wir als Grüne und warum - das glaube ich jedenfalls - die SPD in diesem Landtag diese Ausstellung im Rathaus für unverzichtbar halten.

(Klare [CDU]: So etwas disqualifiziert sich selbst!)

Herr Klare, die Verbrechen, die von Angehörigen der Wehrmacht im Krieg begangen wurden, waren durchaus auch vor der Ausstellung des Hamburger

Institutes bekannt. Und doch rühren die Bilder in dieser Ausstellung etwas völlig Neues auf. Die Fotos dieser Ausstellung zeigen Verstrickung völlig neu. Sie zeigen Verstrickung, die jeden in diesem Land treffen kann. Denn es gibt keine Familie, die nicht einen Vater, einen Großvater oder einen Onkel an der Front hatte. Ich glaube, daß sich aus dieser Betroffenheit über Verstrickung auch die Vehemenz und das Nachhaltige und das Aufgeregte in der Diskussion über diese Ausstellung ergeben.

(Oestmann [CDU]: Welche Verstrickungen meinen Sie denn jetzt?)

- Vielleicht sollten Sie einmal in diese Ausstellung gehen – das kann ich Ihnen nur raten -,

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

bevor Sie sich weiterhin zu irgendwelchen unhaltbaren Zwischenrufen hier versteigen; denn das eine, womit uns diese lange verschlossene gehaltenen Bilder konfrontieren, ist die Brutalität des Vernichtungskrieges. Sooft ich selber beruflich in Gedenkstätten gewesen bin, im Bundesarchiv in Koblenz, in den National Archives oder in Yad Vashem, haben mich Fotos oder Filme über die Verbrechen, über die Greuel des Nationalsozialismus immer wieder wirklich erschüttert und mich immer wieder neu angegriffen.

(Fischer [CDU]: Glauben Sie denn uns nicht?!)

- Hören Sie mir einmal zu! - Das eigentlich Skandalöse in der Auseinandersetzung um diese Ausstellung – Herr Kollege Wulff, auch das eigentlich Skandalöse an Ihrem Agieren – ist, daß Sie und andere dieses unermeßliche Leid, dieses wirklich kaum nachvollziehbare, dieses unvorstellbare Leid, das anderen Menschen angetan worden ist, beiseite schieben

(Heftiger Widerspruch bei der CDU – Wulff (Osnabrück) [CDU]: Unglaublich! Das ist das Allerletzte, was Sie sich hier erlauben! – Zuruf von der CDU: Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe)

und eine mögliche Ungerechtigkeit gegenüber Wehrmachtssoldaten zum zentralen Thema der Auseinandersetzung machen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Frau Pawelski [CDU]: Das hält man ja nicht aus!

Herr Wulff, das Leid der gefolterten und ermordeten Kinder, das Leid der gefolterten und ermordeten Frauen und Kriegsgefangenen

(Klare [CDU]: Wollen Sie provozieren, oder wollen Sie in der Sache argumentieren?)

- hören Sie mir zu, dann verstehen Sie das! -

(Unruhe bei der CDU)

hören Sie mir zu, dann verstehen Sie das! -

(Anhaltende Unruhe bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

scheint Ihnen nicht so wichtig zu sein.

(Heftiger Widerspruch bei der CDU)

Herrn Wulff, lesen Sie Ihre Äußerungen, die von Ihnen zu Unrecht behauptete pauschale Verunglimpfung der Wehrmacht, nach! Ihnen sind da die Betonung, die Schwerpunkte verrutscht. Ich wünschte, Herr Wulff, Sie hätten geschwiegen.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD – Wulff (Osnabrück) [CDU]: Unglaublich!)

Oder wären Sie doch, Herr Wulff, bevor Sie den Mund dazu aufgemacht hätten, am Sonntag in die Ausstellung gekommen, hätten sich dort die Eröffnungsreden angehört – Herrn Wernstedt, Herrn Schmalstieg; ich war stolz auf diese Redner – und hätten sich die Bilder angeschaut! Dann wüßten Sie vielleicht besser, was neben dem Leid, neben dem Tod der Opfer für uns Deutsche durch diese Ausstellung neu zu reflektieren und neu zu diskutieren ist.

Es geht wieder, aber unter einem neuen Aspekt, um die Frage der Verantwortung des einzelnen. Die Ausstellung zeigt, daß Soldaten mehr getan haben als ihre Pflicht. Wie soll das auch anders sein?! Wie soll in einem Vernichtungskrieg – das frage ich mich jedenfalls – eigentlich zwischen Pflicht und Verbrechen unterschieden werden können?! Diese Frage zu stellen, wie die Ausstellung es macht, heißt nicht, wie Sie behaupten und den Machern der Ausstellung unterstellen, daß jeder Soldat der Wehrmacht ein Verbrecher war.

Die Ausstellung dokumentiert in aller Härte, daß die Wehrmacht tatsächlich eine der Säulen und ein Instrument zur Vernichtung der Juden und vieler anderer Menschen war. Die meisten Fotos – das ist das Interessante, auch das Neue an dieser Ausstellung – sind von Wehrmachtssoldaten gemacht worden, Erinnerungsfotos, Schnappschüsse. Soldaten posieren da vor grauenhaften Szenen. Es ist fast wie bei einer Jagd, einer Hasenjagd, einer Treibjagd. Die Soldaten posieren da und können offensichtlich nicht unterscheiden zwischen den Szenen einer Safari und dem, was sich im Hintergrund dieser Bilder, dieser Schnappschüsse abspielt, was nämlich nichts anderes ist als Mord.

Wer diese Fotos sieht, der stellt sich die Frage nach der Verantwortung der Mitläufer im Nationalsozialismus wieder neu. Die Grenzen, die Übergänge zwischen Mitläufern, Mitwissern und Täter sind fließend. Auch das ist nicht neu, aber wichtig.

Wie sollen wir Schuld bestimmen? Muß einer den Finger am Abzug gehabt haben, muß einer die Schlinge um den Hals gelegt haben, oder reicht es auch, wenn einer den Auslöser seiner Leica betätigt hat, um über Mitschuld zu reden?

Die Bilder konfrontieren uns damit, daß nicht alles im Krieg Indoktrination und Zwang gewesen ist. Die Bilder, aufgenommen von Soldaten, konfrontieren nicht mit Zwang und Gehorsam, so wie das in Ihrem Antrag unterstellt wird. Das Erschütternde an den Fotos ist: Sie lassen Zustimmung von Soldaten spüren.

Damit, Herr Kollege Wulff, genau damit müssen wir uns befassen, und wir müssen dafür sorgen, daß sich möglichst viele Menschen damit befassen. Damit sich die Geschichte eben nicht wiederholt, ist diese Auseinandersetzung mit dem, was in Menschen steckt, was in uns steckt, immer wieder notwendig. Das dürfen Sie und werden Sie und auch andere CDU-Politiker, sooft sie es auch versuchen, nicht verhindern.

Mein Dank, unser Dank gilt den Organisatoren und Schirmherren der Ausstellung auch hier in Hannover, die sich von Ihnen und Ihren Leuten in keiner Weise haben beirren lassen. – Danke.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, mir liegt jetzt eine Wortmeldung des Kollegen Gabriel vor. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege Gabriel.

(Biel [SPD]: Der Wulff ist dumm und muß noch eine Menge lernen! – Gegenruf von Frau Pawelski [CDU]: Sie sind blöd, wenn Sie so etwas sagen – in so einer Stunde, muß ich ehrlich sagen! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Gabriel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zuerst einmal sagen, daß ich froh darüber bin, daß der Niedersächsische Landtag heute bereit war, die Tagesordnung sehr kurzfristig zu ändern und über die derzeit laufende Ausstellung „Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ im Rathaus der Landeshauptstadt Hannover zu diskutieren. Der Landtag in Niedersachsen stellt sich damit auch der sicherlich nicht einfachen Diskussion um den Umgang der Nachkriegsgenerationen mit dem schlimmsten Kapitel der deutschen Geschichte. So schwierig und so emotionsgeladen diese Auseinandersetzung auch sein mag, es ist richtig und wichtig, daß wir uns gemeinsam zu einer politischen Beratung hier und heute entschieden haben.

Warum ist aus meiner Sicht und aus der Sicht der SPD-Fraktion die sogenannte Wehrmachtsausstellung so wichtig, und was lehrt uns diese Ausstellung?

Erstens. Diese Ausstellung lehrt uns, daß es in einem verbrecherischen und menschenverachtenden Regime wie dem Nationalsozialismus keine Chance gibt, sauber zu bleiben. Jede Institution, jeder Verein, jede gesellschaftliche Organisation wird von diesem verbrecherischen Regime vereinnahmt und zu Terror, Folter und der Ermordung Unschuldiger benutzt. Keine Tradition und auch keine traditionellen soldatischen Tugenden wie Heldentum und Tapferkeit können davor schützen.

Zweitens. Die Ausstellung lehrt uns, daß Kriege nie menschlich zu führen sind, vor allem dann nicht, wenn sie mit einer menschenverachtenden Agitation und mit pseudowissenschaftlicher Rechtfertigung verbunden werden. Dann entfesseln sie die Bereitschaft der Menschen zu Folter und Mord

und verdrängen jedes Bewußtsein von Menschlichkeit und Mitleid.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dies ist wahrlich keine Entschuldigung, auch keine für die Greuelthaten von Wehrmachtsangehörigen, aber es ist eine Erklärung, die hilft zu verstehen, worum es uns auch heute noch gehen muß, nämlich um die Zivilisierung internationaler Konflikte,

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der CDU)

und daß diese Zivilisierung die Hauptaufgabe einer Politik ist, die sich an der Achtung der Menschenrechte und am Schutz von Freiheit und Demokratie orientiert.

Drittens. Die Ausstellung räumt auf mit den zum Teil selbstgestrickten Legenden über den angeblich reinen Schild der Hitler-Wehrmacht. Ich komme aus einer Stadt, in der bis heute in der Innenstadt eine Tafel mit der Aufschrift hängt, daß in dem betreffenden Haus der Schöpfer der deutschen Panzerwaffe, Generaloberst Guderian, gewohnt habe – so als sei die Panzerwaffe eine zivile Erfindung wie eine Schreibmaschine oder ein Auto. Tatsache ist, daß die Panzerwaffe genutzt wurde, um ein Ziel zu erreichen: andere Länder zu erobern. – Erst mußte man Polen erobern, damit man Auschwitz bauen konnte!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich weiß deshalb, wie schwer es fällt – auch bei uns in der Stadt –, sich mit diesem Spannungsverhältnis zwischen Angehörigen des Bataillons und deren Nachfahren oder Enkeln und Kindern, die sozusagen eine ganz andere Erinnerung an Guderian haben, und der anderen Seite auseinanderzusetzen, die Leute wie Guderian als Feldherrn und Eroberer und als Menschen kennengelernt haben, die die Voraussetzung für Folter und Verbrechen geschaffen haben.

Die Ausstellung konfrontiert uns natürlich und konfrontiert ehemalige Wehrmachtsangehörige, die zwischen 1939 und 1945 in gutem Glauben gekämpft haben, mit der historischen Wahrheit. So selbstverständlich, wie heute niemand so tun darf, als wisse er von sich genau, er hätte damals anders gehandelt, kann heute niemand mehr behaupten, er

wisse auch heute noch nicht, was damals tatsächlich passiert ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Viertens. Mit dieser Ausstellung ist auch die Ehrung der Opfer durch dieses Bekenntnis zur historischen Wahrheit verbunden. Sie macht die Opfer nicht mehr lebendig oder gesund, aber sie zeigt doch, daß sich die Generation der Täter - seien sie schuldhaft oder auch schuldlos - zu den Taten bekennt, die passiert sind, und die Generationen der Kinder und Enkel dazu bekennen, daß sie die Verantwortung dafür haben, daß sich diese Taten nie mehr wiederholen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der CDU)

Dieses Bekenntnis ist vielleicht die einzige Ehrung, die man den Opfern von Völkermord und Folter überhaupt erweisen kann.

Fünftens. Die Ausstellung lehrt uns noch einmal, daß der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung gewesen ist,

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der CDU)

und zwar vor allen Dingen für uns nachfolgenden Generationen. Für uns war es die größte Befreiung.

Wir wollen diese Lehren aus der Ausstellung ziehen und die Landeshauptstadt Hannover sowie die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Veranstaltungsprogramm rund um die Wehrmachtsausstellung mit der heutigen Diskussion und mit unserem gemeinsamen Entschließungsantrag von Grünen und SPD unterstützen. Der Antrag von SPD und Grünen ist kurz und präzise und macht deutlich, daß es weder bei der Ausstellung noch bei der heutigen Diskussion hier im Landtag um eine pauschale Verurteilung aller Angehörigen der Wehrmacht geht. Wer diese Behauptung einer pauschalen Verurteilung erhebt, kennt entweder die Ausstellung nicht oder versucht, sich durch diese Notlüge einer Auseinandersetzung mit der historischen Wahrheit zu entziehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zu dem Antrag der CDU-Fraktion zum gleichen Thema machen. Ich weiß, daß es sich um den Text einer gemeinsamen Entschließung aus Bremen von SPD und CDU, glaube ich, handelt.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Der Wunsch nach einer gemeinsamen Entschließung ist verständlich und auch gut. Aber dieser Wunsch nach Gemeinsamkeit darf nicht dazu führen, daß Positionen, die in Wahrheit weit auseinanderliegen, durch Formelkompromisse verdeckt werden. Im Falle von 60 Millionen Kriegstoten und unendlichem Leid geht Klarheit vor Einigkeit. Deshalb müssen wir sorgfältig prüfen, wie unsere Formulierungen - sowohl bei der SPD und den Grünen als auch bei der CDU - gemeint sind und interpretiert werden können. Ich möchte deswegen einige Bemerkungen zu meinen Interpretationen des CDU-Antrages machen. Ich sage ausdrücklich: Sie müssen nicht richtig sein. Aber jedenfalls so sind sie bei mir angekommen.

Die Formulierung in dem CDU-Antrag „Die Kriegsführung im Osten ging über die ‚normale‘ Kriegsführung weit hinaus“ halte ich für problematisch. Nicht nur die Kriegsführung und der Kriegsverlauf und bei weitem nicht nur im Osten Europas waren verbrecherisch, sondern bereits der Kriegsbeginn und der Krieg selbst.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der CDU)

Der Überfall auf Polen am 1. September 1939 war der Beginn des verbrecherischen Krieges, nicht der Beginn des Verbrechens, wie wir alle wissen. Er hat den Völkermord vorbereitet. Dieser Angriffskrieg mit der pseudowissenschaftlichen Legitimation „Volk ohne Raum“ war die Voraussetzung für Auschwitz. Die Wehrmachtsführung hat sich nicht erst durch den Kriegsverlauf und die Kriegsführung schuldig gemacht, nicht erst durch Terror und Erschießungskommandos, sondern sie hat von Anfang an, vom ersten Tag an einen verbrecherischen Angriffskrieg unterstützt.

(Zustimmung von Nolting [SPD])

Der zweite Absatz im Antrag der CDU läßt zumindest die Interpretation zu, als fände in der Wehrmachtsausstellung eine pauschale Verurteilung aller 18 Millionen deutschen Soldaten statt. Dieser Absatz im Zusammenhang mit der Ausstellung ist

nach meinem Empfinden deshalb fehl am Platz. Die Ausstellung verurteilt überhaupt nicht pauschal, aber sie zwingt eben zur Stellungnahme zu den historischen Realitäten.

Auch die Auseinandersetzung im CDU-Antrag mit den Ursachen und Wirkungen der Wehrmachtsverbrechen bleibt vage und unkonkret. Der Hinweis auf die verbrecherischen Befehle, denen sich deutsche Soldaten zu stellen hatten, geht nach meinem Verständnis am eigentlichen Problem des Faschismus und der Verstrickung der Wehrmacht in einen Angriffskrieg vorbei. Das Problem des Nationalsozialismus in seiner historischen Aufarbeitung ist doch nicht der Befehlsnotstand, sondern sind die freiwillige Teilnahme und die aktive Unterstützung vieler Menschen und lange Zeit der Mehrheit bei der Rassendiskriminierung, die in der Konsequenz den Völkermord zur Folge hatte. Es wäre fast schon schön, wenn man hinterher in der historischen Betrachtung sagen könnte: „Die haben da alle mitgemacht, weil immer ein Gewehrlauf hinter ihnen drohte.“ Das Hauptproblem in der Aufarbeitung des Faschismus ist - das unterscheidet ihn übrigens von einer Militärdiktatur -, daß genau dies nicht der Fall war. Ich habe in Auschwitz nie verstanden, daß das offensichtlich ganz normale Menschen waren, die vormittags und nachmittags Menschen umbrachten und am Abend mit den Kindern spielten und ganz normale Feiern durchführten - ganz normale Menschen! Das ist sozusagen das nicht zu Verstehende, nicht die Drohung, die sie dazu gezwungen hat.

Tatsache ist, daß viel mehr Menschen gewußt haben, was dort passiert, und daß die Fotografen der Wehrmachtsausstellung in den stolzen Posen und in der vielfachen Verbreitung der Fotografien unter den Wehrmachtsangehörigen deutlich gemacht haben, wie groß die Unterstützung bei diesen Mordtaten gewesen ist.

Der Hinweis in dem CDU-Antrag auf den Widerstand von Wehrmachtsoffizieren und Wehrmachtsangehörigen gegen Hitler ist richtig. Aber dieser Widerstand von Wehrmachtsmitgliedern wurde millionenfach publiziert und gehört Gott sei Dank zum Allgemeingut unseres Geschichtsunterrichts. Ganz anders sieht es aus mit den Verbrechen der Wehrmacht. Deshalb muß dieser Teil der Geschichte nunmehr genauso in den Mittelpunkt und in das Licht der Öffentlichkeit gerückt werden wie der ehrenvolle Widerstand von einigen Angehörigen der Wehrmacht. Wir dürfen den Ehrennamen

Graf Stauffenbergs nicht dazu mißbrauchen, uns vor dieser Auseinandersetzung zu drücken.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich aber auch sagen, daß ich den letzten Absatz des CDU-Antrages ausdrücklich unterstütze. Die Tradition der Bundeswehr ist die Bundeswehr und nicht die Wehrmacht. Das gilt übrigens auch für die allgemeine Wehrpflicht. Aber gerade deshalb dürfen Vorfälle, wie es sie jetzt in der Landeszentrale für politische Bildung bei Seminaren mit Bundeswehrangehörigen gegeben hat, eben nicht auf die leichte Schulter genommen werden.

Zum Schluß etwas zu der heftigen Auseinandersetzung eben in der Debatte. Ich habe deutlich gemacht, daß ich Interpretationen des CDU-Antrages für möglich halte, die ich nicht teile. Ich glaube, es ist auch klar, daß ich die Äußerungen des Kollegen Wulff in der Öffentlichkeit für politisch hochgradig schwierig und falsch halte. Aber eines ist auch klar: Die Christlich-Demokratische Union nicht nur hier im Landtag, sondern in der Bundesrepublik Deutschland steht nicht am rechten Rand des politischen Spektrums und hat mit Rechtsradikalen nichts gemein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich meine, daß wir diese Debatte nicht zum politischen Schlagabtausch mißbrauchen dürfen, weil es in der Bundesrepublik auf dem linken wie auf dem rechten Spektrum bei den demokratischen Parteien Auseinandersetzungen gibt, die ganz normal sind. Die Konservativen in Deutschland haben aufgrund ihrer Tradition ein nach meinem Eindruck schwieriges Verhältnis zu den früher angeblich vorhandenen soldatischen Tugenden. Ich halte diese Debatte für schwierig, weiß aber auch, daß die Diskussion beispielsweise um die SED-Nachfolgeorganisation PDS auch auf der anderen Seite des demokratischen Spektrums eine schwierige Auseinandersetzung ist. Das sage ich ganz bewußt. Wir sollten diese Auseinandersetzung bei der SPD, bei den Grünen und auf der anderen Seite bei der CDU offensiv und sachbetont führen, um sie zu klären. Aber sie hat nichts damit zu tun, daß die eine Seite des politischen Spektrums sozusagen in die Nähe des Linksradikalismus oder der SED geschoben wird, und sie hat auch nichts damit zu tun, daß die

andere Seite des politischen Spektrums, die Probleme mit der Aufarbeitung ihres Verhältnisses zu diesen soldatischen Tugenden hat, in die Nähe von Rechtsradikalen gerückt wird. Damit tun wir uns allen keinen Gefallen. Bei aller notwendigen Schärfe in der Auseinandersetzung: Das hat auch die CDU im Landtag nicht verdient.

(Starker Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Kollege Gabriel. - Meine Damen und Herren, jetzt hat der Kollege Gansäuer um das Wort gebeten.

(Zuruf von der SPD: Nicht Wulff?)

Gansäuer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will das vorab sagen: Bei dieser Debatte – wer sich um historische Wahrheit bemüht, kann das nicht bestreiten – geht es nicht um Schwarz oder Weiß, geht es auch nicht um nur Schuld oder nur Unschuld, und es geht auch nicht nur um Wahrheit oder Wahrheit verbiegen, sondern leider sind die Dinge viel komplizierter. Ich hätte mir sehr gewünscht, daß wir heute so, wie im Deutschen Bundestag zweimal vor wenigen Monaten geschehen, eine Debatte geführt hätten, die nicht mit einer solchen Rede begonnen hätte wie der Ihren, Frau Harms.

(Starker Beifall bei der CDU)

Wichtig ist – damit möchte ich an das anknüpfen, was der Kollege Gabriel hier gesagt hat -, daß wir heute mit Respekt, Achtung, Trauer und Anerkennung angesichts von Millionen Opfern über die Vergangenheit in der Zeit des Nationalsozialismus miteinander reden. Für mich gibt es auch gar keine andere Möglichkeit; denn ich rede mit dieser Rede über einen Teil meiner eigenen familiären Vergangenheit.

(Beifall bei der CDU)

Wir Deutsche haben es auch sehr nötig, mit sicht- und hörbarer Ernsthaftigkeit über diese Probleme zu reden, weil die Heftigkeit der Auseinandersetzungen, z. B. auch über diese Ausstellung, am Ende eigentlich ein beeindruckender Beleg – ich hätte fast gesagt: vor den Augen der Welt – dafür ist, wie wenig es uns in diesen 55 Jahren nach dem

Kriege in Wahrheit gelungen ist, diesen Teil unserer Vergangenheit tatsächlich gemeinsam aufzuarbeiten.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Aufarbeitung aber kann meines Erachtens nur gelingen, wenn wir drei Dinge tun:

Erstens. Wir dürfen nicht der Versuchung unterliegen, diese Ausstellung – ich sage das ganz bewußt über alle Parteien hinweg – für parteipolitische Zwecke zu instrumentalisieren. Dies wäre nämlich eine Diskreditierung der Opfer des Zweiten Weltkrieges, die wir nicht verantworten können.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD)

Zweitens. Jedes Aufrechnen von Schuld ist völlig inakzeptabel.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Die Deutschen haben ihre Vergangenheit zu bewältigen, was uns sichtbar immer noch schwerfällt, so wie andere ihre Vergangenheit zu bewältigen haben.

Drittens. Wir müssen jede Pauschalierung vermeiden. Es darf weder pauschale Freisprüche noch etwa pauschale Beschuldigungen geben. Das eine wäre nämlich in Wahrheit so ungerecht wie das andere.

Helmut Schmidt hat einmal im Zusammenhang mit dieser Debatte gesagt: Es gibt kein kollektives Gewissen, es gibt nur ein persönliches Gewissen. Es gibt keine kollektive Schuld, es gibt nur eine ganz persönliche Schuld. Und schon gar nicht gibt es eine kollektive Schuld der Deutschen.

(Beifall bei der CDU)

Ob man der Meinung von Helmut Schmidt beipflichten will oder nicht, lasse ich dahingestellt, weil man insbesondere auch über den letzten Halbsatz nachdrücklich streiten kann. Aber mit diesem Satz beschreibt er meines Erachtens die Problematik dieser Ausstellung, denn sie umfaßt nur – das ist nicht zu bezweifeln – ein Teilsegment dieser schrecklichen Zeit und setzt sich auf diese Art und Weise wahrscheinlich sogar ungewollt dem Verdacht aus, alles andere interessiere die Initiatoren nicht.

Damit ich nicht mißverstanden werde, nein, damit ich richtig verstanden werde: Ich beteilige mich nicht an der Diskussion - die in Deutschland auch geführt wird - darüber, ob diese Ausstellung in allen ihren Teilen die damaligen Ereignisse korrekt darstellt oder nicht. Denn, meine Damen und Herren, wer sie gesehen hat - ich habe sie mir vor dieser Debatte extra angesehen -, der muß sagen: Wenn nur 50 % dessen, was da dargestellt wird, wahr ist, nein, wenn nur Bruchteile dessen wahr sind, dann haben wir Deutsche uns gemeinsam für diese Vergangenheit zu schämen!

(Starker Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im übrigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, umfaßt sie, soweit ich weiß, in weiten Teilen richtig dargestellte Tatbestände, die ebenso eindrucksvoll wie grausam belegen, daß dieser Krieg in Wahrheit jede Vorstellung von der Verletzung der Menschenwürde total gesprengt hat. Insbesondere deshalb ist es so bedauerlich, daß sie auf sehr viele objektive Besucher - ich hoffe, daß ich dazu zählen kann - den Eindruck macht, daß die deutsche Wehrmacht in ihrer Gesamtheit an solchen Dingen beteiligt gewesen sein könnte. Ich will nicht ungerecht sein: Auch wenn dies nicht beabsichtigt war, wäre es gut gewesen, wenn die Initiatoren in der Ausstellung an irgendeiner Stelle zum Ausdruck gebracht hätten, daß diese Verbrechen - leider oder Gott sei Dank; wie man will - nur von einem Bruchteil der 18 Millionen Soldaten begangen worden sind.

Wer sich in diesem Zusammenhang um Gerechtigkeit bemüht, der hätte z. B. auch einmal darstellen müssen, wie sehr die meisten Soldaten unter diesem Krieg nicht nur physisch, sondern auch psychisch gelitten haben. Ich finde, daß man vielleicht auch hätte darstellen sollen, daß Millionen Soldaten der Wehrmacht, die aus der Gewerkschaftsarbeit - wir dürfen doch nicht vergessen, daß das unsere Väter und Großväter waren -, aus den Kirchen und aus der Sozialdemokratie kamen, mit ungeheuren Gewissenskonflikten gelebt haben und zum größten Teil auch heute noch leben. Wer aber solche Gesichtspunkte völlig außen vor läßt, sie nicht einmal erwähnt, der läuft eben Gefahr, neues Unrecht zu schaffen, was ich nicht möchte, weil man dadurch in Wahrheit die historische Aufarbeitung verhindert.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich sage das vor allem deshalb, weil - das müssen wir uns in der Beschaulichkeit unserer heutigen Demokratie vor Augen führen - noch keine einzige Generation in der deutschen Geschichte schändlicher und brutaler mißbraucht wurde als genau diese Kriegsgeneration. Das ist doch die Wahrheit, um die es geht. Noch nie in der Menschheitsgeschichte mußte von einer Generation - was im übrigen gerade auch für die Frauen gilt, Frau Harms - so viel Leid ertragen werden. Noch nie sind so große Teile einer Generation so jung gestorben.

Wir Deutschen werden wahrscheinlich damit leben müssen - das will ich auch sagen -, daß wir persönliche Schuld oft nur unvollkommen zuordnen können. Aber die Folgewirkungen der in dieser Ausstellung dargestellten Greuelaten wären verheerend, wenn wir ihren Ursachen nicht nachgingen, um für die Zukunft vorzusorgen. Denn der Glaube, daß unsere Zeit allein aus sich selbst heraus solche Greuelaten verhindern könnte, wird in Irland und auf dem Balkan widerlegt.

Meine Damen und Herren, wenn man sich das ganz klarmacht, dann reden wir hier - ich sagte das schon - über unsere Väter und Großväter. Genau das fiel mir ein, als ich die Ausstellung besuchte und die Bilder sah. Wir alle kennen uns - trotz unterschiedlicher Meinung - zum Teil seit vielen Jahren. Deshalb will ich das auch ganz persönlich sagen. Als ich diese Ausstellung sah, fiel mir meine Kindheit ein. Sie wissen, ich bin im Februar 1944 geboren. Mein Vater ist fünf Wochen später, im März 1944, in Rußland gefallen. Ich erinnere mich sehr genau: Ich fand es immer beeindruckend, daß andere Kinder im Kindergarten von ihren Vätern abgeholt wurden. Ich konnte nicht von meinem Vater und auch nicht von meiner Mutter abgeholt werden. Denn meine Mutter mußte für unseren Lebensunterhalt sorgen und zu der Zeit noch arbeiten.

Als ich in die Schule ging und mich mit politischen, gesellschaftlichen und geschichtlichen Fragen beschäftigte - mir stand das heute in dieser Ausstellung richtig plastisch vor Augen -, habe ich abends oft meine Mutter gefragt: Wie war das eigentlich möglich? Ich habe sie auch gefragt: War denn mein Vater ein Nazi? Hat er im Krieg Menschen getötet? Warum habt ihr nicht engagierter Widerstand geleistet? - An meinem 21. Geburtstag schenkte mir meine Mutter einen Stapel Briefe meines Vaters, die er aus Rußland geschrieben hatte. Wenn diese Briefe von der Gestapo abgefan-

gen worden wären, wäre er wahrscheinlich erschossen worden.

All das schoß mir durch den Kopf, als ich diese Bilder in dieser Ausstellung sah. Ich habe mich gefragt, wie wertvoll diese Ausstellung doch sein könnte, wenn sie die Gefühle und Empfindungen solcher Menschen, wie es auch mein Vater war, ausdrücken würde. Denn die allermeisten der 18 Millionen Soldaten haben ganz sicher genauso gedacht wie mein Vater.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Gräfin Dönhoff hat im letzten Jahr gesagt: „Alles, was in dieser Ausstellung dargestellt wird, beruht auf der Wahrheit. Aber die geschilderte Wahrheit ist eine Teilwahrheit, die durch Generalisierung zur Lüge wird.“ - Ich teile die letzte Bemerkung ausdrücklich nicht. Denn Wahrheit ist Wahrheit, und an dieser kommt man nicht vorbei. Aber das Ausblenden dessen, was ich eben von mir geschildert habe, entwertet diese Ausstellung - für mich jedenfalls - in einem ungewollten Maße. Ich fände es für den Gesamtzusammenhang wichtig, daß auch dies - wie auch immer - dargestellt würde.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend meine Generation und die jüngeren Generationen vor Selbstgerechtigkeit und Überheblichkeit warnen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich darf auch das einmal ganz persönlich sagen. Rolf Wernstedt, der sich auch viel mit historischen Fragen befaßt hat und mit dem ich über diese Fragen auch sehr gerne diskutiere, weiß - wie viele andere im Hause auch -, daß die Umstände der damaligen Zeit, durch die Brille von heute betrachtet, kaum nachvollziehbar sind. Die Situationen - Herr Gabriel hat es angesprochen -, denen die Menschen ausgesetzt waren, sind bei uns Gott sei Dank undenkbar. Die Bedrohung des eigenen Lebens, die Bedrohung der eigenen Familie - all das fand damals statt. Deshalb sollte sich niemand, der dies nicht persönlich erlebt hat, über diejenigen von damals erheben, weil er die Zeit und die Umstände selbst nicht einzuschätzen vermag, auch wenn er es selbst will.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe am Ende dieser Debatte eine herzliche Bitte. Es liegen zwei Anträge vor. Der eine Antrag ist von den Fraktionen der SPD und der Grünen vorgelegt worden. Der andere ist von uns. Er ist in der Bremischen Bürgerschaft zusammen mit der SPD-Fraktion verabschiedet worden. Das heißt, es ist genau derselbe Text wie in dem Antrag, den die Fraktionen der CDU und der SPD in der Bremischen Bürgerschaft beschlossen haben. Wenn ich beide Texte nebeneinanderlege, die Bedeutung, um die es in diesem Zusammenhang geht, sehe, und mir vor Augen führe, daß wir Demokraten angesichts unserer Vergangenheit auch mit Blick auf die junge Generation eine große Verpflichtung für die Zukunft haben, dann kann ich mir nicht vorstellen, daß es unmöglich ist, aus diesen beiden Anträgen im Laufe der Beratung einen Antrag zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Für alles, was uns wertvoll ist, wäre dies ein Segen. Ich hoffe, daß jeder von uns abseits der Tagespolitik die innere Kraft dazu aufbringt. - Ich danke Ihnen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Mir liegen zwei Wortmeldungen vor. Ich habe zunächst die Wortmeldung von Frau Harms gesehen. Aber Herr Gabriel hat sich auch gemeldet. Könnten Sie sich verständigen? - Bitte sehr, Herr Gabriel.

(Senff [SPD]: Herrn Wulff hätte ich gern gehört! - Gegenruf von Frau Pawelski [CDU])

Gabriel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir von der SPD und den Grünen sind der Auffassung, daß es wenig Sinn macht, den normalen Beratungsgang zu organisieren. Denn bis zur nächsten Plenarsitzung, wo es möglich wäre, einen gemeinsamen Antrag zu verabschieden, ist die Ausstellung beendet. Deswegen sind wir bis vor einigen Minuten davon ausgegangen, daß es hier zu einer sofortigen Abstimmung kommt.

Allerdings - das sage ich ausdrücklich - teile ich - sicherlich auch Frau Harms - die Auffassung von Herrn Gansäuer, daß es - wie sagen Sie gelegentlich? - den Schweiß des Edlen wert wäre, sich zu

bemühen, einen gemeinsamen Text zu organisieren. Deswegen schlagen wir vor, das bis morgen zu versuchen, wenn es von der Tagesordnung her möglich ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich gehe davon aus, daß es jedenfalls den Rednern zum heutigen Tagesordnungspunkt gelingen wird, das auch hinzubekommen, wenn sie sich darum bemühen und auch selbst Hand anlegen und den Schweiß selbst vergießen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist unser Vorschlag, Herr Präsident. Ob das nach der Geschäftsordnung geht, wissen immer nur die parlamentarischen Geschäftsführer. Ich weiß das nicht. Deswegen müssen Sie das entscheiden.

Vizepräsident Jahn:

Gegebenenfalls bekommen wir das auch ohne parlamentarische Geschäftsführer hin, wenn das Haus einverstanden ist. - Zunächst hat Frau Harms das Wort. Bitte sehr!

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann diesem Vorschlag von Herrn Gabriel zustimmen. Wir waren von vornherein für eine sofortige Abstimmung wegen der begrenzten Dauer der Ausstellung in Hannover. Ich habe jenseits dieses Versuches einer Abstimmung zu einem gemeinsamen Text den Wunsch, daß der Landtagspräsident in jetzt schon gewohnter Tradition zu einer weiteren Diskussion - einer Nachbearbeitung - dieser Debatte in diesem Parlament einlädt.

(Frau Kruse [SPD]: Hervorragend!)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren! Widerspruch bei der CDU-Fraktion ist mir nicht deutlich geworden. Ich gehe davon aus, daß das Haus damit einverstanden ist, daß ich die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt an dieser Stelle unterbreche und daß wir die Debatte morgen fortsetzen und abschließen werden.

(Beifall)

Ich stelle fest, daß das Haus damit einverstanden ist. Wir verfahren so.

Meine Damen und Herren, es geht gleich weiter. Ich möchte aber den Kolleginnen und den Kollegen, die den Saal verlassen möchten, die Möglichkeit dazu geben, damit es danach ungestört weitergehen kann.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 9:

Einzig (abschließende) Beratung:

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1996 - Entlastung - Antrag der Landesregierung - Drs. 13/3505 - Bemerkungen und Denkschrift des Landesrechnungshofs - Drs. 14/50 - Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/301

Die Fraktionen sind im Ältestenrat übereingekommen, daß über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre keinen Widerspruch. Darum lasse ich gleich abstimmen.

Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 301 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich frage nach Gegenstimmen. - Stimmenthaltungen? - Ich stelle Einmütigkeit fest.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 10:

Erste Beratung:

Bildungsabschlüsse als Gütesiegel - Qualitätssicherung und Leistungsvergleich durch Abschlußprüfungen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/267

Die Einbringung dieses Antrages erfolgt durch den Kollegen Busemann, dem ich das Wort erteile. Ich verbinde das mit der Bitte an die Kolleginnen und Kollegen, die noch Redebedarf haben, sich draußen vor der Tür zu unterhalten oder sich hier ordnungsgemäß zu Wort zu melden. - Bitte sehr!

Busemann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Debatte von eben fällt es mir zugegebenermaßen etwas schwer, sozusagen zum politischen Tagesgeschäft zurückzukehren. Aber was sein muß, muß sein. Jetzt ist

Bildungspolitik angesagt. Es geht um Abschlußprüfungen. Wir sollten das miteinander debattieren, wie sich das gehört.

Ich möchte den Oberbegriff aus der vergangenen Woche aufgreifen, in denen, Frau Ministerin, sehr viel von verlässlicher Grundschule - „verlässliche Schule“ will ich einmal sagen - die Rede war. Da juckt es schon jetzt, eine grundsätzliche Auseinandersetzung zu führen. Das werden wir möglicherweise in einem anderen Plenarsitzungsabschnitt tun. Ich mag eigentlich den Begriff nicht so sehr. Vielleicht mag ihn auch Ihr Vorgänger, Professor Wernstedt, nicht. Wenn wir heute plötzlich von „verlässlicher Schule“ reden, dann läßt das ja vermuten, daß es in der Vergangenheit nicht ganz so verlässlich, nicht ganz so zuverlässig gelaufen ist. Vielleicht gibt das auch Anlaß zu Fehlinterpretationen. Möglicherweise ist die Wahl des Begriffes „verlässliche Schule“ auch ein Indiz dafür, daß Sie selbst merken, daß es substantiell mit unseren Schulen nicht allzu gut bestellt ist, und Sie wollen jetzt durch Verschieben von Lehrkräften darauf hinwirken, daß wir verlässliche Schulen bekommen.

Wie auch immer, meine Damen und Herren, verlässliche Schule hat auch etwas mit Niveau, mit Leistungsabfrage und Bildungslevel zu tun. Ich will das einmal auf den Punkt bringen und bin damit auch schon bei unserem Antrag: Der Schüler, die Eltern und die Betriebe, die abgehende Schüler z. B. als Auszubildende übernehmen sollen, wollen natürlich wissen, ob der Schüler am Ende seiner Schulzeit wirklich das kann, was wir von ihm erwarten, bzw. ob er das kann, was angesichts des von ihm vorgelegten Zeugnisses von ihm erwartet werden darf. Damit sind wir bei einem Problem, über das wir uns hier in Niedersachsen unterhalten müssen. Was ist Status quo? Wir dürfen heute, so meine ich, fast schon als objektiv belegt festhalten, daß die deutschen Schüler im europäischen, im internationalen Leistungsvergleich mit anderen Schülern sehr oft nicht mithalten können.

(Meinhold [SPD]: Dafür gibt es keinen Grund!)

Nehmen wir den bundesdeutschen Vergleich – ich brauche noch nicht einmal den Herrn Ministerpräsidenten zu zitieren -, so müssen wir auch da Unterschiede z. B. zwischen Bayern und Niedersachsen feststellen. Sie kennen die Debatte. Fragen wir in die Wirtschaft hinein, Herr Kollege, fragen wir

in das Handwerk hinein, so wird uns sehr oft gesagt, man könnte manchen Arbeitsplatz und manchen Ausbildungsplatz besser besetzen, wenn die Schülerin oder der Schüler die notwendigen Grundfertigkeiten mitbringen würde. Allzuoft ist das aber nicht der Fall. Die Zahl der Betriebsinhaber, die sich ganz nachhaltig beklagen, ist nicht mit wenigen Prozenten geschrieben. Achten Sie auf die Umfragen der letzten Monate.

Ich will einmal an die Ausführungen unseres Herrn Bundespräsidenten anknüpfen. Er hat am 5. November vorigen Jahres eine bemerkenswerte Rede gehalten. Er hat sich dankenswerterweise u. a. auch in die Bildungsdiskussion eingeschaltet und hat darauf hingewiesen, daß diese zunehmend als Qualitätsdiskussion geführt werden muß. Auch damit sind wir wieder bei diesem Punkt der heutigen Tagesordnung. Ich darf an folgendes erinnern: Wir als Landtagsfraktion haben im Frühling des Jahres 1997 einen Antrag zum Thema der Qualitätssicherung eingebracht. Er ist von der Regierungsseite abgeschmettert worden. Heute ist das Thema aber aktueller denn je.

Frau Ministerin, wir waren überrascht und erfreut, als Sie nach dem 1. März plötzlich Gedankengut der CDU-Landtagsfraktion aufgegriffen haben und das Thema der Abschlußprüfungen brandaktuell wurde. Man dachte: Nanu, es fällt wie Schuppen von den Augen. Jetzt geht es auf diesem Gebiet los. – Wir sind uns aber nicht ganz sicher, wohin Sie wollen, Frau Ministerin. Ich will einfach das eine oder andere Zitat aus dem letzten halben Jahr heranziehen, um abzuklopfen, wo Sie am Ende wirklich stehen. Sie haben sich am 7. April 1998, so schrieb es die „Neue Osnabrücker Zeitung“, wie folgt geäußert:

„Von Abschlußprüfungen halte ich relativ viel. Für die Schüler und für die Lehrkräfte kann es sinnvoll sein, ihre gemeinsame Leistung punktuell in einer bestimmten Prüfungssituation zu dokumentieren. ... Von daher wäre ich einer solchen Prüfung nicht abgeneigt, aber sie sollte dann nicht nur für die Realschule gelten, sondern für alle Schulformen.“

Donnerwetter, haben wir gesagt, das ist eine deutliche Wende in der Meinungslage auf seiten der Ministerin, auf seiten der SPD. In der Folge hat es ein riesiges Medienecho gegeben. Das muß Sie selbst etwas erschreckt haben, Frau Ministerin.

Dann kam nämlich eine teilweise Zurücknahme, eine Art Rückzieher. Dann wurde – „Nordreport“ vom 9. April 1998 – nur noch von einem mündlichen Kolloquium gesprochen. Ich weiß, daß einige Ihrer Fraktionskollegen – Herr Fasold und Herr Wulf – an anderer Stelle gesagt haben: Kolloquium, mehr aber nicht. – Dann gingen wieder einige Wochen ins Land, und Sie wurden wieder etwas mutiger. Kurz vor der Sommerpause konnten wir dann vernehmen:

„Jürgens-Pieper kündigte an, bis Ende 1998 ein Konzept zur Einführung von Abschlußprüfungen nach dem 10. Schuljahr vorzulegen. ... Danach solle es künftig zum Abschluß der Klasse 10 an allen Schulformen eine schriftliche Klausur und eine mündliche Prüfung in bestimmten Fächern geben – zusätzlich zur Benotung der über das Jahr hinweg erbrachten Leistungen. Damit eröffnet sich auch die Chance, objektive Leistungsvergleiche zwischen den einzelnen Schulen und Schulformen herzustellen. ... Sie gehe von einer breiten Akzeptanz für diese abiturähnlichen Prüfungen aus.“

So berichtete die „Neue Osnabrücker Zeitung“ am 10. Juni 1998. Wieder eine Zeitlang später – im September dieses Jahres – hieß es:

„Wir werden in nächster Zeit eine ganze Reihe von Qualitätssicherungs- und Entwicklungsmaßnahmen vorstellen. Da gehören Vergleichsarbeiten auch dazu, da gehört dazu, daß man auch Lehrkräfte austauscht, um in Prüfungen hineinzusehen, und die Frage von Abschlußprüfungen.“

Letzter Stand: 8. September 1998. Frau Ministerin, das Jahr geht nun allmählich dem Ende entgegen. Wir würden gern wissen, wo Sie, wo die Regierung, wo Ihr Ministerium, wo die SPD-Fraktion in dieser Frage stehen. Jetzt ist der Tag gekommen. Butter bei die Fische! Schublade auf! Welches Konzept haben Sie in der Tasche? Lassen Sie es uns wissen! Oder haben Sie irgendwelche Bildungsweichspüler in Ihrer Fraktion langsam wieder eingekriegt? Wir jedenfalls sind sehr neugierig. Wir sind gespannt.

(Wernstedt [SPD]: Was heißt „Bildungsweichspüler!“)

Ich will Ihnen auch ein bißchen Argumentationshilfe liefern. Uns fiel kürzlich ein Zitat von Horst-Werner Franke, dem ehemaligen sozialdemokratischen Schulsenator, in die Hände. Er hatte sich, allerdings schon vor längerer Zeit, in der „Tageszeitung“ wie folgt geäußert – man höre! -:

„Schule steht und fällt mit der Qualitätssicherung, für die der Staat geradestehen muß. Bei aller Öffnung des Fachunterrichts gibt es Leistungsstandards, die zwischen den Schulen eines Bundeslandes wie zwischen den Schulen der Republik innerhalb einer Bandbreite vergleichbar sein müssen. Daß die Vergleichbarkeit gegenwärtig ein Schwindelregime ist, darf nicht dazu führen, daß sie aufgegeben wird. Die Forderung nach Schulautonomie ist eine Konsequenz des Schlendrians ... sowie des Autoritätsverlustes von Schulaufsicht im letzten Jahrzehnt.“

Das sind hochinteressante Erkenntnisse, die uns hier kundgetan werden. Wenn man einmal nach Holland guckt - das tun ja viele Bildungsreformer und Schulautonomiebefürworter gerne -, dann stellt man fest, daß dort eine landesweite Abschlußprüfung gang und gäbe ist, die dort „Cito-Test“ genannt wird. Dort muß sich der Schulabsolvent einer entsprechenden Prüfung unterziehen, wenn er eine weitere Bildungslaufbahn beschreiten will. Das finden wir jedenfalls sehr interessant.

Nun vielleicht noch ein Zitat, weil das die Meinungslage in der Sozialdemokratie betrifft. Der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister Zöllner hat sich vor einiger Zeit ebenfalls zu dieser Thematik geäußert. Ich zitiere:

„Zöllner plädierte für regelmäßige Leistungsvergleiche und Qualitätskontrollen zwischen einzelnen Schulen als auch zwischen den Ländern. ‚Wir brauchen vergleichende Leistungstests in allen Bereichen, wo dies möglich ist.‘ Die Bildungs- und Wissenschaftspolitik der SPD müsse künftig ‚durch den Oberbegriff der Qualitätssicherung‘ charakterisiert werden.“

Ich finde ganz toll, was dieser Mann da von sich gegeben hat. Wenn wir uns auf dieser Basis einigen, werden wir gar nicht mehr soweit auseinander

sein. Dann brauchen wir uns auch gar nicht so sehr zu streiten.

Angesichts des Zeitablaufs haben wir uns gedacht, Frau Ministerin: Legen wir einfach einmal ein durchgängiges und schlüssiges CDU-Modell vor. Wir möchten nun gern wissen, wie Ihr Modell aussieht und was Sie unserem Modell gegenüberstellen können. Wir wollen in den Ausschußberatungen sehen, was besser ist und wo es hingehen soll. Für unser Modell darf ich folgende Punkte festhalten:

Erstens. Alle Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen der Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien legen eine Abschlußprüfung ab.

Zweitens. Sie besteht aus Abschlußarbeiten in Deutsch, Englisch und Mathematik, den von der Kultusministerkonferenz festgelegten Kernfächern für den mittleren Schulabschluß, und einer mündlichen Prüfung in einem weiteren Fach.

Drittens. Die Anforderungen der Abschlußarbeiten richten sich nach dem angestrebten Abschluß. Die Standards der Kultusministerkonferenz setzen den Anforderungsrahmen.

Viertens. Aufgaben, Korrektur- und Bewertungsrahmen der Abschlußarbeiten werden landesweit einheitlich vorgegeben.

Fünftens. Das mündliche Prüfungsfach wird von den Schülerinnen und Schülern gewählt.

Sechstens. Für den Hauptschulabschluß nach Klasse 9 sind als Abschlußprüfung Abschlußarbeiten in Deutsch und Mathematik erforderlich, die in besonderem Maße auf Grundwissen und elementare Kulturtechniken ausgerichtet sind. Dieser Abschluß kann grundsätzlich nur an der Hauptschule erworben werden. Schülerinnen und Schüler an Gesamtschulen und Sonderschulen können sich an ihrer Schule dieser Prüfung nach Anmeldung unterziehen.

Siebtens. Die Gesamtnote in den Prüfungsfächern wird aus der Prüfungsnote und der Jahresnote im Verhältnis 1 : 1 ermittelt. Im Zweifelsfall entscheidet die Prüfungskommission unter Berücksichtigung der Lernentwicklung. In den Nichtprüfungsfächern ist die Jahresnote die Endnote. Die derzeitigen Notenbestimmungen für die Zuerkennung der jeweiligen Abschlüsse bleiben ansonsten unberührt.

Achtens. Die Schulaufsicht ist für die Qualitätssicherung der Abschlußprüfungen an den Schulen verantwortlich.

Das ist unser Modell, das wir vor einigen Wochen vorgelegt haben. Wir sind der Meinung, daß dieses Modell Vorteile in sich birgt, weil es auf die Vergleichbarkeit der Schulleistungen und die Gerechtigkeit in der Bewertung abhebt. Landesweit einheitliche Abschlußprüfungen garantieren außerdem einen objektiven Leistungsvergleich zwischen einzelnen Schulen und Schulformen. Sie entkrampfen damit die schulpolitische Debatte. Schließlich meinen wir, daß durch sie auch die von der Kultusministerkonferenz anerkannten und geforderten Kriterien und Standards in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch besser erfüllt bzw. erreicht werden.

So weit unsere Position. Wir werden von vielen Seiten auch dafür belobigt, daß wir diesen Schritt getan haben. Jetzt ist es Aufgabe der Landesregierung zu sagen, wohin sie gehen will. Ich habe es schon erwähnt. Das Jahr geht bald zu Ende. Frau Ministerin, wo stehen Sie in dieser Frage? – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Die Landesregierung möchte sich jetzt durch Frau Ministerin Jürgens-Pieper zu diesem Thema äußern. Bitte sehr!

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Busemann, vielen Dank für den freundlichen Übergang, den Sie mir eben geliefert haben. Wie Sie wissen, habe ich schon bei meinem Amtsantritt meine Vorstellungen zur Qualitätssicherung und -entwicklung vorgestellt. Herr Busemann hat eben noch einmal einige Zitate dazu gebracht. Vor dem Hintergrund verlässlicher Rahmenbedingungen für die Unterrichtsversorgung, nämlich unserer Beschlüsse zur Wiederbesetzung aller freien Stellen, habe ich gefordert, daß es auch notwendig ist, nicht nur über Quantitäten zu debattieren, sondern auch über die Qualität. Herr Busemann, da Sie KMK-Beschlüsse zitiert haben, möchte ich Ihnen dazu sagen, daß KMK-Beschlüsse nur einstimmig gefaßt werden. Das heißt, auch Niedersachsen hat diesen Beschlüssen selbstverständlich zugestimmt.

Ich habe mich darüber gefreut, daß ich zu den von mir präsentierten Vorstellungen bisher von so vielen Seiten Zustimmung erhalten habe, in Teilen ja auch von seiten der CDU. Jetzt liegen mit dem heute zu erörternden Entschließungsantrag auch Ihre präzisierten Vorstellungen vor. Daß Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Ihre Zustimmung zu meinen Vorschlägen mit ein paar polemischen Pflichtübungen garnieren, gehört offensichtlich zu unseren gemeinsamen Debatten.

(Frau Körtner [CDU]: Umgekehrt war es aber auch schon immer so!)

Doch lassen wir das einmal beiseite. Der wesentliche Gehalt Ihres Antrags und der Begründung dazu ist meines Erachtens folgender: Sie finden die Maßnahmen der Landesregierung zur Qualitätssicherung und -entwicklung – jedenfalls meine Vorstellungen, die ich bisher dazu geäußert habe – richtig. Daß Sie Ihre unterstützenden Vorschläge nun ausgerechnet zu dem Zeitpunkt als Antrag vorlegen, zu dem sich mein Maßnahmenpaket in der hausinternen Abstimmung befindet, wird die öffentliche Anhörung, die Anfang Dezember beginnen soll – so hoffe ich –, erleichtern und auf wenige Differenzen konzentrieren.

Wir alle wissen, daß die Qualität schulischer Arbeit aber nicht nur allein vom Stand der Unterrichtsversorgung der Schule abhängt. Bevor jedoch über qualitätssichernde und qualitätsverbessernde Maßnahmen und Instrumente diskutiert wird, möchte ich noch einmal auf zwei Dinge hinweisen. Die Primärverantwortung für die qualitativ hochwertige fachliche und pädagogische Arbeit liegt in der Schule. Diese Debatte gibt mir die Gelegenheit – ich meine, daß man das an dieser Stelle auch einmal sagen muß, auch wenn jetzt nicht mehr so viele Abgeordnete anwesend sind –, die tagtägliche verantwortliche Arbeit unserer niedersächsischen Lehrerinnen und Lehrer in den Blickpunkt zu stellen und zu würdigen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt nämlich keine einzige Untersuchung, die belegt, daß sich unsere Kollegien mit ihrer Arbeit nicht sehen lassen können. Deshalb bin ich stolz auf das, was an Niedersachsens Schulen geleistet wird. Ich werde auch in meiner Amtszeit dafür sorgen, daß wir durch die Einführung von Evaluation die guten Leistungen auch sehr genau belegen können. Dennoch: Wir dürfen uns auf diesen Leistungen nicht ausruhen, sondern wollen mit dem

von mir initiierten Maßnahmenpaket in einen Qualitätswettbewerb eintreten, wie ihn der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung bereits angekündigt hat. Das bedeutet: Wir werden der Öffentlichkeit alle vorhandenen und noch zu entwickelnden Maßnahmen und Instrumente zu einem umfassenden Konzept „Qualitätsoffensive 2000 Plus“ im kommenden Jahr präsentieren. Niedersachsen besitzt seit langem ein differenziertes System von Maßnahmen und Instrumenten zur Steuerung und Ausgestaltung der schulischen Qualitätssicherung und -kontrolle. Hierzu gehören beispielsweise das Konferenzsystem, die Mitwirkungsrechte, die staatlichen Fachvorgaben in Gestalt von Studentafeln, Rahmenrichtlinien, Prüfungsanforderungen sowie die Steuerungs- und Kontrollbefugnisse der Schulbehörde. Auch diese spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Letztere sind ja bei der Abiturprüfung besonders ausgeprägt.

Wenn die Landesregierung jetzt weitere Maßnahmeninstrumente einführen will, dann mit dem Ziel, vergleichbare Standards in den Lerngruppen eines Schuljahrgangs und unter den Schulen sicherzustellen. Unser Maßnahmenpaket wird also eine gemeinsame Aufgabe von Schule und Schulbehörde sein und erheblich weiter greifen als der uns heute vorliegende Antrag. Es umfaßt zum einen die Sicherung der Standards für die Bildungsabschlüsse am Ende des Sekundarbereichs I in den allgemeinbildenden Schulen, zum zweiten die Sicherung vergleichbarer Standards in den Klassen und Lerngruppen eines Schuljahrgangs und am Ende der gymnasialen Oberstufe und drittens eine effektivere Nutzung von Lernzeiten durch die Möglichkeit der Vermeidung von Wiederholungen und des vorzeitigen Erreichens eines angestrebten Schulabschlusses.

Die Leistungsprüfungen am Ende des Sekundarbereichs I, die hier heute eine spezielle Rolle spielen, sind also ein Teil eines Gesamtpakets Qualitätssicherung, das gegenwärtig bei uns im Hause in Rechts- und Verwaltungsvorschriften umgesetzt wird. Herr Busemann, ein paar Monate müssen Sie meinen Beamten schon zugestehen; denn wenn etwas umgesetzt werden soll, soll es auch für die Anhörung präsentabel sein. Das Anhörungsverfahren für diese Vorschriften – darauf hatte ich schon verwiesen – wird Anfang Dezember beginnen. Die Leistungsüberprüfungen am Ende der Abschlußklassen sind nur der Eckpunkt eines Weges, der wesentlich früher beginnen muß. Ich habe deshalb vor, zur Sicherung vergleichbarer Standards bereits

in den Schuljahrgängen 4, 6, 8 und 9 in zentralen Fächern regelmäßig Vergleichsarbeiten in den Klassen eines Schuljahrgangs schreiben zu lassen. Aufgabenstellungen und Bewertungsmaßstäbe sollen von den dort unterrichtenden Lehrkräften gemeinsam konzipiert werden. Über die Ergebnisse der Vergleichsarbeiten hat die Schule die Schulleiternräte zu informieren.

Zur effektiven Nutzung der Lernzeiten will ich außerdem zulassen, daß Schülerinnen und Schüler im Falle einer Nichtversetzung die Gelegenheit zu einer Nachprüfung erhalten, um mit gezielter Anstrengung vielleicht doch noch versetzt zu werden.

Besonders leistungsstarken und motivierten Schülerinnen und Schülern will ich die Gelegenheit geben, das Abitur nicht nach 13, sondern nach zwölf Jahren erreichen zu können.

Die Eckpunkte meines Konzeptes der Leistungsüberprüfung in den Abschlußklassen des Sekundarbereiches I sehen am Ende der 9. und 10. Schuljahrgänge der Haupt- und Sonderschulen sowie der 10. Schuljahrgänge der Realschulen, Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen mündliche Überprüfungen der Leistungsstände vor. Die Fächer der schriftlichen Überprüfung sollen Deutsch und Mathematik sein, die der mündlichen Überprüfung zentrale Fächer der jeweiligen Schulform, aus denen die Schülerinnen und Schüler individuell eines auswählen. Die schriftliche Arbeit soll an die Stelle der letzten Klassenarbeit treten. Die Aufgabenstellungen sollen komplexer als die einer normalen Klassenarbeit konzipiert sein, und es soll im Vergleich mit den üblichen Klassenarbeiten eine zusätzliche Unterrichtsstunde für die Bearbeitung zur Verfügung stehen. Die Arbeiten sollen im übrigen von der unterrichtenden Lehrkraft und einer zusätzlichen Lehrkraft korrigiert und bewertet werden. Bei abweichender Bewertung hätte die Schulleiterin oder der Schulleiter nach Anhörung der beiden Lehrkräfte über die Bewertung zu entscheiden. Für die mündlichen Überprüfungen werden Fachkommissionen in der Schule eingerichtet.

Vergleicht man nun dieses Konzept mit den Forderungen des Entschließungsantrages der CDU-Fraktion, so stellt man, wie schon gesagt, in vielen Punkten Übereinstimmungen fest. Die wesentlichen Abweichungen liegen erstens in der bei Ihnen in drei Fächern vorgesehenen schriftlichen und in einem weiteren Fach vorgesehenen mündlichen Überprüfung und zweitens in der von der CDU-

Fraktion gewünschten zentralen Aufgabenstellung. Welche negativen Auswirkungen zentral gestellte Aufgaben mit sich bringen, hat das Land Baden-Württemberg gerade bei der letzten Abiturprüfung im Fach Mathematik erfahren müssen.

(Frau Vockert [CDU]: Wie wollen Sie es dann machen?)

- Ich will es nicht machen.

(Frau Vockert [CDU]: Und wie soll die Vergleichbarkeit gewährleistet sein?)

Das Anforderungsniveau dieser zentralen Prüfungen entsprach offensichtlich nicht dem Inhalt und dem Niveau des tatsächlich erteilten Unterrichts. Das bedeutet, eine zentral gesteuerte Aufgabenstellung muß immer ein mittleres Niveau anstreben. Die gestellten Aufgaben enthalten häufig hohe Anteile kognitiver Fragestellungen mit entsprechenden Folgen für die Qualität. Die Landesregierung lehnt daher - ich habe es eben schon gesagt - eine solche zentrale Überprüfung ab.

(Zustimmung von Fasold [SPD] - Frau Vockert [CDU]: Womit schaffen Sie dann die Vergleichbarkeit?)

Warum die CDU-Fraktion den vereinzelt Abgängern aus Realschulen und Gymnasien nach der 9. Klasse den Hauptschulabschluß vorenthalten will, wenn sie die derzeit formulierten Abschlußbestimmungen erfüllen, und warum eine solche Maßnahme, die nur einen winzigen Personenkreis betrifft, dann auch noch eine nachdrückliche Aufwertung des Hauptschulabschlusses beinhalten soll, bleibt ihr Geheimnis.

Ich dagegen werde im kommenden Jahr ein Reformkonzept für die Hauptschule mit öffentlicher Beteiligung vorlegen, um ihr ein neues Profil zu geben. Wesentliche Zielsetzungen sollen dabei sein: die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit unter Einbeziehung der Entwicklung der Persönlichkeit der Jugendlichen, die Förderung und Unterstützung schwacher und benachteiligter Hauptschülerinnen und Hauptschüler insbesondere durch sprachfördernde Maßnahmen und die Steigerung der Lern- und Schulmotivation.

(Frau Vockert [CDU]: Klingt gut!)

Wie Sie sehen, halte ich die Qualitätssicherung allein durch Abschlußprüfungen für zu kurz gegriffen. Ich würde mir daher wünschen, daß der An-

trag in den vor uns liegenden Ausschlußberatungen noch Modifizierungen, Ergänzungen und Änderungen erhält, die meines Erachtens für ein gutes Gelingen des Ganzen notwendig sind.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin Litfin ist die nächste Rednerin. Bitte sehr!

Frau Litfin (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem wir in der Vergangenheit ganz häufig darüber Auseinandersetzungen geführt haben, ob die Ressourcen im Schulbereich so mangelhaft sind, wie die Opposition es einschätzt, oder ausreichend sind, wie die Regierung es einschätzt, und wir in diesem Zusammenhang auch oft darüber geredet haben, ob allein mehr des Gleichen dazu beiträgt, die Qualität des schulischen Arbeitens zu erhöhen, und dabei zu keiner Einigung gekommen sind, habe ich die Befürchtung, daß wir bei diesem Punkt, bei dem es tatsächlich - zumindest definiert die CDU das so - um Qualität geht, auch zu keiner Einigung kommen werden.

Ich kann nicht wie die CDU glauben, daß Abschlußprüfungen das Allheilmittel sein sollen und daß die Qualität schulischen Handelns durch Abschlußprüfungen nennenswert erhöht wird. Herr Busemann, ich habe die Befürchtung - gerade hinsichtlich des Hauptschulbereiches -, daß durch das, was Sie fordern, nämlich auch noch landesweit einheitliche Aufgaben in diesen Prüfungen zu stellen, Lehrer und Lehrerinnen insbesondere dieser Schulform dazu übergehen werden, den Schülern und Schülerinnen das Apportieren von erteilten Unterrichtshäppchen beizubringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das kann nicht das Ziel von Schule sein, denn das ist keine Bildung. Das Wissen, das dort auf diese Weise erworben wird, wird in der Regel auch schnell wieder vergessen. Prüfen Sie sich doch einmal selbst. Ich habe Ihnen - Herr Busemann, vielleicht gucken Sie es sich an - einmal einen Abschlußtest aus Baden-Württemberg - Mathematik an Realschulen - mitgebracht. Gucken Sie sich die Aufgaben einmal an. Versuchen Sie, die Aufgaben zu lösen. Überlegen Sie sich, ob Sie die Aufgaben, die Sie nicht lösen können, nicht irgendwann in Ihrem Leben im Schulunterricht

behandelt haben. Überlegen Sie sich, woher es kommt, daß dieses Wissen, in dessen Besitz Sie einmal gewesen sind, weg ist und ob es nicht daran liegt, daß Sie in der alten Schule unterrichtet worden sind, die eben nach dem Prinzip "lesen und rezipieren" vorgegangen ist. Die alte Schule ist wohl für unsere Welt nicht tauglich.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Fasold [SPD])

Wir alle sind durch TIMSS 1 bis TIMSS 3 auf der Suche nach neuen Wegen aufgerüttelt worden, die die Schule von heute - die oft die Schule von gestern ist; das muß man kritisch anmerken - in die Lage versetzen, Kinder und Jugendliche angemessen auf das Leben von morgen vorzubereiten. Wenn Sie, Herr Busemann, hinsichtlich des Wissenserwerbsprozesses, des Lernprozesses, der zu einem Bildungsprozeß werden soll, berücksichtigen, daß die Halbwertszeit des Wissens der Menschen immer kürzer wird, daß Menschen als handelnde und gestaltende Wesen vor immer neue Herausforderungen gestellt werden, daß 80 % der Technologie, mit der die Schülerinnen und Schüler, über die wir hier heute reden, einmal umgehen müssen, noch gar nicht erfunden sind und daß insbesondere durch die Globalisierung neue Herausforderungen auf diese Schülerinnen und Schüler zukommen werden, müssen doch auch Sie erkennen, daß es darum gehen muß, Schüler und Schülerinnen wirklich in die Lage zu versetzen, ihr Leben lang zu lernen. Nur wenn sie das können, werden sie bestehen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Frau Körtner [CDU]: Die müssen erst einmal einen Ausbildungsplatz kriegen! Das ist das Problem!)

Sie müssen auch eingestehen, daß dieses Lernen angesichts der Wissensfülle immer nur ein exemplarisches Lernen sein kann. Das ist für mich, Frau Ministerin, das allerwichtigste Argument gegen landeseinheitliche Prüfungen, weil Sie damit die Exempel vorgeben und überhaupt nicht wissen, ob sie für die jeweilige Situation der Schulen oder der Zeit angemessen sind.

Professor Ulrich Hermann sagt - ich finde das sehr schön: Bildung heißt „leben und wirken“, nicht „lesen und rezipieren“. Die Schulen müssen die subjektiv motivationalen Voraussetzungen dafür schaffen, daß Schüler und Schülerinnen von sich aus und erfolgreich lernen, sich leistungsbezogen

zu verhalten. In diese Richtung müssen wir die Schulen dieses Landes verändern, wenn diese Schulen gute Schulen werden sollen. Dazu tragen die Forderungen nach Abschlußprüfungen gar nichts, aber auch überhaupt nichts bei. Man muß nicht unbedingt auf Abschlußprüfungen schimpfen - wenn man sie richtig macht, können Sie wahrscheinlich nicht schaden -, aber nutzen tun sie auch nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Fasold das Wort. Bitte sehr!

Fasold (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde diesmal mit meiner Redezeit auskommen, weil ich hier dauernd habe streichen können, da Richtiges nicht zweimal gesagt werden muß.

(Decker [CDU]: Was? Das ist ja sensationell! - Frau Vockert [CDU]: Die Ministerin hat ihm doch Tips gegeben!)

Sowohl die Ministerin als auch Frau Litfin haben hier eben sehr viele Beispiele dafür genannt, was Richtiges zu Ihrem Antrag gesagt werden müßte.

Der Entschließungsantrag lenkt die aktuelle und sicherlich noch einige Jahre währende Debatte über Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement im Bildungsbereich - hier haben wir ja das Teilthema Schule vor uns - in eine nach meiner Auffassung gefährliche und auch von der Sache her falsche Richtung. Wir werden ihr in dieser Tendenz nicht folgen.

Wo Frau Ministerin so ein wenig diplomatisch Gemeinsamkeiten fand, versuche ich einmal, auf die Differenzen und auf mögliche Konfliktfelder aufmerksam zu machen.

Die Entschließung reduziert, ohne den Begriff „Qualität in der Schule“ näher zu betrachten, das Instrumentarium zur Qualitätssicherung auf eine einzige Maßnahme, nämlich die Schule mit einer endlosen Reihe von Tests zu überziehen, um damit den Eindruck zu erwecken, als sei Qualitätssicherung über Kontrolle, über zentralistische Maßnahmen - zentral gegebene Aufgaben usw. - und über

die Erhöhung von Leistungsdruck auf Schülerinnen und Schüler und auf Lehrerinnen und Lehrer zu erreichen.

(Frau Körtner [CDU]: Hat Ihr Ghostwriter wirklich unseren Antrag gelesen? - Das glaube ich nicht!)

- Sie sagen ja selbst: ein strammes CDU-Programm. - Ich habe mir in dem Augenblick vorgestellt, was dieses stramme CDU-Programm, das es ja - zum Glück - schriftlich nicht gibt, nur sein kann, nämlich die Paukschule der 50er Jahre, zentralistisch überprüft und ständig kontrolliert, sozusagen mit Pauken und Trompeten ausgestattet. - Das ist die einzige Alternative, die Sie offensichtlich zu dem zu bieten haben, was im Augenblick im Bildungsbereich diskutiert wird.

(Zustimmung von Frau Litfin [GRÜNE])

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Fasold, möchten Sie eine Frage der Frau Kollegin Vockert beantworten?

Fasold (SPD):

Nein; denn dann komme ich mit meiner Zeit wiederum nicht aus. Deshalb möchte ich jetzt im Zusammenhang vortragen.

Das heißt, die Entschließung verfolgt die Tendenz, zur Paukschule zurückzuentwickeln, statt eine Balance zwischen Leistung einerseits - das ist immer dabei - sowie Persönlichkeitsbildung und Gemeinwesenorientierung andererseits zu suchen.

(Zuruf von der CDU: Ihre Annahmen sind falsch!)

Diese ausschließliche Schwerpunktsetzung auf nationale oder internationale Vergleiche von Fachleistung widersprechen dem, was im Augenblick an Entwicklungsmöglichkeiten für das Bildungssystem geprüft und zum Teil eben auch schon entschieden wird. Frau Ministerin hat auf die niedersächsischen Pläne verwiesen.

(Klare [CDU]: Was ist „gemeinwesenorientiert“?)

- Sie haben doch im Bereich der Erwachsenenbildung selbst - hoffentlich - mitgedacht. Wenn Sie das getan haben, dann wissen Sie, was dieser Schlüsselbegriff bedeuten soll.

(Klare [CDU]: Aber was ist das auf die Schule bezogen?)

Sie beziehen sich auf die Äußerung des Bundespräsidenten, der ja - Zitat - die Kultur der Anstrengung globalisierte. Es gibt natürlich keine Auseinandersetzung und Diskussion über Qualität in der Bildung, die nicht auch Anstrengung als eine Komponente von Qualität einbeziehen müßte. Aber es gehören andere Kulturen in gleicher Weise dazu, nämlich z. B. die Kultur, unterstützen zu wollen, oder die Kultur, Fehler tolerieren zu wollen, oder auch die Kultur, gegenseitige Hilfe leisten zu wollen - das, was die Dortmunder Wissenschaftler in diesem Zusammenhang als zusätzliche Kulturen fordern, Kulturen übrigens, die, einer Testmanie ausgesetzt, nicht deutlich werden können, die man schlecht abtesten kann.

Alle zentralen Leistungsvergleiche bergen ein enormes Konfliktpotential, das sich hemmend auswirkt und das das eigentliche Anliegen konterkariert, wie das in der Schweiz übrigens auch deutlich wurde. Der innere Zusammenbruch des französischen Schulsystems im Augenblick oder jedenfalls die schwere Krise, in die das französische Schulsystem geraten ist, lehrt uns das ebenso wie die Tatsache, daß sich die lebensbegleitende Testerfahrung in den USA offensichtlich mehr und mehr aufzulösen scheint. Ohne daß dort eine Leistungssteigerung erzielt werden konnte, nimmt die Neigung, Tests einzusetzen, dort ständig ab.

Die falsche Idee des Entschließungstextes liegt also darin, daß sich qualitätssichernde Maßnahmen auf eine wie auch immer angelegte Leistungskontrolle mit dem damit verbundenen Leistungsdruck auf Schülerinnen und Schüler fokussieren lassen.

Entlarvend ist in diesem Zusammenhang übrigens Ihr Umgang mit den Ergebnissen der TIMSS-Studie. Ich habe noch niemals erlebt, weder im fachlichen Raum noch im parlamentarischen Raum, daß so unseriös mit dieser Studie umgegangen wurde, wie das bei Ihnen der Fall ist. Sie scheinen nicht nur die Stellungnahme vom Max-Planck-Institut oder die anderen wissenschaftlichen Stellungnahmen dazu, sondern auch die Analysen, Verfahrenshinweise und Warnungen vor der Instrumentalisierung der Studienergebnisse nicht zur Kenntnis genommen zu haben. Sie kommen zu eigengefertigten und offensichtlich auch erkenntnisleitend gewollten kurzatmigen und manipulativen Schlußfolgerungen. Es gibt zwei Möglichkeiten, diese Testergebnisse falsch zu interpretieren.

Die erste Möglichkeit ist, sie zu bagatellisieren. Dazu gibt es keinen Anlaß. Die Ergebnisse müssen dort, wo sie uns neue Erkenntnisse bringen, ernst genommen werden. Die zweite Möglichkeit ist, in Aktionismus auszubrechen und genau das auslösen zu wollen, was Sie tun, nämlich eine Testmanie, die zu den eben schon genannten destruktiven Konsequenzen führte. Beides wird der Sache nicht gerecht; denn ein Ergebnis ist unumstritten: Die Studie hat erwiesen, daß Deutschland eben gerade nicht beim Wissen und bei den Grundfertigkeiten besonders schwach ist, sondern daß es notwendig wird, sich bei den strategischen Denkkonzepten zu mathematisch-naturwissenschaftlichen Problemstellungen etwas Neues einfallen zu lassen - das ist ein didaktisches Problem -, sich umzusehen und möglicherweise auch neu zu forschen. Das heißt: Es geht hier um den Transfer- und Anwendungsbereich, nicht aber um die Vermittlung von elementarem Wissen oder anderen Wissens-elementen und Grundfertigkeiten.

Unverständlich ist in diesem Zusammenhang der Versuch, die Ergebnisse auch noch auf die Beurteilung von Schulformen oder Ländern auszuweiten. Das verbietet sich nicht nur durch die Art, in der die Studie abgefaßt wurde, von selbst, sondern auch durch die vielfältigen Deutungen und Ergebnisinterpretationen, die mittlerweile erfolgt sind.

(Frau Vockert [CDU]: Glaubt er jeder Studie?)

Bildung ist mehr als kognitives oder soziales Lernen, was wir sonst gemeinhin zusammenfassen. Sie birgt Kreativität, Originalität, Identität, Verstehen lernen, Zusammenhänge sehen und Probleme erkennen ebenso wie Persönlichkeitsentwicklungsprozesse. Das alles gehört dazu. Die meisten dieser Merkmale entziehen sich wie auch immer angelegten Teststrukturen, die in der Schule Anwendung finden.

Sie werden uns als SPD-Fraktion also nicht an Ihrer Seite finden, wenn es um die punktuelle Überprüfung durch Tests oder überzogen bewertete zentrale Tests auf Landesebene geht. Auf die Fragen eines Verwaltungsmanagements für eine solch ausgeprägte Testverwaltung mit zentralen Maßnahmen, wie Sie sie planen, wage ich hier gar nicht einzugehen.

Sie beziehen sich in der Entschließung zu Recht auf die Initiative der Ministerin.

(Frau Vockert [CDU]: Die bezieht sich wieder auf uns! - Busemann [CDU]: Die hat unser Wahlprogramm gelesen, und dann ging es los!)

Die Ministerin hat ja eben selbst ihre Pläne geäußert. Wir sehen das, was wir bisher gehört haben, ausdrücklich als unterstützungswürdig an. Wir sagen ausdrücklich zu, die Pläne der Ministerin zu unterstützen, z. B. die Anstrengungsbereitschaft und Motivation der Abschlußschülerinnen und -schüler dadurch zu erhöhen, daß die eigene Fachleistung tatsächlich in einem angemessenen Maß und in angemessener Form und mit angemessenen Beurteilungsmaßstäben überprüft wird. Das unterscheidet sich in den Worten und in den Sätzen vielleicht kaum, in der Sache aber sicherlich sehr von dem, was Sie hier intendiert haben.

Wir finden besonders gut und in Ordnung, daß die bisherigen guten Erfahrungen der Kolloquien an Hauptschulen in das Verfahren einbezogen werden und daß daran angeknüpft wird. Bemühungen zur Qualitätssicherung und Standardsicherung bezüglich der Leistungsfähigkeit unseres Schulsystems müssen kommen - daran gibt es keinen Zweifel -, und die Schülerinnen und Schüler müssen in diesem Zusammenhang auch Einblick in ihr Leistungsvermögen erhalten, ohne entmutigt zu werden. Sie sollen abschließend lernen, sich in einem Ernstfall dieser ihrer eigenen Leistung schriftlich und mündlich bewußt zu werden und Fremdbeurteilung durch andere zu erfahren. All das ist in dem Konzept der Landesregierung angelegt. Sie sollen jedoch nicht kontrolliert werden um der Kontrolle willen, sondern sie sollen zum Abschluß ihrer allgemeinbildenden Schulzeit lernen, möglichst viel Kraft und Motivation zur Verbesserung ihrer eigenen Schulabschlüsse zu entwickeln.

Wir werden mit Ihnen eine grundsätzlich andere Qualitätsdebatte führen müssen, die nicht Wettbewerb in den Mittelpunkt der Erörterung stellt, sondern Pädagogik, die nicht auf Vergleiche und Vergleichstests ausgerichtet ist, sondern auf Entwicklung, prozessuale Entwicklung auch in der Persönlichkeit der Schülerin oder des Schülers.

Herr Busemann, Sie haben sich in einer der letzten Plenarsitzungen einfallen lassen, von der von Ihnen gefürchteten Faust des Wählers zu sprechen. Ich nehme das diesmal auf und sage: Wenn Sie mit Ihren Vorstellungen so weitermachen, dann sucht sich diese Faust - wir fürchten sie nicht, weil wir argumentativ mit den Wählerinnen und Wählern

umgehen - schon die richtige Schnauze, Herr Busemann.

(Zustimmung bei der SPD - Frau Litfin [GRÜNE]: Herr Präsident, durfte er das sagen? Das ist ein böses Wort! - „Mündchen“ hätte er sagen müssen! - Zurufe - Unruhe)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, das letzte habe ich natürlich wohlweislich überhört.

Ich habe jetzt die Gelegenheit, die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt für heute zu schließen, und erbitte Ihre Unterstützung für die Überweisung des Antrags an die Ausschüsse, und zwar zur federführenden Beratung und Berichterstattung an den Kultusausschuß sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen. Wer so verfahren möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 11:

Erste Beratung:

Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen verbessern, Mitverantwortung der jungen Generation für das demokratische Gemeinwesen fördern - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/286

Der Antrag wird eingebracht von der Kollegin Frau Vockert. Bitte sehr!

Frau Vockert (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen sind in einer Fülle von Materialien und einer Vielzahl von Dokumentationen festgeschrieben: in der Kinderkonvention der Vereinten Nationen, in der Agenda 21, in § 1 SGB VIII oder auch in § 8 SGB VIII. Ich gehe davon aus, daß Ihnen das alles bekannt ist und ich das hier nicht im einzelnen vortragen muß.

Auf der anderen Seite müssen wir aber feststellen, daß sich von dem, was wir schriftlich verankert haben, in der Praxis leider nur wenig wiederfindet. Letztendlich kann man festhalten: Papier ist geduldig. Aber die Ungeduld der Jugendlichen müssen

auch wir, meine Damen und Herren, zur Kenntnis nehmen und uns damit auseinandersetzen!

(Beifall bei der CDU)

Es kann und darf nicht spurlos an uns vorübergehen, daß sich die Jugendlichen in der letzten Zeit erheblich aus dem politischen Engagement zurückgezogen haben. Die Herabsetzung des Kommunalwahlalters auf 16 Jahre hat jedenfalls nicht dazu geführt, daß sich Jugendliche in einem höheren Maße von Politik betroffen fühlen und sich seitdem mehr für Fragen der Gemeinschaft und Gesellschaft interessieren.

(Beifall bei der CDU)

Wen wundert's, wenn sie doch nur alle fünf Jahre einmal gefragt sind, um ihre Wahlzettel auszufüllen, und das war's auch schon. Bis auf wenige Kommunen in Niedersachsen läuft für die Jugendlichen sonst nichts.

Schauen Sie sich einmal an, wie alt die Kommunalpolitiker sind, die sie in den Jugendhilfeausschüssen vertreten. Wenn die Jugendlichen sehen, von welcher Altersgruppe sie vertreten werden, stellen sie sich zu Recht die Frage, ob ihre Interessen und Belange tatsächlich Berücksichtigung finden.

(Beifall bei der CDU - Möhrmann [SPD]: Gilt das für alle Parteien oder nur für eine?)

- Nicht unbedingt für alle. Aber schauen Sie sich einmal den Altersdurchschnitt an! Ich glaube, dann stellen auch Sie fest, daß das durchschnittliche Alter der Personen in den Jugendhilfeausschüssen nicht dem der Jugendlichen entspricht.

(Frau Janßen-Kucz [GRÜNE]: 50 plus!)

Die Veranstaltung „Schüler im Parlament“, die wir hier durchgeführt haben, fand ich ausgezeichnet. Es darf aber nicht nur zu einer solchen Veranstaltung im Jahr kommen, sondern wir müssen darüber hinaus zu konkreteren Umsetzungen und Taten kommen. Unser gemeinsames Ziel muß es sein, die heranwachsenden Kinder und Jugendlichen, die jungen Menschen, auf die Verantwortung vorzubereiten, die sie sowohl für ihr eigenes Leben als auch für das gemeinsame Leben der Generationen übernehmen sollen.

Daran wird für mich deutlich, daß wir hier nicht von politischen Spielwiesen für Kinder und Jugendliche sprechen dürfen. Hier darf es um Gottes Willen nicht um eine Alibifunktion gehen. Unser Ziel muß es sein, Politik nicht nur *für* Kinder und Jugendliche, sondern *mit* Kindern und Jugendlichen zu gestalten.

Insofern reicht es eben nicht aus, daß, wie ich es eben formuliert habe und wie wir das in Niedersachsen überwiegend finden, Erwachsene stellvertretend für Kinder und Jugendliche Politik machen. Vielmehr muß die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein Kriterium für die Qualitätssicherung politischer Entscheidungen werden. Letztlich dürfen wir auch den pädagogischen, den bildungspolitischen Aspekt nicht außer acht lassen: Entsprechende Beteiligungsangebote vermitteln nicht nur demokratische Fähigkeiten wie Diskussionen führen, Kompromisse schließen und Konflikte austragen, sondern fördern auch die Übernahme von Verantwortung, sie fördern Gemeinsinn, sie fördern Solidarität, und sie verhindern damit letztlich auch Gewalt und Vandalismus. Daran wird deutlich, wie wichtig es ist, in den Kommunen geeignete Mitwirkungs- und Mitsprachemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche einzurichten.

Aus diesen Gründen halten wir es für erforderlich, daß sich die Niedersächsische Landesregierung hier nicht aus der Affäre zieht, sondern Modellvorhaben für kommunale Beteiligungsprojekte auch tatsächlich fördert. Dabei - das will ich auch sagen - wäre es fatal, wenn wir uns darüber streiten würden, um welche Art von Projekten es sich handeln sollte. Es ist uns völlig egal, ob es parlamentarische Formen sind - Kinder- und Jugendparlamente laufen in einzelnen Kommunen gut -, ob es offene Formen der Kindermitbestimmung sind - ich denke z. B. an die Kinderbürgermeister, die es im Landkreis Cuxhaven gibt -,

(McAllister [CDU]: In Hemmoor!)

- in Hemmoor, genau - oder ob es projektorientierte Formen sind. So haben Kinder - das kann man gerade in Schleswig-Holstein immer wieder sehen - z. B. viel Spaß daran, ihren Spielplatz oder ihren Schulhof selbst zu gestalten. Dabei hat sich übrigens herausgestellt, daß dadurch erhebliche Kosten eingespart werden können.

Frau Ministerin Jürgens-Pieper, Sie haben das Schlagwort von der kinderfreundlichen Gemeinde eingeführt. Diesem Wort muß nun auch Rechnung

getragen werden. Sie haben selber gesagt, daß es in einzelnen Kommunen gute Beispiele gibt. Da gebe ich Ihnen recht. Aber es steht fest, daß dies nicht ausreicht, daß noch eine Menge zu tun ist.

Ich will hier auch ganz offen und ehrlich sagen - ich weiß, daß es insofern mit Sicherheit einen Konflikt mit den Grünen geben wird -: Wir von der CDU-Landtagsfraktion halten in diesem Zusammenhang nichts davon, dieses den Kommunen als Pflichtaufgabe aufzudrücken.

(Beifall bei der CDU)

Das ist angesichts der Tatsache, daß die Kommunen von dieser Landesregierung ohnehin finanziell ausgeblutet werden, ein ganz wichtiger Punkt, meine Damen und Herren. Wir können uns gerne über den kommunalen Finanzausgleich, Kindergärten, Heimerziehung oder Jugendarbeit unterhalten. Dann werden wir sehen, daß die Landesregierung die Kommunen nicht nur finanziell ausbluten läßt, sondern ihnen auch fast jeglichen Handlungsspielraum für eine effektive Jugendarbeit nimmt. Das finde ich schon bedenklich.

(Beifall bei der CDU - Mühe [SPD]: Glaubst du eigentlich selber, was du da erzählst? - Gegenruf von Klare [CDU]: Ihr seid die einzigen, die das nicht so sehen! Alle anderen sind sich einig!)

- Karl-Heinz Mühe, ich glaube das nicht nur, ich sehe das auch, weil ich auch in der Kommunalpolitik tätig bin, im Gegensatz zu anderen, die ja schon ziemlich abgehoben sind. Wir kriegen es vor Ort mit, wie die Kommunen von der Landesregierung finanziell belastet werden und man ihnen nicht einmal das Geld zur Verfügung stellt, das ihnen eigentlich zusteht. Vor diesem Hintergrund wäre es eben auch völlig verfehlt, jugendpolitische Beteiligungsformen vorzugeben.

Wir können die Landesregierung insofern nicht aus der Verantwortung entlassen. Wir fordern sie auf, mit einer Anschubfinanzierung Modelle auf den Weg zu bringen und damit landesweit Prozesse in Gang zu setzen.

Wenn ich die Pressemitteilung der neuen Kinderbeauftragten der SPD-Fraktion, Frau Hemme, vom 13. Oktober richtig interpretiert habe, gehe ich davon aus, daß wir uns diesbezüglich auch einig werden. Darin heißt es, einen Schwerpunkt ihrer Arbeit sehe sie darin, auf kommunaler Ebene die

Interessen von Kindern stärker zu verankern. Sie rufe deshalb Gemeinden in Niedersachsen dazu auf, künftig die Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten von Kindern zu verbessern. Dafür gebe es viele konkrete Beispiele. Kinder und Jugendliche wüßten selbst am besten, wo es in ihrer Gemeinde Probleme gebe, wo Spielplätze fehlten, wo gefährliche Straßenkreuzungen seien, wo unnötige Verbote ihren Entwicklungsdrang einengten.

In dem ersten Kinderbericht für Niedersachsen, der uns vor zwei Monaten erstmals vorgelegt worden ist, heißt es wörtlich:

„Das kinderpolitische Konzept der Niedersächsischen Landesregierung setzt wie folgt Akzente: Entwicklung von Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten von Kindern. Dies bedeutet, daß modellhafte Ansätze für Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern gerade auf der örtlichen Ebene gefördert werden sollen.“

Ich kann diesem Ganzen entnehmen, daß Sie uns recht geben, daß Sie bisher aber leider noch nichts umgesetzt haben. Aber das wird sich ja aufgrund unseres Antrages ändern. Ich gehe davon aus, daß wir uns im Ausschuß einig werden, daß jetzt endlich den Worten, Kindern und Jugendlichen mehr Beteiligungsrechte zukommen zu lassen, auch Handlungen folgen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat der Kollege Viereck.

Viereck (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer könnte nicht der Aussage zustimmen, daß eine Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen notwendig ist. Aber bei allem, was wir, vor allem was die zuständigen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker im Lande Niedersachsen tun, muß klar sein, daß es sich nicht um Symbolik handelt, sondern um einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten von jungen Menschen. Im vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion sucht man vergebens nach konkreten Vorschlägen sowohl für Partizipationsmöglichkeiten

von jungen Leuten als auch zur Verbesserung ihrer Lebenssituation und Chancen insgesamt.

(Zuruf von der CDU)

- Im Gegensatz zu Ihnen habe ich ihn gelesen. - Wer sich für die Rechte von Jugendlichen stark macht - das ist ja auch in Ordnung -, der sollte auch die derzeitige Lebenssituation eines Großteils der Jugendlichen in der Bundesrepublik und in Niedersachsen nicht verschweigen. Dazu gehören die unverantwortliche Jugendarbeitslosigkeit und die in den letzten 16 Jahren der Kohl-Regierung dramatisch angewachsene Armut von Kindern und Jugendlichen.

(Beifall bei der SPD - McAllister [CDU]: Und vor allen Dingen der Unterrichtsausfall!)

Dies wurde zuletzt im Armutsbericht der Bundesregierung dokumentiert, den noch als eine der letzten Amtshandlungen die letzte Bundesjugendministerin Claudia Nolte herausgegeben hat.

Die Folgen dieser Bundespolitik, die sich vor allem gegen die Jugend gerichtet hat, sind u. a. an der Zunahme der Gewalt ablesbar, an der Perspektivlosigkeit und an der Tatsache, daß viele Jugendliche Politik ablehnen, weil sie sich von ihr nicht ernstgenommen fühlen. Wer die Rechte von Jugendlichen ernst nimmt, der muß vor allem dafür sorgen, daß jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz und Arbeit bekommen kann. Dies, meine Damen und Herren, ist das Ziel der SPD.

Daß wir darüber hinaus die Beteiligungsrechte der Jugendlichen in der Politik ernst nehmen, haben wir mit der Einführung des aktiven Kommunalwahlrechts ab 16 Jahren - übrigens gegen die Stimmen der CDU in diesem Hause; Frau Kollegin Vockert hat darauf hingewiesen - unter Beweis gestellt. Die jungen Menschen haben von dieser Möglichkeit nicht geringer und nicht stärker Gebrauch gemacht als andere Altersgruppen. Mit dieser Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre hat die öffentliche Diskussion um verbesserte Beteiligungsrechte einen neuen Schub bekommen. In zahlreichen Städten und Gemeinden werden zur Zeit unterschiedliche Beteiligungsformen diskutiert und zum Teil erprobt.

Offenbar hat dieser neue Schub auch die CDU-Landtagsfraktion erreicht. Das begrüßen wir. Wir könnten auch in der Lage sein, gemeinsame Lösungsansätze zu entwickeln.

(Zuruf von der CDU: Schön!)

Die bisherigen Erfahrungen machen deutlich, daß es die vielfältigsten Formen der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen gibt. Dazu gehören beispielsweise auch Kinderbeauftragte. Dies ist richtig und wichtig; denn nicht jede Beteiligungsform ist für jedes Alter geeignet.

(Beifall bei der SPD)

Die Beteiligung muß sich jeweils am Entwicklungsstand der Kinder und Jugendlichen orientieren. Es gibt also in dieser Angelegenheit nicht den Königsweg, sondern es gibt für jedes Alter geeignete Methoden.

Neben den Beteiligungsformen ist die Kontinuität von Mitwirkungsprozessen von zentraler Bedeutung. Junge Menschen müssen erkennen, daß ihre Mitarbeit in sichtbare und nachvollziehbare Ergebnisse mündet. Außerdem kann gerade eine frühzeitige Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen helfen, Fehlplanungen von Investitionen zu verhindern. Demokratie kostet Geld, aber fördert auch die Bereitschaft zur Identifikation und Mitarbeit.

Wichtig ist uns auch die Beteiligung ausländischer Mädchen und Jungen. Wir sind daher froh über die geplante Neufassung des Staatsbürgerschaftsrechts.

Die Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft und das Ansehen der Politik und ihrer Organisationen werden maßgeblich davon abhängen, inwieweit es gelingt, Kinder und Jugendliche angemessen an den sie betreffenden Fragen und Entscheidungen zu beteiligen. Dabei können wir auf ein gutes Netz im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe bauen; das sage ich im Gegensatz zu den Äußerungen meiner Vorrednerin.

(Zustimmung von Frau Kruse [SPD])

Neben einer flächendeckenden Versorgung mit Kindertagesstätten, engagierten Erzieherinnen und Erziehern stehen uns in diesem Prozeß auch Jugendverbände sowie Kreis- und Stadtjugendringe als kompetente Partner zur Verfügung.

Die SPD-Landtagsfraktion hat in diesem Jahr kinder- und jugendpolitische Leitsätze vorgelegt, die der Anregung und Diskussion insbesondere in den Kommunen zu diesem Bereich dienen sollen. Die SPD-Landtagsfraktion wird auch in Zeiten knapper Haushalte einen Beitrag zur Weiterentwicklung von Partizipationsmöglichkeiten leisten.

Neben der Senkung des Kommunalwahlalters auf 16 Jahre wurde in der Niedersächsischen Gemeindeordnung auch die Möglichkeit geschaffen, Einwohneranträge mit 14 Jahren stellen und unterstützen zu können. Den Stimmen junger Menschen in der Politik mehr Gewicht zu verleihen, kann sich auch darin niederschlagen, daß junge Kandidatinnen und Kandidaten auf aussichtsreiche Listenplätze gesetzt werden.

(McAllister [CDU]: Setzen Sie das einmal in Ihrer Landtagsfraktion um!)

Diese Möglichkeiten haben Parteien selbst in der Hand, und jeder kann sich daran messen lassen. Wir reden über die Beteiligungsmöglichkeiten insbesondere auf kommunaler Ebene sowie, meine Damen und Herren - auch darauf ist ja Frau Vockert eingegangen -, über die Beteiligung in Jugendhilfeausschüssen. Man kann dies einerseits nicht nur beklagen, sondern muß es andererseits auch durch konkretes Handeln entsprechend umsetzen.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion erklärt ihre Bereitschaft zur Mitarbeit an einem gemeinsamen Entschließungstext.

(Zustimmung von Frau Vockert [CDU])

Daß es dabei zum vorliegenden Entwurf Veränderungsbedarf gibt, liegt auf der Hand. Dies werden wir in den Ausschußberatungen zu diskutieren haben. Da es sich bei der Verbesserung von Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen um ein wichtiges Anliegen handelt, sage ich für die SPD: Wir sind dazu bereit!

(Zustimmung von Frau Vockert [CDU])

Aufbauend auf den guten Ergebnissen von Land und Kommunen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wird eine Vielzahl von Beteiligungsprojekten zu entwickeln sein. Beispiele dafür können die Stadt- und Verkehrsplanung, der Sport und Freizeitbereich sowie natürlich die Themen Bildung, Ausbildung und Arbeit sein. Politikerinnen und Politiker dürften es als Bereicherung empfinden, sich mit den Anliegen von Kindern und Jugendlichen in direktem Dialog auseinanderzusetzen. Es kann uns sicherlich allen nur guttun, wenn unsere derzeitigen Grenzen der Phantasie durchbrochen werden. Dabei entstehen nicht bei jedem

Projekt oder Verfahren zusätzliche Kosten. Es werden auch regionale Unterschiede zu beachten sein, die nicht landesweit anwendbar sind. Sinnvoll wäre in diesem Zusammenhang die Erarbeitung eines Leitfadens oder Handbuchs über die unterschiedlichsten Beteiligungsformen. Darüber hinaus fördert das Land trotz enger finanzieller Spielräume zwei Modellprojekte zur Verbesserung der Partizipation. Auch diese Ergebnisse werden sicherlich eine gute Handreichung für die vielen engagierten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sein.

Unser Ziel ist die kinder- und jugendfreundliche Gemeinde.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne freuen wir uns auf eine interessante Ausschußberatung und ein Ergebnis, das vor allem zu einem neuen Denken, verbunden mit den erforderlichen Taten auf allen Ebenen, führt. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin Janßen-Kucz hat das Wort.

Frau Janßen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat einen Antrag zu Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen gestellt, den meine Fraktion als Diskussionsansatz begrüßt. Zu den einzelnen Punkten des Antrags will ich heute nicht Stellung nehmen - ich meine, darüber sollten wir im Fachausschuß diskutieren -, will aber jetzt schon sagen: Ich finde es bedauerlich - Frau Vockert hat es bereits angesprochen -, daß der CDU-Fraktion und anscheinend auch der Fraktion der SPD der Mut fehlt, konsequenterweise eine Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung zu fordern. Bei der CDU kann ich das nachvollziehen - wenn ich an ihr Verhalten in der letzten Debatte zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre denke, kann ich Ihrer Argumentation halbwegs folgen -, aber bei der SPD kann ich es eigentlich nicht verstehen.

(Schünemann [CDU]: Nein, dann haben Sie nicht zugehört!)

- Vielleicht habe ich nicht alles richtig mitbekommen, weil ich hier ja noch sehr neu bin und deshalb manches nur als der Ferne kenne. Das nehmen Sie dann bitte als Entschuldigung zur Kenntnis.

Was wir brauchen, ist eine eigenständige kommunalverfassungsrechtliche Regelung, die die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ganz konkret festlegt, so daß die Gemeinden bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. So geschehen in Schleswig-Holstein, so auch geplant in Brandenburg und in Rheinland-Pfalz.

Was ich damit sagen will: Wir brauchen einen Dialog auf gleicher Augenhöhe. Wir müssen einen Dialog mit den Kindern und Jugendlichen initiieren, der auf gleicher Augenhöhe stattfindet.

Jugendparlamente – um auch hierauf noch einmal ganz kurz einzugehen – halte ich, so wie ich sie in meiner Region wahrnehme, für Spielwiesen. Das ist kein Dialog auf gleicher Augenhöhe.

(McAllister [CDU]: Es gibt doch eines in Uplengen)

- Vielleicht, Herr McAllister, sollten Sie sich einmal in Uplengen informieren. Dann wissen Sie auch, wie zufrieden bzw. unzufrieden die Jugendlichen damit sind.

Mit einer eigenständigen kommunalverfassungsrechtlichen Regelung tragen wir auch der Intention Rechnung, die in § 8 SGB VIII formuliert ist, daß nämlich Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen sind.

(Zuruf von Frau Vockert [CDU])

Aber diese Auslegung ist sehr eng, Frau Vockert.

(Frau Vockert [CDU]: Ja, das weiß ich wohl!)

Ich meine, wir müssen darüber hinausgehen. Deshalb sollten wir ganz konsequent den § 1 SGB VIII, Schaffung positiver Lebensbedingungen, heranziehen und das auch bei der Durchführung von gemeindlichen Planungen und Vorhaben in Anspruch nehmen, die die Lebenswelt und die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen betreffen. Das kommt mir etwas zu kurz, weil das, wenn wir den § 1 SGB VIII wirklich ganz konse-

quent anwenden wollen, nur funktionieren kann, wenn wir eine Änderung der NGO betreiben. Ein Appell an die Kommunen reicht da nicht.

(Endlein [SPD]: Na, na, na!)

Was ich zur Zeit aus den beiden großen Fraktionen wahrnehme, bestätigt aber eher meinen Eindruck, daß das Thema Partizipation von beiden nicht sehr ernsthaft angegangen wird.

Des weiteren möchte ich feststellen – Frau Vockert und Herr Viereck haben das auch schon gesagt -, daß uns vor Ort Praxismodelle fehlen, die zeigen, daß es funktioniert, und zwar Praxismodelle, die keine Spielwiesen sind.

(Frau Vockert [CDU]: In anderen Ländern gibt es das schon!)

- In anderen Ländern gibt es das ansatzweise, insbesondere in Schleswig-Holstein.

(Frau Vockert [CDU]: Richtig!)

Noch wichtiger ist es, daß es eine personelle Infrastruktur für diese Partizipationsstrategien gibt. In diesem Zusammenhang muß ich noch einmal auf das Projekt des Niedersächsischen Landesjugendamts hinweisen,

(McAllister [CDU]: Aber nicht die jetzt!)

Moderatoren auszubilden und für die Organisation und Durchführung von umfassenden Beteiligungsprozessen von Kindern und Jugendlichen zu qualifizieren. Ich meine, das ist ein richtiger Weg, den die Landesregierung hier geht. Das sollte man auch hervorheben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Partizipation heißt ja, erst einmal Formen und Möglichkeiten zu schaffen, damit Kinder und Jugendliche überhaupt in die Lage versetzt werden, sich zu beteiligen.

Beteiligung ist keine ausschließliche und situationsbezogene Handlungsform der Jugendhilfe oder politischer Mandatsträger wie uns, sondern ist eine kontinuierliche Aktion im Sinne einer Kultur des Miteinander und in dem Bemühen, Angebote, Maßnahmen und Entscheidungszusammenhänge deutlicher und konsequenter an den Lebenslagen und Bedürfnissen von Mädchen, Jungen und ihren Familien auszurichten. Diese Kultur des Miteinan-

der sollten wir im Landtag gerade bei diesem Thema pflegen, um wirklich mit gutem Beispiel voranzugehen. Nach den vorausgegangenen Redebeiträgen hoffe ich, daß wir diese Kultur des Miteinander im Jugendausschuß pflegen werden und daß wir die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene damit voranbringen können. – Danke schön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsident Jahn:

Zu Wort gemeldet hat sich jetzt Frau Ministerin Jürgens-Pieper. Bitte sehr!

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Vockert, ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, daß Sie klargestellt haben, daß Sie an dieser Stelle keine Spielwiese und keine Alibi-Debatte wollen; denn die Zielrichtung des vorliegenden Antrags war mir vorher nicht völlig klar. Ich habe jetzt verstanden, daß das Modellvorhaben, verbunden mit einer angemessenen Anschubfinanzierung, sein sollen, und natürlich mit den Folgekosten, die die Kommunen aus solchen Modellvorhaben dann haben. Demnächst haben wir ja noch eine Haushaltsdebatte miteinander zu führen. Das muß dann im Ausschuß besprochen und von Ihnen mit entsprechenden Anträgen untermauert werden.

(Zurufe von der CDU)

Außerdem habe ich verstanden, daß Sie keine neuen Pflichtaufgaben installieren wollen.

Die gleiche Widersprüchlichkeit findet sich in der Begründung Ihres Antrags, die im Kern nur eine Wiederholung der entsprechenden Teile des Antrags selbst darstellt.

Auf das auf eine Initiative der SPD zurückgehende größte Partizipationsprojekt, das es in Niedersachsen gibt, ist hier schon hingewiesen worden. Dabei handelt es sich darum, daß der Niedersächsische Landtag als erster und übrigens bisher als einziger Landtag in der Bundesrepublik Deutschland das Wahlalter für die Teilnahme an Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt hat. Das ist das größte Partizipationsprojekt, das wir haben und das von Jugendlichen auch entsprechend gewürdigt worden ist. Ich erinnere mich nicht, daß Sie dem hier zugestimmt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Gerade dieses Projekt ist ein wirksamer und nachhaltiger Beitrag. Fragen Sie einmal die Jugendlichen!

(Zurufe von der CDU)

- Ja, Sie wissen das ganz genau. Sie werden demnächst ja auch wieder mit mir zum Landesjugendring gehen.

(McAllister [CDU]: Da treffen Sie doch keine jungen Leute, doch nicht beim Landesjugendring!)

- Das diskutieren wir dann einmal mit denen!

Das ist ein nachhaltiger Beitrag zur Einbeziehung von Jugendlichen in gesellschaftliche und politische Entscheidungsprozesse; denn vor Ort, in den Landkreisen, in den Städten und Gemeinden können die Jugendlichen jetzt zumindest durch ihr Wahlrecht mitentscheiden.

(Frau Vockert [CDU]: Alle fünf Jahre einmal!)

- Wir können uns ja über mehr unterhalten.

(Frau Vockert [CDU]: Wir sind gerade dabei!)

Sie wissen auch – ich habe das in der Sitzung des Ausschusses für Jugend und Sport am 16. Juni gesagt, habe das auch für das kommende Jahr bereits umrissen –, daß die Landesregierung auf der Grundlage des vorliegenden Kinderberichts die Alltagssituation von Kindern und Jugendlichen verbessern will. Wir werden das an den Grundsätzen „Schützen“, „Fördern“ und „Beteiligen“ orientieren.

Gerade bei der Verbesserung von Beteiligungsmöglichkeiten werden wir versuchen, durch Bewußtseinsbildung insbesondere auf der kommunalen Ebene dafür zu sorgen, daß Kinderpolitik stärker als Querschnittsaufgabe begriffen wird.

Häufig muß eben nicht mehr Geld ausgegeben werden, sondern es reicht, Kinder und Jugendliche frühzeitig in Planungen und Überlegungen vor Ort einzubeziehen. Frau Vockert, Sie haben die guten Beispiele genannt. Wir werden diese Beispiele demnächst auch auf einer Fachtagung darstellen und darüber ordentlich debattieren.

(Frau Vockert [CDU]: Schön!)

Was die von der CDU-Fraktion geforderten Modellvorhaben angeht – eines ist hier schon genannt worden –, so gestatten Sie mir den Hinweis, daß es bereits zwei Modellprojekte zur Verbesserung der Partizipation gibt. Bei dem schon genannten Projekt handelt es sich um eine Moderatorenausbildung zur Praxiseinführung von kommunalen Partizipationsprojekten. Ziel dieser Ausbildung soll es sein, Moderatorinnen und Moderatoren für die Organisation und Durchführung von umfassenden Beteiligungsprozessen von Kindern zu qualifizieren. Ich fände es schön, wenn Sie sich das im Rahmen der Ausschußberatung auch einmal vortragen ließen.

Bei dem zweiten Projekt handelt es sich um ein Forschungs- und Modellvorhaben zur Förderung von sozialer Kompetenz und Partizipation bei fünf- bis achtjährigen Kindern in Kindergarten und Grundschule. Bei diesem von der Basis ausgehenden Projekt geht es zum einen darum, herauszufinden, welche Möglichkeiten Kinder zur Übernahme sozialer Verantwortung und zur eigenverantwortlichen Bewältigung sozialer Konflikte im Kindergarten und in der Schule besitzen. Außerdem sollen Methoden zur Förderung der bei Kindern vorhandenen Fähigkeit, eigene Interessen mit Bezug auf andere zu artikulieren und mit sozial akzeptierten Mitteln durchzusetzen, entwickelt werden.

Wir dürfen uns nichts vormachen. Wir sehen es doch bereits auch bei der Schülerarbeit, wie schwer es ist, Kinder wirklich ernsthaft in Beteiligungsprozesse hineinzunehmen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einige grundsätzliche Anmerkungen zum Beteiligungsbegriff machen. Ich meine – das ist heute klargestellt worden –, daß es nicht darum geht, Kinder an dieser Stelle nur als Objekte zu betrachten, sondern daß wir sie aktiv beteiligen sollten. Es reicht eben nicht aus, nur Foren und Gremien einzurichten, die der Erwachsenenwelt angepaßt sind. Jugendparlamente, Runde Tische für Kinder und Foren für Jugendliche werden nur dann geeignet sein, das Demokratieverständnis positiv zu prägen, wenn sie für die Betroffenen zu erkennbaren Erfolgen und zu Veränderungen in den Abläufen oder auch in den Ergebnissen führen.

Es gibt im kommunalen Zusammenleben eine Vielzahl von Bereichen, in denen Kinder und Jugendliche darüber hinaus und dann sehr konkret

wesentliche Beiträge zur Verbesserung ihres Lebensumfeldes leisten können – das interessiert Kinder und Jugendliche auch –, insbesondere z. B. zur Spielplatzgestaltung, zur Gestaltung von Jugendzentren, bei der Verkehrsführung in Wohngebieten, um nur einige Beispiele zu nennen. Dies setzt bei den verantwortlichen Erwachsenen Einfühlungsvermögen und die Bereitschaft voraus, die Rechte von Kindern und Jugendlichen ernst zu nehmen. Genau hier will die Landesregierung ansetzen.

(Frau Vockert [CDU]: Schön!)

Es ist schon erwähnt worden: Im Mittelpunkt der damit zusammenhängenden Maßnahmen und Aktivitäten wird vom nächsten Jahr an ein jährlich stattfindender Wettbewerb unter dem Motto „Kinderfreundliches und jugendfreundliches Niedersachsen“ stehen. Ziel dieses Wettbewerbs wird es sein – ich hatte das schon zu Beginn erwähnt –, auf der Grundlage des vorliegenden Kinderberichts zu einer Verbesserung der Alltagssituation von Kindern und Jugendlichen zu kommen.

Die Landesregierung begreift diesen Wettbewerb als ein Angebot an alle Städte und Gemeinden, das zum Mitmachen und als beispielhafte Praxis zum Nachahmen anregen soll. Wir setzen dabei bewußt auf Freiwilligkeit und nicht auf Zwang. Wir machen das nicht allein, sondern gemeinsam mit anderen. Der Wettbewerb soll Bestandteil einer Gemeinschaftsaktion zwischen Landesregierung, dem Deutschen Kinderhilfswerk und dem Deutschen Kinderschutzbund sein. Ich bin zuversichtlich, daß dieser Weg zum Erfolg führen wird, und würde mich freuen, wenn Sie dem folgen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung über den vorliegenden Antrag.

Wir kommen zur Ausschußüberweisung. Es wird vorgeschlagen, daß sich der Ausschuß für Jugend und Sport federführend sowie der Ausschuß für innere Verwaltung und der Ausschuß für Haushalt und Finanzen mitberatend mit dem Antrag befassen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Das ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Mitarbeit. Wir setzen die Beratungen morgen früh mit den Dringlichen Anfragen ab 9 Uhr fort.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und
schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung: 17.53 Uhr.